

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: ...
Eingehende Nummer 5 ...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Belrag für die sechsgehaltene ...

Erkheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 26. April 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Auf zur Wahlrechts-Maifeier!

Das Klassenbewusste Proletariat aller Länder rüstet, um nachdrücklich zu demonstrieren gegen jegliche ökonomische und politische Unterdrückung, für den Völkerrfrieden, für die soziale und politische Gleichberechtigung und die Beseitigung jeder Klassenherrschaft.

Für das preussische Proletariat steht dieses Jahr der 1. Mai im Zeichen eines erbitterten Wahlrechtskampfes. Dieser Kampf wird und muß durchgeführt werden bis zum Siege des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Im Dreiklassenhaufe selbst haben die Vertreter von Thron, Altar und Geldsack nicht auf die Stimme des Volkes gehört. Mit ausgesuchtem Hohn hat der Bloch der Junker und Pfaffen die Forderungen der Millionen entrechteter Staatsbürger behandelt.

Die Spottgeburt einer Wahlrechtsreform ist nun dem Herrenhaufe überantwortet. Die „geborenen“ Gesetzgeber, die in dem arbeitenden Volke nur Lasttiere sehen, sollen über das wichtigste Recht des Volkes entscheiden.

Dieser frechen Provokation des arbeitenden Volkes soll die Zertrümmerung der Rechte seiner Vertreter im Abgeordnetenhaufe folgen. Die Polizei soll ausgerufen werden, um den wenigen sozialdemokratischen Vertretern die Ausübung ihrer im Interesse des Volkes notwendigen Tätigkeit im Parlament unmöglich zu machen.

Berlin, den 26. April 1910.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der geschäftsführende Ausschuss der Landeskommission der Sozialdemokratie Preussens.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion des preussischen Abgeordnetenhanfes.

Durch strupellose Ausnutzung ihrer Macht suchen diese Reaktionen die Gewalt Herrschaft ihrer Klasse aufrecht zu erhalten. Nichtswürdig und ehrlos wäre das preussische Proletariat, würde es diese unerhörten Gewaltstreich ruhig erdulden.

Der Wille des arbeitenden Volkes, seine Wahlrechtsforderungen zum Siege zu führen, muß am 1. Mai machtvoll bekundet werden.

Der preussische Wahlrechtskampf berührt nicht nur die Interessen des preussischen Proletariats. Er geht das Proletariat ganz Deutschlands an. Preussens Reaktion lastet wie ein Alp auf Deutschland.

Deshalb werden die Parteigenossen im ganzen Reiche die Maifeier zu einer Sympathie Kundgebung für das preussische Proletariat und zu einem Protest gegen die schmachvollen Zustände Preussens gestalten.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, auch am 1. Mai den Kampf

zur Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts

mit allem Nachdruck zu führen. Stärkt unsere Organisationen! Werbt neue Mitkämpfer und Mitkämpferinnen! Fördert die Aufklärung und gewinnt neue Leser für die Parteipresse!

Hoch die Maifeier! Hoch der Wahlrechtskampf!

Die preussische Lex Falkenhayn.

Aus Wien wird uns geschrieben:

In den Annalen der parlamentarischen Entartung ist die Lex Falkenhayn des österreichischen Abgeordnetenhanfes als der gehässigste Gewaltstreich bezeichnet, den jemals die Majorität zur Unterdrückung der Minderheit gewagt hat.

Saale schleiften. Ein Duzend sozialdemokratischer und deutscher nationaler Mitglieder wurden sodann für drei Sitzungen ausgeschlossen. Wahnsinnige Erbitterung erfüllte das Haus und in der Stadt wuchs die Aufregung ins Unheimliche.

Worin bestand nun die Ungeheuerlichkeit der Lex Falkenhayn, die in Wien zu einer förmlichen revolutionären Erhebung führte? Ihre Verhängung war auch formell eine Ungeheuerlichkeit — weil sie nicht in der für Veränderungen der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Weise geschah.

wählten Abgeordneten die Teilnahme an den Verhandlungen des Hauses nicht versagt bleiben. Natürlich hat die durch Monate anwachsende Leidenschaft jener unheilvollen Zeit an der Empörung wider die verwegene Lex mitgewirkt; aber daß sie sich zu jenem gewaltigen Ausbruch steigerte, der das Ministerium Wadeni wegsetzte, hatte zum nicht geringen Teile die Ungeheuerlichkeit des Antrages Falkenhayn verschuldet.

Kann durch eine Bestimmung der Geschäftsordnung die Ausschließung und gewaltsame Entfernung von Mitgliedern rechtsgültig verfügt werden? Die Frage wird kein redlicher Ausleger des Gesetzes bejahen wollen. Auch nach der Verfassungsurkunde für den preussischen Staat haben die Mitglieder der Kammer Sitz und Stimme im Hause.

nicht angetastet werden darf. Die Geschäftsordnung kann die Grenze des Gesetzes nicht überschreiten, und was ein Gesetz verbietet, hat nicht verringern, denn sonst müßte sie es auch beseitigen können. Wenn durch die Geschäftsordnung die vom Gesetze verbotene Ausschließung, also eine Verkürzung des Abgeordnetenrechtes, statuiert werden könnte, so könnte durch die Geschäftsordnung auch dessen Beseitigung, also auch der Mandatsverlust als Geschäftsordnungsmaßregel verfügt werden. Aber daß das ein Unfug ist, begreift doch jeder.

Das Recht der Mitglieder jeder gesetzgebenden Versammlung im Reiche auf Sitz und Stimme ist auch durch ein Reichsgesetz fundiert: durch den § 105 des Strafgesetzbuches, der mit Rußthaus nicht unter fünf Jahren den bestraft, der es unternimmt würde, Mitglieder aus gesetzgebenden Versammlungen „gewaltsam zu entfernen“. Für die autonome Gewalt der gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten bildet dieses Reichsgesetz die unübersteigbare Schranke, und zur Entfernung der Mitglieder aus dem Preussischen Abgeordnetenhaus wäre nicht nur ein preussisches Gesetz notwendig — weil eben das Anwesenheitsrecht durch ein preussisches Gesetz verbürgt ist —, sondern auch eine Abänderung des Strafgesetzbuches für Reich: weil dieses die gewaltsame Entfernung von Mitgliedern aus einer gesetzgebenden Versammlung schlechthin verbietet. Daß die Ironie der preussischen Dinge es so fügt, daß die Gefahr jener gewaltsamen Entfernung von Abgeordneten, die das Strafgesetzbuch als ein Verbrechen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte erklärt, nicht von einem Anarchisten, sondern vom Präsidenten dieser gesetzgebenden Versammlung droht, ändert an der juristischen Sachlage gar nichts; nur daß dem Präsidenten mildernde Umstände keinesfalls zugestanden werden könnten. Die Anordnung des Strafgesetzbuches hat den Zweck, die Ausübung des Mandates, welche sich als Erfüllung der staatsbürgerlichen Rechte der Wähler darstellt, gegen jeden Versuch der Einschränkung oder Beeinträchtigung zu sichern; also würde jeder Versuch gegen dieses Gesetz sein, gleichgültig, auf welche „Kompetenz“ er sich berufen mag. Daß die autonome Gewalt der Parlamente an allen Gesetzen ihre bestimmte und nicht zu übersteigende Schranke besitzt, erkennt man deutlich, wenn man sich ihre Schrankenlosigkeit vorstellt. Warum können die Mächter im Landtag, obwohl sie es wahrscheinlich sehr gerne möchten, in der Geschäftsordnung nicht festsetzen, daß „störrige“ Mitglieder zu Geld- und Arreststrafen verurteilt werden? Weil es Gesetz ist, daß die Strafgesetzgebung dem Reich zusteht! Ihre Macht in Sachen der Geschäftsordnung hat eine Grenze: die geltenden Gesetze, die sie nicht überschreiten dürfen und nicht beseitigen können. Eine Geschäftsordnung, die die Ausschließung von Abgeordneten aus dem Abgeordnetenhaus „vorsieht“, ist eine Verletzung der preussischen Verfassung. Und eine, die gar die gewaltsame Entfernung statuiert, wäre nicht weniger als eine Anstiftung zur Begehung des Verbrechens nach § 105 des Strafgesetzbuches.

Sie wäre danach die würdige Krönung der Dreiklassen-schmach, und die ganze zivilisierte Welt könnte an der preussischen Lex Falkenhahn die geistige Verwahrlosung einer Körperschaft erkennen, die das verrückte Unrecht, dem sie ihren Ursprung dankt, gleichsam notwendig erzeugt. Denn wenn der Deutsche Reichstag ohne Ausschließungsdrohungen auskommt, und in Sachen der parlamentarischen Würde unter den europäischen Parlamenten dennoch eine erste Stelle behauptet, wogegen das Haus der Klasseninsamie sich den schäblichsten Hausknechtsparagrafen schmieden will, um einer kleinen Minorität, gegen die ohnedies keine Tüden der Vergewaltigung gescheut werden, die Freiheit der Rede zu verkürzen, so beweist das nur, auf welcher moralischen und intellektuellen Stufe diese gesetzgebende Versammlung steht. Auf der denkbar tiefsten; denn ihr ist nun jedes Gefühl für Recht, Würde und Freiheit entschwunden!

### Das Zentrum einft und geht!

Von der politischen Verkommenheit des Zentrums zeugt auch seine Stellung zum Hausknechtsparagrafen. Einst war das Zentrum ein Vertheidiger der demokratischen Rechte, der Rechte der Minorität gegen die Willkür der Mehrheit — heute ist es selbst zu einem Teile der reaktionären Mehrheit, zu einem Helfershelfer und Handlanger der brutalsten Vergewaltigung herabgefallen. Und gerade in der Frage der Brutalisierung der Minderheit durch die Mehrheit vermittelte einer verhärteten Geschäftsordnung tritt diese Wandlung des Zentrums ganz augenfällig hervor.

Wir erwähnten in unserer Sonntagsnummer bereits die Gesetzesvorlage, die die Regierung 1879 im Reichstag eingebracht hatte, um auf gesetzgeberischem Wege die Geschäftsordnung des Reichstags zu verhandeln, so daß unter anderem auch der zeitweilige Ausschluß der Abgeordneten von den Sitzungen verhängt werden könne.

Damals erklärte sich im Reichstag am 7. März nur der konservative Abgeordnete v. Helldorf für das Ankelgesetz. Der Redner der Nationalliberalen, Abg. v. Acker, bekämpfte die Vorlage, die nur die rhetorische Heuchelei begünstigt. Schon jetzt habe der Präsident alle Mittel, um die Ordnung im Hause aufrechtzuerhalten; er könne in jedem Augenblick die Sitzung schließen und vertagen. Der Gesetzentwurf sei ein Eingriff in die Freiheit des Parlaments, zu dem kein Bedürfnis vorliege.

Aber auch der Redner des Zentrums, Abg. Heermann, sprach für unbedingte Ablehnung des Entwurfs als eines Eingriffs in die Freiheit und Unabhängigkeit des Parlaments. Mit diesem Gesetz in der Hand könne jede Minorität mundtot gemacht werden! Heute nun bricht die „Germania“, das führende Zentrumblatt, eine Lanze für den Hausknechtsparagrafen. Sie bekennet sich zu der Auffassung, daß durch die Geschäftsordnung einfach Verfassung und Reichsgesetze gebrochen werden dürfen, zu einer so lächerlichen Rechtsauffassung, daß sich nicht einmal die doch wahrhaftig nicht scrupulöse Bismarcksche Regierung 1879 dazu zu bekennen wagte! Und die „Germania“ beruft sich zur Beschönigung solcher freien Verfassungsverstöße und Rechtsbruchs, solcher Brutalisierung der Minderheit im preussischen Abgeordnetenhaus nach dem Vorbild der — „Post“ auf die Zustände im Auslande, auf Frankreich und England!

Solche Verurteilung ist nichts Neues! Dieses Mittel-dienstete sich auch 1879 die Reichsregierung, die in der Begründung des Gesetzes eingehend die Disziplinarmittel des Auslandes, speziell Englands, dargelegt hatte.

Aber diese Sinnweise imponierten damals dem Zentrum ganz und gar nicht!

Und nicht nur das Zentrum im Reichstag lehnte damals die Beschränkung der Rechte der Abgeordneten entschieden ab, sondern auch das Zentrum des preussischen Abgeordnetenhauses brachte damals einen Antrag ein, der die preussischen Regierungsvertreter im Bundesrate verpflichtete, gegen das Ankelgesetz zu stimmen. Diesen Antrag begründete der Abg. Heermann, aus dessen damaliger Rede nach dem amtlichen Stenogramm folgende Stellen wiedergegeben seien:

„Am meisten, meine Herren, wird noch exemplifiziert auf England und nach meiner Meinung durchaus nicht mit Recht. Die englische Verfassung ist nicht vergleichbar mit unseren Verfassungen.“

Meine Herren, diese eigentümliche englische Einrichtung kann man um so weniger anführen, wenn man sie für uns begründen will: die Häuser Englands haben eine ganz andere Stellung im Staatsleben wie unsere parlamentarischen Repräsentationskörperschaften sie haben, zudem — und das möchte ich zunächst aufführen — einen richterlichen Charakter, sie können sogar verhaften lassen, sie haben ihren eigenen richterlichen Beamten, ich verweise Sie auf den Sergeant at Arms; sie haben ferner einen solchen unbedingt maßgebenden Einfluß auf die ganze Leitung des Landes, sie haben so sehr hervorragende andere Rechte und Privilegien, eine so großartige hundertjährige geschichtliche Entwicklung, daß man damit unsere Rechte, unsere Stellung und unsere Repräsentationskörper gar nicht vergleichen kann. (Sehr wahr! im Zentrum.) Endlich aber, meine Herren, ist die Majorität der Häuser in England die Inhaberin der Verwaltungsgewalt des Landes! Dadurch steht also die Majorität in einem engen Konnex respektive mitten in der Regierung; daß unsere Zustände nun damit nicht zu vergleichen sind, wird mir, glaube ich, jeder zugeben. . . .

Meine Herren, ich komme jetzt auf den vorhin bereits erwähnten Punkt des Schutzes der Minorität. Ich habe gesagt, naturgemäß sind im repräsentativen Leben verschiedene Parteien, die sich gegenüberstehen und sich mehr oder weniger scharf und erhitet gegenübersehen. Nun ist der Schutz der Minorität das erste und notwendigste Erfordernis, und wenn ich auf die Praxis bilden darf, so verweise ich Sie auf England, wo der Schutz der Minorität in einem Maße und mit einer Feinheit des Rechtsgefühls entwickelt ist, wovon wir kaum eine Idee haben. Meine Herren, aber gerade aus der freien Bewegung der Parteien gegen einander in den repräsentativen Körpern, aus der freien Meinungsäußerung der sich gegenüberstehenden Parteien soll ja das Wohl des Landes hervorgehen, es soll ja gerade durch die richtige Auffassung gefunden und in entschiedener Weise der Regierung ein Maßstab für die Art und Weise gegeben werden, in welcher sie das Land regieren und die Gesetzgebung leiten soll. Meine Herren, in dieser Vorlesung würde aber nach meiner Meinung eine vollständig ungewisse aber absolute Willkürherrschaft der Majorität begründet sein. . . . Gegen eine solche ungemessene Gewalt und gegen diese Art von Willkürherrschaft, einer Willkür, der Ehr und Tor dadurch geöffnet ist, muß ich doch ganz entschieden protestieren und muß meine größten Bedenken gegen diese hervortreten lassen.“

So übte der damalige Wortführer der preussischen Zentrumsfraktion die vernichtendste Kritik an dem zum Hausknecht der Konservativen herabgefallenen heutigen Zentrum!

## Der Antrag Erzberger.

Noch vor wenigen Tagen riefen Zentrum und Konservative mit lautem Trommelschlag zum Angriff gegen den Staatssekretär Dernburg. Das Zentrum hielt den Tag für gekommen, um Rache zu nehmen für die Reichstagsauflösung am 13. Dezember 1906, und die Konservativen leisteten willig Heeresfolge gegen den jüdischen Eindringling, der ihnen seit dem Abschied ihres Protektors, des Herrn v. Schudmann, aus Südwesafrika noch unsympathischer ist als vorher. Doch seit Sonnabend hat sich das Blatt gewendet. Zentrum und Konservative konzentrieren sich mit Riesenschritten rückwärts — natürlich unter dem bei solchen Gelegenheiten üblichen, den Rückzug markierenden Geschützfeuer. Allem Anschein nach haben die Parteien des blauschwarzen Blocks erkannt, daß Herr Dernburg noch zu fest steht und an der sogenannten allerhöchsten Stelle noch immer für eine gute Attraktion gilt — so hupft man behende zurück und wartet auf eine günstigere Gelegenheit.

Bereits gestern trat dieser Umschwung deutlich hervor. Die „Arenzzeitung“ brachte in ihrem Ueberblick über die innere Politik der Woche eine lange kolonialpolitische Auslassung, in der Herr Erzberger rücksichtslos beiseite geschoben und die sogenannte kapitalistische Ausschließungspolitik des Kolonialstaatssekretärs als im ganzen berechtigt verteidigt wurde. So heißt es zum Beispiel in dem Artikel:

„Ueber die Wirkungen der vorgeschlagenen Besteuerung, selbst wenn der angelegte Betrag von 81 Millionen Mark erst in zehn Jahren aufgebracht werden soll, statt in den zunächst vorgeschlagenen drei Jahren, sind wir ganz anderer Ansicht als Herr Erzberger. Gewiß ist in den Anfängen unserer Kolonialpolitik aus nervösem Ueberdieser und aus Unkenntnis des Gebietes mit der Verlesung von Konzeptionen ziemlich blind verfahren worden, und es muß das Bestreben des Reiches darauf gerichtet sein, jene großen Fehler nach Möglichkeit gutzumachen. Aber es geht nicht an, direkt oder auf Umwegen die eingeräumten Rechte einseitig aufzuheben oder illusorisch zu machen. . . . Ein Umlagerungsverfahren nach Art des vom Abgeordneten Erzberger vorgeschlagenen ist zu gewaltiam. Es erzeugt eine Rechtsunsicherheit und eine wirtschaftliche Unsicherheit, die es dem sorgfältig verwalteten Privatkapital unmöglich macht, sich auf weitläufige bergbauliche Unternehmungen in Südwesafrika, ja in den deutschen Kolonien überhaupt einzulassen. Aus dem Erzberger'schen Antrage spricht die Stimmung des Diamantentreibers. . . . Eine verständige Reichskolonialpolitik muß vielmehr darauf bedacht sein, die privaten Unternehmer zu ermutigen, ihnen Winke zu geben, an welchen Punkten mit Aussicht auf Erfolg einzusetzen ist. Von dieser Tätigkeit des Kolonialamts dringt selten etwas in die Öffentlichkeit, sie wird aber unter Dernburgs Leitung nicht vernachlässigt, und die Ergebnisse beginnen sich ja auch zu zeigen, trotz mancherlei Fehlschlägen. Der Staatssekretär hatte nach unserer Ansicht vollkommen recht, als er sagte, der Antrag Erzberger sei geeignet, „das kümmerliche Interesse für die Kolonien zu erlöten.“

Und zugleich verkündete die „Köln. Volksztg.“ ostentativ in einer drahlischen Meldung aus Berlin, daß der Antrag

Erzberger „nur eine private Arbeit Erzberger's“ darstelle, mit „der die Fraktion (des Zentrums) sich noch nicht einmal beschäftigt, viel weniger identifiziert“ habe. Darauf antwortete Herr Erzberger mit der Erklärung, daß sein Vorschlag, die großen Gesellschaften und die höheren Vermögen zu den südafrikanischen Kriegskosten heranzuziehen und eine endgültige Auseinandersetzung mit den südwesafrikanischen Gesellschaften herbeizuführen, mit einmütiger Zustimmung seiner Fraktion eingebracht worden sei; nur auf die Einzelheiten habe sich die Fraktion nicht festgelegt. Doch die Zentrumsfraktion des Reichstages möchte um keinen Preis sich ihr Nachspiel zu der jetzigen ungünstigen Zeit durch Erzberger'sche Populärpolitik verderben lassen, und so erklärt die „Centr.-Parl.-Korresp.“ offiziell und in fast geistlich brüstem Ton:

„Wir müssen feststellen, daß die Zentrumsfraktion von dem Antrag des Abg. Erzberger genau ebenso überrascht worden ist wie die übrigen Parteien. Der Antrag ist weder in der Fraktion noch mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Fraktion vorherbesprochen worden. Er stellt eine private Arbeit des Abg. Erzberger dar, und dieser trägt auch allein die Verantwortung für ihn. Wie groß diese sein wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, ist dem Antragsteller vielleicht selber nicht bekannt. Jedenfalls aber wird er sich selbst allein die Schuld zuschreiben haben, wenn die Fraktion nicht in der Lage sein wird, den Antrag zu unterstützen. Diese Feststellung ist der Öffentlichkeit gegenüber notwendig.“

Tatsächlich zeigten sich denn auch bereits gestern in der Budgetkommission, wie der nachfolgende Sitzungsbericht deutlich erkennen läßt, Zentrum wie Konservative gleichmäßig bereit, ihre geplante Aktion fallen zu lassen. Und selbst Herr Erzberger zog sich mit der ihn auszeichnenden Anpassungsfähigkeit an neue Situationen auf das „Erreichbare“ zurück.

### Sitzung der Budgetkommission.

Der Streit, wie die noch ungedeckten Ausgaben, die uns der Ausstand in Südwesafrika vor vier Jahren verursacht hat, gedeckt werden sollen, glug auch in der gestrigen Sitzung noch nicht zu Ende.

Staatssekretär Dernburg, der als erster redete, versuchte die Unrichtigkeit der von den Lüderichbucher Diamantinteressenten an den Reichstag gesandten Denkschrift durch Verlesen von Schriftstücken und Korrespondenzen nachzuweisen. Die Annahme, daß er irgend einer Gesellschaft etwas zugesagt habe, bezogener der Staatssekretär als völlig unwahr; wer behauptet, daß er das Interesse des Reiches nicht gewahrt habe, trotzdem er doch die Kolonialgesellschaft mit 50 Prozent des Diamantengewinnes belastet habe, sei nicht mehr gutgläubig. Der Staatssekretär ging dann im Verlaufe seiner Rede die einzelnen Behauptungen der Denkschrift durch und beteuerte, wie er das auch schon bei der Staatsberatung der Schutzgebiete im Januar d. J. getan hat, daß die Sperre und alle sonstigen getroffenen Maßnahmen des Kolonialamtes im Interesse der Kolonie unbedingt notwendig gewesen seien.

Abg. Semler wandte sich gegen den Erzberger'schen Antrag. Der Weg zu einer Vermögenssteuer sei der Gesetzgebung zur Zeit verlegt, denn man könne die vielen Kapitalisten nicht in der gewünschten Weise belasten, weil andere sonst abgeschreckt würden. Er wolle es aussprechen, daß der Staatssekretär Dernburg große Erfolge auf kolonialen Gebieten erzielt habe. Ein bürokratisch gebildeter Staatssekretär würde, auch wenn er außerordentlich tüchtig gewesen wäre, das nicht erreicht haben, was erreicht worden ist. Die Lüderichbucher Denkschrift sei parteiisch, denn hinter ihr ständen Interessenten. Das schließe aber nicht aus, daß sie in einigen Punkten recht hätten und Ausgleich erwünscht seien.

Abg. Pattmann hat einen Antrag eingebracht, welcher den Erzberger'schen Antrag wesentlich abschwächt: anstatt 81 Millionen will Herr Pattmann nur 36 Millionen an Vermögenssteuer erheben und anstatt in vier soll die gesamte Steuer-summe erst in sechs Jahren erhoben werden. Redner wendet sich gegen die Senker'sche Annahme, daß der Weg zu einer Einkommen- und Vermögenssteuer verlegt sei, und hält die Einführung solcher Steuern für notwendig. Staatsrechtlich sei es unbedenklich, wenn der Reichstag neue Steuern ausfahre; etwas anderes sei es bei den Vermögenssteuern. Hier hält der Redner die Rechte des Kaisers für gefährdet, weshalb er diese Materie in seinem Antrage nicht mit aufgenommen habe.

Namens der Reichspartei erklärt Abg. v. Liebert, daß seine Partei den gestellten Anträgen nicht zustimmen könnte. Es sei eine ungeheure Erregung durch die Erzberger'schen Anträge in den Kolonien entstanden. Die Kriegskosten für die Kolonien müsse das Mutterland tragen, sonst würden Einwanderer und Kapital abgeschreckt.

Abg. v. Richtigofen erklärt für die Konservativen, daß der Antrag Erzberger seiner Fraktion ebenso überraschend gekommen sei wie den anderen Parteien. Er erklärt, daß seine Fraktion nicht mitmache, wenn man der Angelegenheit irgendeine politische Spitze gebe oder gar der Kolonialverwaltung Schwierigkeiten bereiten wolle. Die Kommission habe die Denkschrift des Kolonialamts gebilligt, aber ihre Meinung sei auf die Denkschrift der Regierung aufgebaut gewesen. Ergebe sich aus der Gegenentschrift, daß die Verhältnisse anders lägen, als angenommen worden sei, so müsse die Kommission ihre Meinung ändern. Redner wendet sich in seinen weiteren Ausführungen gegen die gestellten Anträge, die jetzigen Einwohner mit den früher gemachten Kriegsausgaben zu belasten. Seine Freunde würden gegen alle vorliegenden Anträge stimmen.

Von den sozialdemokratischen Mitgliedern ist der Antrag eingegangen, die Erzberger'schen Anträge zu streichen und dem Schutzparagrafen folgende Fassung zu geben:

„Das Gesetz tritt in Kraft gleichzeitig mit der Inkraftsetzung einer zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem Reichstag zu erzielenden Vereinbarung über folgende Punkte:

1. Die Kosten der Wiederbesetzung des Aufstandes, soweit sie aus Anleihenmitteln gedeckt worden sind, werden als eine Schuld des südwesafrikanischen Schutzgebietes gegenüber dem Reiche festgestellt.

2. Zur Verzinsung und Amortisierung dieser Schuld dienen in erster Reihe die Erträge aus einer Wertzuwachssteuer für das südwesafrikanische Schutzgebiet.

Genosse Ledebour, der den Antrag begründete, erklärte, er wolle sich auf die Deckungsfrage beschränken. Er habe den Eindruck, daß der Staatssekretär im Falle des Bürgermeisters von Lüderichbucht sehr unvorsichtig gehandelt habe. Wenn es aus Expropriation gehe, so werde er immer dabei sein, aber die Expropriation müsse der Allgemeinheit zugute kommen. Wer bekämpfe die Entzinsung, wie sie die preussische Regierung in den Dismarken betreibt, Redner glaubt, daß die Anträge Erzberger und Pattmann nicht praktisch seien. Sie seien dem Gedanken entsprungen, die Leute, die ungeheure Vermögen angesammelt haben, zu den Kosten heranzu-

gleichen. Das sei vernünftig; Besser aber sei es noch, anstatt einer Vermögenssteuer eine Wertzuwachssteuer einzuführen, denn dann werde der unbediente Zuwachs besser getroffen und es müßten die Leute, die die ungeheuren Gewinne eingestrichen haben, auch zur Deckung der Kosten beitragen, die in ihrem Interesse gemacht worden seien. Abgeordneter Liebert habe die Frage gestellt: wie komme der Bewohner von Usambara dazu, zu den Kriegskosten etwa in Karibib beizutragen. Er wolle die Gegenfrage stellen, wie komme der Berliner Arbeiter und der bayerische Kleinbauer dazu, zu den Kosten beizusteuern. Es sei außer Frage, daß ein ungeheurer Wertzuwachs vorhanden sei, und es sei nur gerecht, diejenigen heranzuziehen, die den Nutzen davon hätten.

Am Schluß einer längeren Rede gegen den Staatssekretär erklärt Erzberger, daß er, da sein Antrag doch keine Aussicht auf Annahme hatte, für den Antrag Raitmann in Verbindung mit dem sozialdemokratischen Antrag eintrete.

Vor Schluß der Sitzung gibt Dernburg noch eine Erklärung ab, daß er den Kaiser nicht als Majestät, sondern als Rechtsträger in die Debatte gezogen habe.

Nächste Sitzung Dienstag.

## Die Wahlen in Frankreich.

Was die „stilleste der Wahlbewegungen“, die Frankreich gesehen hat, erwarten ließ, ist eingetroffen: die Wahlen haben keine besonderen Ueberraschungen gebracht und an dem Bestehenden der Parteien nichts Wesentliches geändert. Die radikale Regierungsmajorität wird vermutlich verstärkt zurückkehren, auf Kosten der monarchischen und liberalen Reaktion und der rechtsstehenden Republikaner. Die Wahlen haben aufs neue bewiesen, daß für diese überlebten Spielarten der Reaktion in Frankreich kein Raum mehr ist. Die republikanische Staatsform sieht nicht mehr in Frage und die Trennung von Kirche und Staat bleibt unbestritten. Spielen aber die alten historischen Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien kaum mehr eine Rolle, so sind sie ebenso wenig von neuen abgelöst worden. In dem Lande der langsam industriellen Entwicklung, dem starken Kleinbauern- und Rentnertum verblieben die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien, denen allen ein starker sozialkonserver Jug eignet, trotz der radikalen Phrasologie ihrer Programme. Fehlt den Wahlen, wie diesmal, eine anregende Parole — weder die Frage der Einkommensteuer noch die des Proportionalwahlrechts haben besondere Teilnahme bei den Wählern erweckt —, so ist es natürlich, daß die Hiffer der Wahlbeteiligung hinter früheren zurückbleibt und eine gewisse Wahlmüdigkeit plagt.

Um so mehr zu begrüßen ist es, daß von dieser Gleichgültigkeit unsere Partei eine Ausnahme macht. Wo Sozialdemokraten kandidierten, ist es meist zu heftigen Wahlkämpfen gekommen und mit Freude dürfen wir konstatieren, daß der Erfolg des Tages der Sozialdemokratie gehört, die — soweit Nachrichten vorliegen — sowohl ihre Stimmenzahl als auch ihre Mandate vermehrt hat. Obwohl die irrsinnige Propaganda politischer Abstammung, die einige Querköpfe, die sich für „Revolutionsäre“ hatten, mit viel Geschrei betrieben haben, stellenweise fühlbar war, konnte sie der Partei doch keinen erheblichen Abbruch tun und mit Recht kann die „Humanität“ erklären, der geistige Tag sei für die geeinigten Sozialisten siegreich gewesen; denn die für die sozialistischen Kandidaten abgegebenen Stimmen zeigten, daß die Partei immer mehr an Boden gewinne.

Im ganzen mußten Sonntag 597 Abgeordnete gewählt werden, da infolge der Bevölkerungszunahme, die in Frankreich — anders als in Deutschland — eine Neueinteilung der Wahlkreise bedingt, die Zahl der Sitze um sechs vermehrt wurden. Bis zur Stunde liegen Resultate aus 538 Wahlkreisen vor. Die Republikaner hatten bis dahin 57, die Radikalen und sozialistisch Radikalen 154, die unabhängigen Sozialisten 10, die geeinigten Sozialisten 28, die Progressiven 43, die Nationalisten 12 und die Konserverativen 53 Sitze errungen. In 231 Wahlkreisen ist Stichwahl erforderlich. — Nach einer vom Ministerium des Innern veröffentlichten Statistik verlieren die Reaktionen drei Sitze, die Nationalisten gewinnen einen, die Progressiven verlieren einen, die Republikaner der Linken gewinnen acht, die Radikalen und sozialistisch Radikalen verlieren zwei und die geeinigten Sozialisten gewinnen drei Sitze.

Ueber die Wahlschicksale der Sozialdemokratie berichtet eine Depesche unseres Pariser Korrespondenten folgende Einzelheiten:

Die Partei behauptete im ganzen ihre Stellungen und hat in der Provinz einen bedeutenden Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Sie besitzt bis jetzt 27 Mandate, wovon 7 neu erobert sind. Jules Guesde siegte in Roubaix mit 700 Stimmen Mehrheit. Paillan, Sembat, Rozier, Dejeante wurden in Paris, Willm in St. Denis, Detoulle in Limoges, Breton in Bourges wiedergewählt. Erobert wurden die Wahlkreise Beziers, Tours, Rimes, Rezieres, Roullins, Riort, Puteaux. Leider sind auch einige Misserfolge zu verzeichnen. Genosse Pressensé, der Präsident der „Liga der Menschenrechte“ und seine Kenner der auswärtigen Politik, unterlag in Lyon. Carlier in Marseille, Baranne in Rom und Frevet in Combray. Jean Jaurès steht in Albi zwar in Stichwahl, da ihm aber nur 200 Stimmen zur absoluten Majorität fehlten, ist seine Wiederwahl sicher. Delors und Chesquière stehen im Norden, Rouanet in Paris gleichfalls in sehr aussichtsreicher Stichwahl. Weniger günstig erscheinen die Aussichten für Allemane, Allard, Drouffe, Constans und Restier.

Von den Ministern sind alle wiedergewählt bis auf Millerand, der in zweifelhafter Stichwahl steht. Briand selbst wurde in St. Etienne mit einer Mehrheit von 8000 Stimmen gewählt.

### Wahlzwischenfälle.

St. Etienne, 24. April. In der Gemeinde Chambon-Feugerolles wurde während der Feststellung des Wahlergebnisses ein Angriff auf das Gemeindegewölbe verübt, der die Gendarmerie zum Einschreiten veranlaßte, fünf Gendarmen erlitten Verletzungen.

Quimper, 24. April. In der Gemeinde Pennerit wird der konservative Kandidat Derwignon von der Bevölkerung in der Bürgermeisterei gefangen gehalten. Gendarmerie ist nach Pennerit entsandt worden.

### Überreien.

Paris, 24. April. In einer Nacht auf dem Montmartre abgehaltenen, von dem sozialistischen Kammerkandidaten Rouanet einberufenen Wählerversammlung feierten mehrere Personen Revolverfeste ab. Rouanet wurde mißhandelt und trug Verletzungen davon.

Ferner drangen einige Personen in die Redaktionsräume der sozialistischen „Humanité“ ein, prügeln einen Diener, geschnitten die Telephondrähte und richteten auch sonst mehrere Schäden an.

### Preßstimmen.

Paris, 25. April. Mit Rücksicht auf die noch unvollständigen Wahlergebnisse äußert sich die Presse über die Bedeutung des gestrigen Wahltages noch ziemlich zurückhaltend. Die radikalen Blätter meinen, das Ministerium dürfe von den Wahlen, welche einen republikanischen und demokratischen Sieg bedeuten, vollauf befriedigt sein. Mit Genugtuung könne auch hervorgehoben werden, daß die Wählerchaft ihre Pflicht eifrig erfüllt habe, was die beste Widerlegung der Behauptungen der Gegner der Republik im Parlamente bilde, welche unermüdlich erklärt hätten, daß das Volk von Gleichgültigkeit, ja sogar von Feil gegen das bisherige Regime erfüllt sei.

### Einzelresultate.

Paris, 25. April. Unter den in Paris wiedergewählten Nationalisten befinden sich Georges Berry, Admiral Vienaimé und Maurice Barrés. In Lyon wurde der einseitige Sozialist und spätere Gouverneur von Madagaskar Eugène Buisson gewählt, in Nogent-le-Rotrou Paul Deschanel. In Narbonne unterlag der Führer der Wingerbewegung Ferroul dem Unterstaatssekretär Sarraut. Kammerpräsident Drillon kommt in Marseille in Stichwahl, ebenso sein Vorgänger Doumer und der frühere Minister des Auswärtigen Delcassé.

## Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß.

Berlin, den 25. April.

Die Bedeutung der Reichsversicherungsordnung für die Arbeiterchaft veranlaßte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, der heute hier im Gewerkschaftshause seine Arbeiten aufnahm. Fast 2 Millionen organisierte Arbeiter waren durch 422 Delegierte vertreten. Die christlichen Gewerkschaftler und die Hirsch-Dunderschen waren der Einladung nicht gefolgt. Gen. Legien, der die Verhandlungen mit einer Begrüßungsansprache eröffnete, bemerkte treffend, die Christlichen zögen es vor, mit Professoren und — Ministern zusammen zu tagen, anstatt mit den eigenen Klassengenossen. In dieser Gemeinschaft können sie sicherlich nicht so viel gewinnen, als sie durch die Richtschnahme an dem Arbeiterkongreß verloren haben. Eine Materialbeherrschung, als sie dem Gen. Bauer, der über die Krankenversicherung sprach, eignet, wird man kaum auf einer anderen Tagung wiederfinden. Was wichtiger ist: der Referent beleuchtete die Lücken und Räden der bestehenden Bestimmungen und zeigte, daß die „Reform“ bestehende Mängel noch vergrößern werde. Wer als Beobachter die Stimmung zu ergründen suchte, mußte überrascht sein über den Ernst und die auffallende Interessiertheit, die der Kongreß befeuerte. Die spröde Materie verfuhrte nicht zu Unachtsamkeit, wie das sonst bei minder wichtigen Fragen wohl der Fall ist. — Und man wird es eventuell nicht bei moralischen Protestkundgebungen bewenden lassen. Die Väter der neuen Reichsversicherungsordnung haben wohl kaum daran gedacht, daß ihre reaktionäre Feldzug gegen die Selbstverwaltung der versicherten Arbeiter in den Krankenkassen den Gewerkschaften neue Mittel zur wirksameren Bekämpfung der Scharfmacherei der Arbeitgeberverbände zuführen könnte. Wir meinen nicht die agitatorischen Waffen, die dieser Entwurf der Arbeiterchaft in die Hände gibt, sondern die reichen finanziellen Mittel, die das Arbeitgebertum für die Entrechtung der Arbeiter aufbringen soll, in Wirklichkeit aber von Gewerkschaftsklassen zuführen dürfte, wie in Krankenkassenkreisen bereits betont wurde. Der neue Entwurf will beinahe für die Beitragszahlung und Vertretung in den Krankenkassen anstatt der bisherigen Dreiteilung, wonach die Versicherten zwei Drittel und die Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge zahlten und dementsprechend auch an der Vertretung beteiligt waren, die Halbierung der Beiträge und partielle Regelung der Vertretung einführen. Diese neue Regelung soll der Selbstverwaltung der Versicherten in den Krankenkassen ein Ende machen. Die Wahl der Kassenvorstehenden und Stellvertreter, die Anstellung der Kassenbeamten, die Regelung der Dienstordnungen, Ärzte- und Apothekerverträge, alles dies hängt künftig von der Zustimmung der Arbeitgebervertretung ab und, falls eine Einigung mit letzterer nicht zustandekommt, greifen die bureaukratisch geleiteten Versicherungs- und Oberversicherungsämter ein. Gegen diese Beitragshalbierung haben zahlreiche Arbeitgeberorganisationen (der Bund der Industriellen, der Deutsche Handwerkerbund, die Mittelstandvereinigungen usw.) öffentlich Stellung genommen, — ja selbst die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ wehrte sich gegen diese Zumutung und fand den Eingriff in die Selbstverwaltung der Krankenkassen durchaus unbedeutend. Nur der Zentralverband Deutscher Industrieller — dieser Scharfmacherverband par excellence — stand hinter dieser Reuerung. Schon auf seiner Tagung im Jahre 1907 erklärte er sich für diesen Plan der Regierung und er hat ihn neuerdings abermals gutgeheißen. Nur im Interesse dieser Scharfmacher soll die Entrechtung der Versicherten in den Krankenkassen erfolgen — im Dienste dieser Scharfmacher arbeitet die Reichsregierung. Kein Wunder, daß die übrigen Arbeitgebervertretungen von dieser Verenderung der Beitragsverteilung nichts wissen wollen. Handelt es sich doch um keine Kleinigkeit, sondern um ganz immense Summen, die die Arbeitgeber mehr aufbringen sollen. Im Jahre 1908 betragen die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber in den Krankenkassen 310 657 894 M. Auf die Versicherten entfielen davon zwei Drittel oder 207 038 462 M. Die Halbierung der Beiträge erspart den Versicherten ein Viertel davon, also etwa 51 4 Millionen M., die jetzt die Arbeitgeber mehr zahlen sollen. Das ist angesichts der bekannten Klagen der Unternehmer über die ohnehin große Belastung der Industrie durch die Arbeiterversicherung in der Tat eine recht starke Zumutung.

Der Arbeiterchaft könnte eine Beitragsentlastung schon recht sein, wenn sie nicht mit einer Entrechtung und Lähmung ihres Einflusses verbunden wäre. In diesem Zusammenhang jedoch weisen sie die Beitragsersparnis mit größter Einmütigkeit zurück. Es bleibt ja abzuwarten, ob der reaktionäre Plan der von der schlimmsten Scharfmacherorganisation geleiteten Regierung im Reichstages eine Mehrheit findet. Weder das Zentrum, noch die liberalen Parteien scheinen Neigung zu haben, darauf einzugehen. Indes, wie die Dinge liegen, scheint es leider nicht völlig ausgeschlossen, daß dieser Weg, die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu brechen, Anhänger in den verschiedensten Parteien findet.

Die deutschen Gewerkschaften haben indes dafür gesorgt, daß dieser Schlag die versicherte Arbeiterchaft nicht unvorbereitet trifft. Eine Konferenz der Vorstände der Gewerkschaften hat zu dieser Sachlage Stellung genommen und dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß folgenden Antrag unterbreitet:

Für den Fall, daß die in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Halbierung der Beiträge und der Vertretung für die Krankenversicherung Gesetz werden sollte, verpflichten sich die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftsbeiträge um denjenigen Betrag erhöht werden, den die Arbeiter infolge der geminderten Beitragszahlung zur Krankenversicherung ersparen. Die dadurch ersetzten Rechtsmaßnahmen sollen dazu ver-

wandt werden, den Einfluß, der den Arbeitern innerhalb der Verwaltung der Krankenkassen genommen wird, durch verschärften gewerkschaftlichen Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete zu erweitern, um so den der Arbeiterchaft durch die Reichsversicherungsordnung zugefügten Schaden auszugleichen.

Dieser Antrag pariert den Schlag, den Scharfmacherverband und Reichsregierung gegen die Arbeiterchaft führen wollen. Es ist kein Zweifel, daß der Gewerkschaftskongreß ihn einstimmig annehmen wird. Ebenso zweifellos bürgt der Einfluß der starken Gewerkschaftsorganisationen für seine Durchführung. Selbstverständlich würden auch die sozialdemokratischen Parteiorganisationen ihren Einfluß aufbieten, um auf diese Weise die Absichten der Scharfmacher zunichte zu machen. Ueberdies wird die Entrechtung der Arbeiterchaft gegen die Entrechtung dafür sorgen, daß der Beschluß des Gewerkschaftskongresses überall ein Echo und auch strikte Nachfolge findet. Ist dies aber der Fall, woran wir nicht zweifeln, dann sind es die deutschen Arbeitgeber, die solcherart den Gewerkschaften neue finanzielle Kampfmittel zuführen. Sie können sich dafür bei der Reichsregierung und beim Zentralverband deutscher Industrieller bedanken.

Genossin Gertrud Hanna als Referentin hatte die Aufgabe, die Mutterschaftsversicherung zu beleuchten. Sie zeigte in überzeugender Weise, wie die Frage der Kindersterblichkeit eine Folge des mangelnden Schwangerschutzes ist. Der weitgehende Sozialpolitiker wird ihr beistimmen, wenn sie erklärte: vielleicht das wichtigste Stück der Reichsversicherungsordnung ist der Mutterschutz! — In seinem Referate über die Unfallversicherung beleuchtete Genosse Wissell die sozialpolitische Situation, die die Regierung auf dem Rückmarsch vor den Scharfmachern zeigt. Daß übrigens die bürgerlichen Parteien nicht an der Seite der Arbeiter kämpfen werden, dafür darf der Kongreß als Symptom gelten: der Einladung der Generalkommission war von den Reichstagsfraktionen nur die sozialdemokratische gefolgt! — Weitere Referate erstatteten Genosse Müller-Hamburg über die Seemannsversicherung und Genosse Kimm-München über die Invalidenversicherung. Auch diese beiden Referenten konstatierten, daß der Reformentwurf in seiner Gesamtheit als Arbeiterchutz anzusprechen sei, der den Ausfluß der „gottgewollten Abhängigkeit“ der Regierung von Junker- und Scharfmachern darstelle.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. April 1910.

### Ko-Ko-Gericht und kleine Aktien.

Aus dem Reichstag, 25. April. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Petitionen nahm der Reichstag nach kurzer Debatte einen Antrag der Budgetkommission auf Verminderung der Drucksachen des Reichstages an. Die Debatte führte dadurch zu einem interessanten Intermezzo, daß der Vertreter der Reichspostverwaltung, Unterstaatssekretär Franke eine recht wessfremde Ansicht über das Verfahren bei Druckaufträgen vortrug. Die Kommission hatte bemängelt, daß die Reichsdruckerei unverständlich hohe Beträge für Druckkosten liquidiere, während eine große Privatfirma sich erboten habe, die Sache wesentlich billiger zu machen. Es wurde nach den Gründen gefragt, weshalb die Preise der Reichsdruckerei so hoch seien. Herr Franke erwiderte, man habe bei der Privatdruckerei angefragt, weshalb sie es eigentlich billiger machen könne, da doch die Reichsdruckerei Tarifpreise zahle. Genosse Fischer stellte zunächst fest, daß die fragliche Privatdruckerei selbst tariffrei sei, daß dagegen die Reichsdruckerei keineswegs durchweg tariffrei zahle und daß die Differenz deshalb nur durch ungewöhnlich hohe Spesen der Reichsdruckerei verursacht werden könne. Darauf schwenkte die Verwaltung.

Dann erfolgte die erste Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung eines obersten Kolonial- und Konsulargerichtshofes, der als dritte Instanz in allen Rechtsfreiheiten der Kolonien und Konsularbezirke dienen und gleichberechtigt neben dem Reichsgericht stehen soll. Daß eine dritte Instanz für solche Streitfälle geschaffen werden muß, darüber herrscht Einigkeit. Aber ob gerade ein solcher besonderer Gerichtshof mit dem weitläufigen Namen, den man passend in Ko-Ko-Gericht abtönen könnte, zweckmäßig ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Genosse Stadthagen meinte, es sei richtiger, den Konsulargerichtshof dem Reichsgericht anzugliedern. Er bemängelte auch die ungenügenden statistischen Unterlagen des Entwurfs und wies auf die Symptome hin, die beweisen, daß man es auch bei dieser Vorlage mit einer Vertretung kapitalistischer Interessen zu tun habe. Im weiteren Verlauf der Debatte entspann sich noch ein Meinungsstreit darüber, ob das geplante Ko-Ko-Gericht in Berlin, Lübeck oder Hamburg domiziliert werden solle. Schließlich wurde der Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es dann bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Einführung kleiner Aktien in den Konsulargerichtsbereichen und im Schutzbereich Kiautschou. Schon in voriger Session hatte der Entwurf dem Hause vorgelegen. Auch diesmal gingen die Meinungen selbst innerhalb einzelner Fraktionen stark auseinander. Der Zweck der Vorlage ist, den deutschen Aktiengesellschaften in den erwähnten Bezirken die Konkurrenz mit den englischen in der Gewinnung kleiner Aktionäre zu ermöglichen.

Nach deutschem Recht können nämlich nur Aktien von 1000 M. im Werte ausgegeben werden, während in England Aktien bis zu 20 M. herunter zulässig sind. Die Vorlage will nun für deutsche Aktien in jenen Bezirken die Grenzsumme auf 200 M. heruntersetzen. Dafür legten sich hauptsächlich die Herren Dertel (nail) und Kaempf (Fortsschr. Bp.) ins Zeug. Die Sozialdemokratie ist, wie Genosse Eichhorn darlegte, entschieden dagegen, da durch die Herabsetzung der Grenzsumme die kleinen Leute zur Spekulation verleitet werden. Wenn Herr Kaempf meine, das Geschäft mit den kleinen Leuten werde auf solche Weise der englischen Konkurrenz in die Hände gespielt, so könne man mit diesem Argument auch die Errichtung einer amtlichen Spielhölle in Deutschland begründen, weil jetzt viele Leute ihr schönes Geld nach Monaco tragen. Ähnlich sprach sich auch der Zentrumsvertreter Schwarz-Blippstadt aus, aber selbst ein Parteigenosse des Herrn Kaempf, Herr Heckscher, warnte vor dem Betreten der abschüssigen Bahn, zu dem die Herren Kaempf und Dertel aufgefordert hatten. Ähnlich gingen auch die Meinungen innerhalb der Reichspartei auseinander, so daß die Stimmung für den Regierungsvorschlag nur äußerst gering ist. Die Vorlage wurde schließlich an die Budgetkommission überwiesen.

Am Dienstag sollen endlich die aufgeschapelten Wahlprüfungen zur Verhandlung kommen.

Universtitäten und freie Wissenschaft.

Vor leeren Bänken, wie sie das Haus charakteristischweise schon während der ganzen Dauer der Beratung des Kultusrats aufwies, erlebte das Junkerparlament am Montag das Kapitel „Universtitäten“. Es war auffallend, daß, abgesehen von dem sozialdemokratischen Redner und dem freisinnigen Abg. Dr. v. Liszt, kein einziges Mitglied des Hauses größere, allgemeine Gesichtspunkte in die Debatte warf, fast alle beschäftigten sich mit Spezialfragen. Eine Hauptrolle spielte dabei naturgemäß die Einführung von Gebühren für die Bibliothekbenutzung, eine Maßnahme, die zwar erst nach Verabschiedung des Etats in Kraft treten dürfte, die aber die Regierung unter Nüchternheit des Staatsrechts des Landtages schon am 1. April getroffen hat. Warum auch nicht? Weiß sie doch, daß sie diesem von einer konservativ-kerikalen Sippe beherrschten Parlament alles bieten kann! Zwar gab sogar der Zentrumsvorredner, Abg. Dr. Stauffmann, unumwunden zu, daß die Einführung von Bibliothekgebühren ein Kulturrückschritt ist, da sie Schranken gegen die Ausbreitung der Bildung aufrichtet, aber was nützen die schönsten Reden, wenn man hinterher selbst eifrig dabei ist, die Schranken gegen den Kulturfortschritt zu errichten? Mit großer Entschiedenheit bekämpfte Abg. Dr. v. Liszt diese neueste Wüte preußischer Kulturfeindschaft, aber er blieb in der Minderheit. Auch seine sonstigen bemerkenswerten Anregungen, z. B. die der gesetzlichen Regelung des Universitätsrechts, fanden keine Gnade vor den Augen des Ministers. Herr Troitz zu Solz hielt das nicht für erforderlich. Angeblich, weil die historisch gewordenen Einrichtungen an den einzelnen Universtitäten zu verschieden sind, in Billigkeit aber wohl deshalb, weil er, wie Liebknecht treffend erwiderte, den Absolutismus auf den Universtitäten erhalten wissen und sich nicht durch Gesetzesbestimmungen in seiner reaktionären Verwaltungspraxis beengen lassen will.

Ueberhaupt bildete die Rede Liebknechts eine gründliche Abrechnung mit dem besonders in Preußen durchgebildeten System, das darauf hinausläuft, wie die Schule und Kirche, so auch die Universtitäten in den Dienst der herrschenden Klassen zu stellen und Diener für Staat und Kirche, anstatt freie Forscher heranzubilden. An der Hand zahlreicher Vorfälle, u. a. der Ley Krone und der Verhandlungen des Hochschullehrertages in Leipzig, konnte unser Genosse mit leichter Mühe den Nachweis dafür erbringen, daß es in Preußen nur eine Freiheit, die Freiheit nach rechts, gibt, daß dagegen Regungen einer wirklichen Freiheit im Reime erstickt werden, und daß vor allem von einer Freiheit der Wissenschaft nicht gesprochen werden kann. Die Hoffnung, daß es demalst besser werden wird, braucht man aber, wie Liebknecht treffend hervorhob, deshalb nicht aufzugeben, denn immer mehr regt sich im Volke die Lernbegierde. Das Klassenbewußte Proletariat wird die Aufgabe lösen, die zu lösen die heute herrschenden Klassen unfähig sind. — Die Herren von der Regierung hörten die Rede des sozialdemokratischen Vertreters jeder aufmerksam an, aber zu einer Erwiderung rafften sie sich nicht auf. Und das war das Beste, was sie tun konnten, denn unseren Genossen zu widerlegen, wäre ihnen einfach unmöglich gewesen.

Aus der Spezialdebatte ist hervorzuheben, daß selbst von den Nationalliberalen und vom Zentrum das Benehmen der Bonner Vorleser als Nothet bezeichnet wurde. Die jungen Herren müssen es wirklich toll getrieben haben, was natürlich kein Hinderungsgrund für ihre fernere Laufbahn ist. Wer weiß, ob man sie nicht später vom Regierungstisch aus gegen die Verrohung der Jugend wettern hört?

Dienstag: Fortsetzung.

Die freie Jugendorganisation Berlin kein politischer Verein!

Die Berliner Polizei hat am Montag in ihrem Kampf gegen die freie Jugendorganisation eine Niederlage erlitten. Das Schöffengericht Berlin-Mitte, vor dem die Vorstandsmitglieder der vom Polizeipräsidenten aufgelösten Jugendorganisation wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angeklagt waren, hat die fünf Angeklagten freigesprochen, weil die Jugendorganisation kein politischer Verein ist. In der Begründung wird anerkannt, daß der Verein sehr verständige Sagen anstrebt, die nur gebilligt werden können. Wir verweisen auf den interessanten ausführlichen Verhandlungsbericht, den wir an der Spitze der 4. Beilage veröffentlichen.

Justiz, Polizei und Scharfmachertum.

Der Arbeitgeberverband in Köln, der durch seine Eingabe um ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens auch weiteren Kreisen bekannt geworden ist, hat eine Beschwerde an den Justizminister gesandt, worin er Klage führt über die angebliche Verzögerung des gerichtlichen Verfahrens gegen ausständige Tapetendrucker, die Arbeitswillige „überfallen und tötlich beleidigt“ haben sollen. Darauf ist den Herren Scharfmachern ein Schreiben zugegangen, worin die Justizbehörde sich rechtfertigt. Der Kölner Oberstaatsanwalt hat dem Arbeitgeberverband die Antwort erteilt, daß die Staatsanwaltschaft „bei der Bearbeitung der Angelegenheit der Firma Flammersheim u. Steinmann sachgemäß verfahren ist und daß ihr insbesondere eine Verschleppung des Verfahrens nicht zur Last fällt“. Die Firma habe die Anzeige bei der Polizeiverwaltung erstattet und die Staatsanwaltschaft habe, als sie die Sache von der Polizei bekam, „das Verfahren ordnungsgemäß gefördert“.

Aber auch die Polizei fühlte das Bedürfnis, sich zu reinigen. Der Kölner Polizeipräsident hat ebenfalls dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, daß „nach dem Ergebnis der Feststellungen das polizeiliche Ermittlungsverfahren mit möglicher Beschleunigung durchgeführt“ worden sei, und daß daher der Polizeibehörde eine Verschleppung nicht zur Last fällt“. Die Polizei habe an der Hand einer Liste von 85 Streikenden umfangreiche Vernehmungen vornehmen müssen, da die an dem Ueberfall beteiligten Arbeiter unbekannt gewesen seien.

Nach dem ganzen Stil der Rechtfertigung des Oberstaatsanwalts und des Polizeipräsidenten muß man annehmen, daß sich diese Herren gegenüber dem Scharfmacherverband als Angeklagte gefühlt haben. Wir glauben kaum, daß die Justiz- und die Polizeibehörde ganzwortet hätten, wenn eine derartige in ein Strafverfahren eingreifende „Beschwerde“ von einer Arbeiterorganisation ausgegangen wäre, zumal nicht etwa der Strafantrag von dem Scharfmacherverband gestellt worden ist, sondern durch die Firma, um deren Arbeitswillige es sich handelt. Tatsächlich hat das Verfahren gegen die Ausständigen, besonders aber die Beschwerde an den Minister, trotz des Umweges über die einzelnen Behörden, eine so schnelle Erledigung gefunden, wie man es im Verkehr mit solchen Stellen sonst nicht gewohnt ist.

Man merkt, die Herren Scharfmacher gelten etwas in den höheren Regionen.

Ein Bluturteil im Wahlrechtskampf.

Bei der Straßendemonstration am 20. Februar in Breslau sah ein unbeteiligter Hausdiener einen Mann mit gezogenem Revolver auf einem Kade durch die Menschenmenge fahren. Hierüber erregt, stieß der Hausdiener den Revolverhaken mit den Worten: „Polizeispiegel, Räuber“ vom Kade. Er wurde darauf verhaftet und bis jetzt in Untersuchungshaft behalten. Am Freitag wurde gegen den Uebelthäter vor Gericht verhandelt. Er

gab an, er habe den Mann für einen Polizeispiegel gehalten, der kein Recht habe, einen Revolver zu führen und damit durch die Straßen zu fahren. Das Gericht war aber der Ansicht, gerade an dem Revolver hätte der Angeklagte erkennen müssen, daß es sich um einen Schutzmännchen in Zivil handele. Das Urteil lautete deshalb wegen hinterlistigen Angriffs des Wider einen Beamten durch eine das Leben gefährdende (!) Bedrohung und wegen Verleumdung auf neun Monate zwei Wochen Gefängnis! Zwei Wochen wurden durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Das dramatische Urteil wird nicht dazu beitragen, die Erregung, welche die Wahlrechtsagitation und die Polizeibrutalitäten hervorgerufen haben, zu beschwichtigen.

Wahlrechtsdemonstration in Kiel.

Am Sonntag endlich fand die Wahlrechtsversammlung der Kieler Arbeitererschaft unter freiem Himmel statt, die trotz der polizeilichen Genehmigung am 10. April verhindert worden war, weil Bürgermeister Lindemann den städtischen Jugendspielplatz ohne einen zustimmenden Beschluß des Magistrats nicht für die Versammlung freistellen wollte. Inzwischen hatte der Magistrat beschlossen, den Platz für die Versammlung herzugeben, hatte aber daran die etwas eigenartige Bedingung geknüpft, daß der Sozialdemokratische Verein 200 Mk. Kaution stelle, als Sicherheit für etwaige Schäden. Trotz des windigen und kalten Wetters hatten sich etwa 10 000 Personen eingefunden, die auch nicht wankten und wichen, als mehrere Male heftige Regenstauer einsetzten. Nach den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Reden der Genossen Borgmann, Berlin und Adler-Kiel wurde von der Versammlung einstimmig eine Resolution angenommen, die sich scharf gegen die Wahlrechtspuscherei der Regierung wendet. Die Polizei hielt sich verständigerweise fast gänzlich fern.

Die Polizei im Wahlrechtskampf.

Im Saale der Neuen Börse in Breslau fand am Sonntag eine Versammlung der demokratischen Vereinigung statt, in der Dr. Breitscheid referierte. Als die Besucher das Lokal verlassen, fanden sie wenige Schritte vom Lokal entfernt, die Straße abgesperrt. Als ein Teil von ihnen sich auf dem Nachhausewege trotzdem nach dieser Richtung bewegte, zogen die Schutzeleute sofort blank und gingen gegen die Massen vor. Einige von ihnen drangen sogar in das Versammlungslokal ein, um die dort noch Anwesenden hinauszutreiben. Sie wurden vom Wirt hinausgewiesen. Das Vorgehen der Polizei löste auf der Straße Hochrufe auf das Wahlrecht und Schmährufe auf die Polizei aus. Es entstand ein großer Lärm. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Zeugnisfalter in Bremen.

In unserer Bremer Depesche in der Sonntagsnummer wird zum Schluß gesagt, Genosse Freuthal sei wie ein schwerer Verbrecher behandelt worden, dies ist nicht der Fall, der Irrtum entsand durch unklare Abfassung des Telegramms. Es sind dem Gen. Freuthal vielmehr alle Vergünstigungen gewährt worden.

Die ungeheuerliche Maßregel des Zeugniszwangs wird dadurch natürlich nicht besser. Trotz der allgemeinen Mißbilligung selbst in der bürgerlichen Presse will aber die Untersuchungsbehörde auf die Durchföhrung der Zeugniszwangshaft nicht verzichten. Sie ist vielmehr jetzt im Anschluß an die Strafhaft angeordnet worden.

Er mordung eines katholischen Missionars in Ruanda.

Aus der Nordwestprovinz Deutsch-Ostafrika, dem Sultanat Ruanda, wird die Ermordung eines katholischen Missionars gemeldet.

Nach einem telegraphischen Bericht des stellvertretenden Gouverneurs hatte der Vater Loupas einen gegen den Sultan Mfinga rebellischen Grenzhäuptling Lufarra aufgesucht, um eine Klage Eingeborener wegen Viehraubs zu vertreten. Lufarra wollte sich entfernen, angeblich um das Vieh zu holen. Der Vater sagte ihn darauf am Arm, um ihn zurückzuhalten, worauf die Leute des Lufarra auf dessen Befehl den Vater mit ihren Speeren töteten. Die Mörder schützten sodann nach der anderen Seite des Mahavura auf langobelsches Gebiet. Der Vorfall hat sich am 1. April ereignet. Am 5. April wurde eine von der 11. Kompanie verstärkte Polizeiabteilung an die Grenze in Marsch gelett. Der Vorfall ist nach der Auffassung des Residenten für Ruanda von rein persönlicher Bedeutung und wird voraussichtlich ohne weitere Folgen für die Ruhe des Landes bleiben. Die übrige Grenzbevölkerung beteiligte sich an der Verfolgung der Mörder.

Reichsvereinsgesetz und Studierende.

Die 7. preussische Rektorenkonferenz in Halle beschäftigt sich mit der Frage, ob es sich empfiehlt, die für Studierende an den preussischen Universtitäten in den Disziplinarvorschriften enthaltenen Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht der Studierenden aufzuheben und die Studierenden unter das Reichsvereinsgesetz zu stellen. Einstimmig sprach man sich dahin aus, daß die Sonderbestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht der Studierenden unentbehrlich sind, da hierin ein Schutz zu finden sei gegen etwaige Eingriffe der Polizei in die innere akademische Disziplin.

Soldatenleben.

Vor dem Dresdener Kriegsgericht kamen dieser Tage verschiedene Fälle gemeiner Schikanierung junger Rekruten zur Verhandlung. Wegen Anmohung von Befehl- und Strafbefugnissen waren angeklagt: der Sergeant Schneider, die Unteroffiziere Redo, Wenssdorf und Edert sowie die Gefreiten Ueberle, Kroll, Peter und Richter, sämtlich von der 6. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 178 in Kamenz in Sachsen. Die Angeklagten haben die ihnen unterstellten Rekruten in der unglaublichsten Weise gequält und schikaniert, wodurch schließlich ein Rekrut zum Selbstmord getrieben wurde. Er erhängte sich. Man fand ihn aber noch rechtzeitig und schnitt ihn ab. Die sofort angestellten Wiederbelebungversuche waren von Erfolg.

Vor Gericht bezeichneten die Angeklagten ihr gemeinsames Vorgehen als notwendige Maßnahmen! Obgleich der Anklagevertreter scharfe Worte gegen die Soldatenquälerei anschlug und gegen zwei der Hauptschuldigen längere Gefängnisstrafen beantragte, fiel das Urteil auffallend gelinde aus. Es erhielten: Sergeant Schneider 6 Wochen, Unteroffizier Redo 5 Wochen, Unteroffizier Wenssdorf 3 Wochen und Unteroffizier Edert 5 Tage, die Gefreiten Knoll und Peter je 3 Tage, Ueberle 9 Tage und Richter 2 Tage mittleren Arrest.

Alle bleiben Vorgesetzte!

Militärische Achtungsverletzung beim Kaffeefüllen.

Durch eine in der Erregung hingeworfene Aeußerung hat sich der Häßler Vorn von der 11. Kompanie des 3. Garde-Regiments für sechs Wochen ins Gefängnis gebracht. Vorn war in Alsterdorf während einer Schießübung für die Kompanie als Ordnungskommandant. Als er eines Nachmittags beim Abfüllen der für die Mannschaften bestimmten Kaffeekannen beschäftigt war, befahl ihm der Unteroffizier Henckels, in dem Abfüllen der Kaffeekannen innezuhalten und für einen anderen Unteroffizier eine Kanne mit Kaffee zu füllen. Vorn, der kurz vorher von den Mannschaften angeklagt worden war, weil das Essen angebrannt

bestand sich in recht bedärgter Stimmung und ließ sich zu der ärgerlichen Aeußerung hinreißen: „Ach Quatsch, ich mache, was ich will; mir hat keiner was zu sagen!“ Der Unteroffizier hielt darauf die Mannschaften fest und Vorn entriegelte sie ihm wieder.

Vestern stand er wegen Achtungsverletzung und Gehorjamsverweigerung vor verammelter Mannschaft vor dem Kriegsgericht der I. Gardebrigade. Mit „Rücklicht auf seine tadellose Führung“ erkannte das Gericht wegen der abnormen Loyalität auf das niedrigste Strafmaß von sechs Wochen und einem Tag Gefängnis.

Ungarn.

Ungarische Intellektuelle für das allgemeine und gleiche Wahlrecht.

Dem Grafen Tisza, der „im Interesse der Intelligenz“ die Wahlreform bekämpft, haben tausend Vertreter der gelehrten Berufe einen offenen Brief gesandt, in dem es unter anderem heißt: „Wir fürchten uns vor dem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht nicht. Im Gegenteil, wir sehen darin das einzige Heilmittel unserer verkümmerten ungarischen Kultur. Wir fürchten uns nicht vor der gesteigerten politischen Stellung unserer Brüder, der Männer der körperlichen Arbeit. Ja, wir sehen und suchen in ihnen unsere verlässlichsten, begeistertsten und festesten Bundesgenossen in der mühevollen Arbeit des Aufbaues des ungarischen Kulturstaates. . . . Euerer Eggzellen glauben, daß die Gesellschaft der Herrenkassen, der vornehmen Aemter der Staats- und Kreisverwaltung, der amtlichen wissenschaftlichen und literarischen Kreise das Wesen der ungarischen Intelligenz bilde. Dies ist ein verhängnisvoller Irrtum: die ungarische Kultur ist heute hauptsächlich unter dem bewußten und unbewußten Druck dieser Intelligenz, unfähig, an dem Wettstreit der gebildeten Nationen würdig teilzunehmen. Eggzellen sehen nicht, daß neben dieser Intelligenz sich bereits eine andere ausgebildet hat, die sich von dieser amtlichen Himmelweit entfernt und dem arbeitenden Volke der Felder und Fabriken unmittelbar nahe fühlt. . . . Nur auf den Trümmern des Agrarfeudalismus kann sich das arbeitende Ungarn, der ungarische Bürger- und Kulturstaat erheben. Und der Weg dahin ist: das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht.“

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 24. April. Verlässlichen Nachrichten zufolge kämpfen bei Stimlia an der Straße von Werissowich nach Prizrend (Sandtschak Prishtina) seit gestern früh etwa 10 000 Albanesen mit acht Bataillonen türkischer Truppen. Näheres ist bisher nicht bekannt.

Saloniki, 24. April. Arnauten griffen die zwischen Prizrend und Werissowich verkehrende Post an, wobei es zum Kampf zwischen den Arnauten und den die Straße bewachenden Truppen kam. Die Arnauten wichen zurück, auf beiden Seiten waren Verluste zu verzeichnen. In Prizrend herrscht große Erregung, von Werissowich sind zwei Bataillone nach dort abgegangen.

Bedrohliche Lage.

Saloniki, 25. April. Die Nachrichten aus Oberalbanien lauten ungunstig. Bei Shilan stehen 3000, an der Drenitza 2000, in der Gegend von Lipjan 4000, bei Podrima 5000, in der Umgegend von Prizrend bei Podgori 3000, bei Laptseli und bei Djuma je 6000 bewaffnete Arnauten. Hierzu kommt noch der 2000 Mann starke Stamm der Dstropops. Weitere 12 Bataillone und vier Batterien sind nach Albanien unterwegs, so daß die Gesamtzahl der Truppen 52 Bataillone und 18 Batterien beträgt. Die Reservisten von Saloniki sind einberufen worden. Schefket Torogel Pascha veräußerte, das Defilee von Katschani rechtzeitig zu befehlen, so daß 3000 Arnauten sich dort festsetzten und den Bahnverkehr hindern. Sie ließen nur die Post passieren, entwaffneten 20 einen Bahnzug begleitende Soldaten und zwangen diese, nach Uecküb zurückzulehren.

Amerika.

Noch ein sozialistischer Bürgermeister.

In der kleinen Stadt Washburn, gleich Milwaukee in Wisconsin, wurde Genosse G. A. Herrring zum Bürgermeister gewählt. In einigen anderen Orten wurden einzelne sozialistische Ratsmitglieder oder sonst städtische Organe gewählt. In Charleboit, Michigan, war zum erstenmal eine volle sozialistische Liste aufgestellt, die 119 Stimmen erhielt. Genosse Thomas erhielt als Bürgermeisterkandidat 191 Stimmen gegen 268 des Gegners. Bei der letzten Präsidentenwahl, 1908, hatten wir erst 60 Stimmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mord und Selbstmord.

Bosen, 25. April. (B. T. B.) Heute nachmittag gab die Frau des Postaufsehers Oskar Bopp auf ihren Ehemann mehrere Schüsse ab, die ihn sofort töteten. Hierauf richtete die Frau die Waffe gegen sich selbst; auch sie war alsbald eine Leiche. Die Ursache der Tat ist noch nicht bekannt.

Ungarns goldene Jugend.

Budapest, 25. April. (B. T. B.) An der hiesigen Universtität kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen freisinnigen und kerikalen Studenten, an dem sich mehr als 1000 Schüler beteiligten, von denen einige nicht unerhebliche Verletzungen erlitten. Anlaß zu dem Zusammenstoß bot der freisinnige Gesellschaftsprofessor Marczai, welcher vom Universtitätsrat eine Klage erhalten hatte, weil er beschuldigt worden war, einem Kandidaten die Prüfungsfragen vorher mitgeteilt zu haben. Die freisinnigen Studenten wollten dem Professor hierfür eine Genugtuung bieten, wogegen die Kerikalen auftraten. Die Polizei gestreute die Erregenden, nachdem die Tumulte sich von der Aula auf die Straße fortgesetzt hatten.

Zur Lage in Albanien.

Saloniki, 25. April. (B. T. B.) Heute wurde wiederum im Engpash Kafschanik ein Zug von Arnauten durch Schüsse aufgehalten, die Weiterfahrt aber gestattet, da der Zug weder Militär noch Kriegsmaterial beförderte. Der Engpash ist angeblich von 10 000 Arnauten besetzt. Weitere Militärtransporte sind auf dieser Bahnstrecke eingestellt worden.

Konstantinopel, 25. April. (B. T. B.) Der Ministerrat hat beschlossen, die Redibrigaden in Saloniki und Smyrna zu mobilisieren und nach Oberalbanien zu entsenden.

Rassenerhaftungen.

New York, 25. April. (B. T. B.) In Kuba wurden insgesamt 70 Neger verhaftet. Die Regierung erklärte, es sei ein bewaffneter Aufstand beabsichtigt gewesen. Die Neger hätten weiße Dienermänner, welche jetzt gesucht werden.

Außerordentlicher Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin, 25. April 1910.

Im Gewerkschaftshaus zu Berlin trat heute unter außerordentlicher zahlreicher Beteiligung ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß zum Protest gegen die Reichsversicherungsordnung zusammen.

Nach 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende der Generalkommission, Reichstagsabgeordneter Legien,

die Verhandlungen mit folgender Ansprache: Nicht zur Beratung gewerkschaftlich organisatorischer Fragen, sondern um eine unmittelbare Wirkung auf die Gesetzgebung des Reiches auszuüben, sind wir heute hier zusammen gekommen. Die Reichsversicherungsordnung ist für die Arbeiterchaft, deren beste Kräfte in den gewerkschaftlichen Organisationen verammelt sind, von so einschneidender Bedeutung, daß es uns notwendig erschien, auf einem allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongreß Stellung zu ihr zu nehmen. Wir haben uns nicht damit begnügt, diesen Kongreß einzuberufen, sondern wir haben auch auf andere Weise auf die Vorlage einzuwirken gesucht. Sie alle wissen, daß nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung der Arbeiter in Zukunft nur ein Objekt der Versicherung sein soll, daß sein Selbstbestimmungsrecht ihm genommen, sein Mitbestimmungsrecht aber weiter eingeeignet werden soll. Die Generalkommission hat deshalb in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand eine Kommission von zehn Personen, Arbeitersekretäre mit langjährigen praktischen Erfahrungen auf dem Versicherungsbereich einberufen, die während der Zeit, in der die Reichstagskommission tagt, ebenfalls arbeiten, der Reichstagskommission bezw. den sozialdemokratischen Vertretern in ihr Anträge zu den einzelnen Paragraphen der Reichsversicherungsordnung unterbreiten und das Material zur Stelle schaffen soll, das zu ihrer Begründung erforderlich ist. Weiter haben wir am Freitag und Samstag der vorigen Woche eine Konferenz von Arbeitersekretären und Vertretern der Versicherer in der Reichsversicherungsanstalt und in den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten zusammengerufen, also wiederum Personen, die weitgehende praktische Erfahrungen in allen Fragen der Arbeiterversicherung haben, und diese Konferenz hat die allgemeinen Grundzüge, welche seitens der Zehnerkommission aufgestellt worden sind, mit einigen unwesentlichen Änderungen akzeptiert. Wir versuchen nicht also nur demonstrativ Stellung zu nehmen, sondern wir wollen auch unmittelbar praktisch an der Ausgestaltung der Reichsversicherungsordnung mitarbeiten. Schließlich wollen wir auf diesem Gewerkschaftskongreß die Meinung der organisierten Arbeiter zum Ausdruck bringen. Da es sich hier nicht um eine Parteifrage handelt, die vom politischen Standpunkt aus behandelt werden muß, sondern um eine Frage, die den allgemeinen Interessenstandpunkt des Arbeiters berührt, hätte es die Generalkommission für praktisch gehalten, wenn nicht nur die ihr angeschlossenen Gewerkschaften an der Tagung teilgenommen hätten, sondern ein allgemeiner Kongreß aller Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands abgehalten worden wäre. Infolgedessen haben wir die Zentralstellen der Christlichen, Hirsch-Dunderschen und polnischen Gewerkschaften angefragt, ob sie bereit seien, mit uns zusammen einen allgemeinen Kongreß einzuberufen. Die Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben jedoch abgelehnt, weil sie sich bereits verpflichtet hätten, mit der Gesellschaft für soziale Reformen zusammen Stellung zur Reichsversicherungsordnung zu nehmen. Diese Gewerkschaften halten es also für angemessener, mit ehemaligen Ministern und Professoren als mit ihren Klassenossen zusammen zu tagen. Das kann uns nur recht sein, dokumentieren diese Organisationen doch dadurch aufs neue ihren wahren Charakter. (Sehr wahr!) Die gewerkschaftlichen Organisationen sind und dürfen nur sein proletarisch, und bei einer solchen Angelegenheit, wo das Proletariat in seiner Gesamtheit berührt wird, hätten auch seine Beratungen einen rein proletarischen Charakter tragen müssen, wenn nicht diese Gewerkschaften ihren Hauptzweck darin sähen, die Arbeiter den bürgerlichen Parteien zuzuführen. Indem sie es ablehnten, mit ihren Klassenossen gemeinsam zu tagen und zu beraten, haben sie auf neue gezeigt, welche Nebenwege ihre Vereinigungen verfolgen. Schon im Jahre 1906 haben sie es abgelehnt, mit uns gemeinsam gegen das Gesetz über die Berufsvereine Stellung zu nehmen, eine Vorlage, die mit gleicher Schärfe, wenn auch in anderer Weise die Interessen der ganzen Arbeiterchaft berührt. Wir brauchen uns über diese wiederholten Ablehnungen nicht zu kränken. Unsere Repräsentation ist ja schließlich für unsere Zwecke ganz höchst ausreichend. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Eine andere Frage war die, ob wir die Reichsbehörden einladen sollten. Wir haben davon abgesehen, zunächst aus dem Grunde, weil das Reichsamt des Innern immer und immer wieder die kleinsten Tagungen der Unternehmerverbände besucht, dagegen die Einladung gewerkschaftlicher Organisationen mit der Begründung abgelehnt hat, daß keine Zeit dazu vorhanden sei. Wir haben das Reichsamt des Innern ja auch zum Heimarbeiterkongreß eingeladen, der im Jahre 1904 in diesem Saale tagte, also zu einem Kongreß, der über die Hilfestellung für die elendesten Schichten des Proletariats beraten sollte. Auch damals hatte das Reichsamt des Innern keine Zeit, um einen Vertreter zu entsenden. Deshalb haben wir geglaubt, es auch diesmal nicht einladen zu sollen. Wenn es notwendig und zweckmäßig gewesen wäre, daß es an unseren Beratungen teilgenommen hätte, hätten wir vielleicht über diese Gründe hinweggesehen. Aber das Reichsamt des Innern hat bereits in ausreichendem Maße nach Erscheinen des ersten Entwurfs die Wünsche der Arbeiterchaft kennen gelernt. Auch damals hat der allgemeine Krankentag namens der deutschen Arbeiterchaft ihre Forderungen ausgesprochen, und alle Gewerkschaften haben durch ihre Generalversammlungen oder durch ihre Vorstände Stellung zu dem Entwurf genommen und unter Hinweis auf ihre besonderen beruflichen Interessen dem Reichsamt des Innern ihre Vorschläge gemacht. Als aber der neue Entwurf erschien, da sind die Wünsche der Arbeiter nicht nur unberücksichtigt geblieben, sondern sie scheinen geradezu dazu gebent zu haben, den Entwurf noch weiter den Interessen des Unternehmertums anzupassen. Das Reichsamt des Innern ist aber heute gar nicht mehr entscheidend, jetzt hat der Reichstag das Wort. Darum haben wir sämtliche Reichstagsfraktionen eingeladen mit dem Wunsch, daß sie rechtzeitig und ihre Delegierten namhaft machen möchten. Aber nur die sozialdemokratische Fraktion hat auf diese Einladung geantwortet. (Wielaches Hört! hört!) Alle anderen Fraktionen haben die Entsendung von Vertretern für unnötig gehalten. (Erneutes Hört! hört! Hurra! Fortschrittler.) Ich stelle aber nochmals ausdrücklich fest, daß sämtliche Fraktionen eingeladen worden sind, um unseren Gegnern die Möglichkeit zu nehmen, aus der alleinigen Anwesenheit von Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion Schlüsse auf den Charakter des Kongresses zu ziehen. Nichtsdestoweniger werden wir Vorleser treffen, daß sowohl die Reichstagskommission zur Vorberatung des Entwurfs als auch sämtliche anderen Reichstagsmitglieder über die Beratungen und Beschlüsse des Kongresses informiert werden.

Vertreten sind auf dem Kongreß nach den bisherigen Mitteilungen 58 Organisationen mit 422 Delegierten und 1948 582 Arbeitern und Arbeiterinnen

als Mitgliedern. Gasthörer haben entsandt das Arbeiterinnenkomitee, die Berliner Gewerkschaftskommission, der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, von Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Zentrale für Krankenkassenwesen, die Generalkommission

der Krankenkassen Deutschlands, der Verband Süddeutscher Eisenbahner. Außerdem sind anwesend Mitglieder der Zehnerkommission. Im Interesse der Arbeiterchaft hätten wir gewünscht, daß alle Arbeiter- und Angestelltenorganisationen hier wären. Aber wir können uns mit dem Fehlen der anderen Organisationen um so leichter abfinden, als unser Kongreß nicht nur die geschlossenste und stärkste gewerkschaftliche Organisation Deutschlands, sondern die stärkste und festeste Organisation der Welt überhaupt vertritt. Gestützt auf diese Kraft unserer Verbände werden unsere Beratungen ohnedies die genügende Beachtung finden. (Lebhafte Beifall.)

Im Namen der Berliner Gewerkschaftskommission heißt Ritter-Berlin den Kongreß willkommen.

Es werden dann zu Vorsitzenden des Kongresses, da W o m e l h u r g ablehnt, Legien und Haupt-Raadeburg, zu Schriftführern Käppler-Altenburg (Mühlenarbeiter), Häblich-Berlin (Zugilarbeiter), Kaiser-Stuttgart (Holzarbeiter), Dreher-Berlin (Transportarbeiter), Bräuner-Berlin (Photograph) und Urban-Berlin (Angestellter) bestimmt.

Vorsitzender Legien unterbreitet dem Kongreß zur großen

Bauarbeiterausperrung

folgende Resolution:

Der außerordentliche Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zu Berlin spricht den ausgesperrten Bauarbeitern seine vollsten Sympathien aus. Das von dem Unternehmerverband vorgelegte Vertragsmuster enthält Bestimmungen, deren Annahme jeden weiteren Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbinden müßte. Die Zurückweisung dieser Bestimmungen erfordert das Selbsterhaltunginteresse der Gewerkschaften. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter gegen die beschlossene Vergewaltigung durch den Unternehmerverband ist deshalb ein Kampf für die gewerkschaftlichen Grundrechte aller Arbeiter. Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß fordert auf Antrag sämtlicher Vorstände der deutschen Gewerkschaften die organisierten Arbeiter Deutschlands auf, auch ihrerseits den ausgesperrten ihre Solidarität durch sofortige Aufnahme allgemeiner Sammlungen zu beweisen.

Zur Begründung führt Legien folgendes aus: Wir empfinden wohl alle die Notwendigkeit, vor Eintritt in unsere eigentliche Tagesordnung Stellung zu der vom Unternehmertum inszenierten Aussperrung im Baugewerbe zu nehmen. Wir legen Ihnen darum namens der Konferenz der Vorstandsvertreter eine Resolution vor, deren Begründung sich ja von selbst ergibt. Sie alle wissen, wie die Aussperrung zustande gekommen ist, wie der Verlauf im einzelnen, wie die Stellung der nicht unmittelbar beteiligten Unternehmerorganisationen ist. Die ganze Art, wie die Bauunternehmer seit Jahren gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen im Baubetrieb vorgegangen sind, dokumentiert unzweifelhaft, daß sie von langer Hand die Kraftprobe vorbereitet haben in der Hoffnung, in diesem Kampfe zur Zerkümmern der gewerkschaftlichen Organisationen der Bauarbeiter gelangen zu können. Darum haben sie das Vertragsformular vorgelegt, das unzweifelhaft nur einen Vorwand für die Aussperrung liefern sollte. Die eigentliche Absicht des Bauunternehmertums geht darauf hinaus, den Einfluß, den in diesem Gewerbe die gewerkschaftlichen Organisationen in Bezug auf die Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sich schon errungen haben, wieder zu brechen. Daselbst ergibt sich aus der Stellungnahme der nicht beteiligten Unternehmerorganisationen, für die der Zentralverband Deutscher Industrieller und die Zentralföderation Deutscher Arbeitgeberverbände jüngst einen Aufruf veröffentlicht haben, in dem sie die Mitglieder aufzufordern, die Bauunternehmer in ihrem Kampfe zu unterstützen mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß dieser Kampf entscheidend für die spätere Bedeutung der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben sein werde. Nachdem die nicht unmittelbar interessierten Unternehmer diese Stellung eingenommen haben, ist es die Pflicht aller deutschen Gewerkschaften, den Bauarbeitern in diesem Kampfe zur Seite zu stehen. Die Situation im Baugewerbe liegt so und unsere gewerkschaftlichen Organisationen sind so stark, daß wir nicht notwendig haben, irgend wie sentimentale oder ethische Rücksichten gegenüber den Unternehmern geltend zu machen. Es genügt, wenn wir erklären, daß wir den vom Unternehmertum provozierten Kampf aufnehmen und unter Ablehnung aller sentimentalen Redensarten einerseits die nackte Tatsache konstatieren, andererseits unsere Pflicht feststellen, die wir den Bauarbeitern gegenüber erfüllen müssen, um den Anschlag des Unternehmertums zu verhindern zu machen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Garbe-Riel (Metallarbeiter): Es ist selbstverständlich, daß wir alle der Resolution zustimmen, aber ich möchte nicht, daß wie die Resolution fordert, allgemeine Sammlungen eingeleitet werden, obwohl wir damit beim schwebischen Ausstand Großes geleistet haben. Denn diese Sammlungen bewirken doch nicht, was in Wahrheit die Organisationen Deutschlands ausbringen könnten. Bei der Aussperrung der schwebischen Arbeiter haben ja unsere Vertreter in Kiel, auch die der kaiserlichen Werk, wochenlang jeder mehrere Mark von ihrem Lohn zur Unterstützung der Aussperrten herangezogen. Aber jetzt sollten wir während der Aussperrung der Bauarbeiter allgemein Extrabeiträge erheben, um auch diejenigen, die sich noch von der Zahlung drücken, zur Leistung heranzuziehen. Dann können wir auch mit Beiträgen in viel geringerer Höhe aus und könnten viel größeren Erfolg erzielen als durch allgemeine Sammlungen. Wir wollten deshalb die Zentralvorstände der einzelnen Gewerkschaften auffordern, allgemein Extrabeiträge auszusprechen.

Vorsitzender Legien: Ich hätte eine Diskussion über diese Resolution nicht erwartet. (Lebhafte Zustimmung.) Die Frage der Ausschreibung von Extrabeiträgen ist auf der gestrigen Konferenz der Vorstandsvertreter eingehend erörtert worden. Es handelt sich darum, ob wir den Beschläffen früherer Gewerkschaftskongresse zuwider jetzt beschließen können, allgemein Extrabeiträge anzunehmen, da wo sie statutenmäßig nicht zugelassen sind. Wir fürchten, daß dadurch nur Uneinigkeit entstehen würde. (Lebhafte Zustimmung) und halten daher für diesmal an den Sammlungen fest. Ein späterer Kongreß wird in aller Ruhe die ja sehr wertvolle Frage der allgemeinen Extrabeiträge erörtern können, und dann werden die Gewerkschaften, nachdem sie das Einverständnis ihrer Mitglieder eingeholt haben, zur rechten Zeit dazu übergehen können. Den gegenwärtigen Moment halte ich aber für den ungeeignetsten, diese Frage zu diskutieren.

Garbe-Riel erklärt, daß er nur die einzelnen Organisationen habe anregen wollen, soweit es bei ihnen zulässig sei, Extrabeiträge auszuschreiben.

Darauf wird die Resolution einstimmig angenommen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

„Krankenversicherung“

nimmt als Referent

Bauer-Berlin

das Wort. Zu diesem Punkt legt dem Kongreß folgende Resolution vor:

Für die Krankenversicherung bringt der Entwurf zwar einige Verbesserungen (Ausdehnung der Versicherungspflicht, Ansätze zur Zentralisation), aber in durchaus unzureichender Weise. Eine gerechte, die Interessen der Versicherten berücksichtigende Form der Krankenversicherung muß die Zentralisation der Versicherungsträger beseitigen. Gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte und Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Ausbeutung der übrigen Krankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf die Gewährung ergänzender Krankenunterstützung beschränken, sind wichtige Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung der Krankenversicherung. Die im Entwurf vorgesehene Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts bedeuten die vollkommene Entrechtung der Versicherten. Die vorgeschlagene Regelung des Kasernenrechts, der Rechtsbeziehungen der Krankenkassen zu den Ärzten und Apothekern bedarf dringend einer Aenderung auf der Basis völliger Vertrags-

freiheit beider Teile. Das bisherige Selbstverwaltungsrecht darf nicht verächtlicht, es müssen im Gegenteil die Befugnisse der Aufsichtsbehörden eingeschränkt werden. Der Kongreß fordert:

- 1. Die Erhöhung der Einkommengrenze für die Versicherungsspflicht auf 6000 M.
2. Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, insbesondere Gewährung einer ausreichenden Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen, Gewährung von Stützgeld (Mutterschaftsversicherung).
3. Einräumung des Rechts an die Krankenkassen, auch auf dem Gebiet der Krankheitsberufung tätig zu sein, darauf bezügliche Vorschriften zu erlassen und die Durchführung dieser sowie der auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu überwachen.
4. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Diensthöten, Hausgewerbetreibenden usw. mit den gewerblichen Arbeitern.
5. Einheitlichkeit des Rechtsweges, Zuständigkeit des Reichsversicherungsamts als höchste Aufsichts- und Rekursinstanz unter Ausschaltung der Verwaltungsbehörden.
6. Uebernahme der Kosten für die Versicherungsbehörden auf das Reich, die Einzelstaaten und Gemeinden.

Referent

Bauer

fährte aus: Die Reform der Arbeiterversicherung steht jetzt im Vordergrund des öffentlichen Interesses, und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die am tätigsten bei ihrer Durchführung mitwirken, sind am meisten interessiert auch an einer durchgreifenden wirklichen Reform. Ursprünglich hatte die Regierung die Absicht, eine vollkommene Vereinheitlichung der ganzen Versicherungszweige herbeizuführen, doch hat sie diesen Anlegen angesichts des Widerstandes des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der die Alleinherrschaft in der Unfallversicherung nicht aufgeben wollte, fallen gelassen und jetzt nur die Versicherungsgebiete und teilweise den Instanzenweg vereinigt. Ob hierin überhaupt ein großer Fortschritt liegt, kann bezweifelt werden. Was besonders die Krankenversicherung betrifft, so bringt sie einen Fortschritt in Bezug auf die Ausdehnung des Kreises der Versicherten in mehreren untergeordneten Punkten; in allem wesentlichen aber ist die Vorlage durchaus rückwärtlich. Redner wendet sich dann scharf gegen die neu vorgeschlagenen Strafbestimmungen gegen Simulanten usw., gegen die Fortdauer der Zerplitterung im Krankenkassenwesen, insbesondere bei den Betriebskrankenkassen und Innungskrankenkassen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Mitglieder zugelassen werden sollen, und gegen die Unterdeckung in den Hilfskassen. Die Halbierung der Beiträge und die Halbierung der Vertretung von Arbeitern und Arbeitgeber müssen dazu führen, daß das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen vollkommen vernichtet werde. Ueberall, wo keine Einigung erzielt werde, was doch mit hoher Wahrscheinlichkeit für die meisten Fälle anzunehmen sei, da in jedem der beiden Vertretungskörper besonders eine Mehrheit beansprucht werde, greife die Regierung ein und mache über die Köpfe des Kasernenvorstandes hinweg, was sie wolle. Die Mehrheit der Arbeitgeber habe sich nach der einstimmigen Ablehnung dieser Entrechtung der Arbeiter durch die Arbeiter selbst ebenfalls gegen diesen Plan ausgesprochen. Der Bund der Industriellen, der Deutsche Handwerkerbund, die Deutsche Mittelstandsvereinigung und die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ seien gewiß nicht arbeiterfeindlich, sie hätten aber diese Regelung entschieden abgelehnt. Eine vom Reichsamt des Innern selbst ausgetriebene Vertreterkonferenz habe nämlich einstimmig auch von den Unternehmern aus die Entrechtung der Arbeiter bekämpft und behauptet, daß ein politischer Mißbrauch der Krankenkassen nirgends festzustellen sei. Auf dem letzten allgemeinen deutschen Krankentag haben die 500 anwesenden Arbeitgeber einstimmig den bisherigen Zustand der Zweidrittelvertretung der Arbeiter auch für die Zukunft lebhaft empfohlen. Die überaus fadenäugige Begründung der Regierung dafür, daß sie trotzdem die Halbierung vorschläge, sei geradezu humoristisch, so z. B. in der Behauptung, daß die in den Ortskrankenkassen tätigen Arbeiter befangen seien. Die Kasernenbeamten sollten, obwohl sie es nicht wünschen, in Zukunft grobenteils mit der Beamtenqualität beglückt werden. Die Beamten der Berufsvereine aber, die von den Unternehmern angestellt werden und die die Sicherung ihrer Stellung als Beamte mehrfach befürwortet haben, sollen diese Stellung nicht erhalten. So messe die Regierung mit zweierlei Maß. Den Arbeitgebern gegenüber habe sie nicht den geringsten Mut und gegen die Arbeiter gehe sie mit aller Schnelligkeit vor. (Lebhafte Zustimmung.) Die oberste Verwaltungsbehörde könne allgemeine Vorschriften über die Befähigung der Krankenkassenbeamten machen. Sie könne z. B. festlegen, daß nur Leute mit dem Einjährig-Freiwilligenausweis oder dem Zivilversorgungsschein angestellt werden, wodurch mit einem Schlage alle Arbeiter ausgeschlossen würden. Der Rechtsweg für die Krankenkassen gegen rechtswidrige Eingriffe der Verwaltungsbehörden sei durch den Ausschluß des Verwaltungsstreitverfahrens erheblich verschlechtert. In der Arzt- und Apothekertage sei zuungunsten der Kasernen die Vertragsfreiheit in der bedenklichsten Weise eingeschränkt worden, obwohl das Arzthonorar vom Jahre 1898 bis zum Jahre 1908 von 9 Millionen auf 67 1/2 Millionen Mark gestiegen sei. Die neuen Kasernen für Landarbeiter, Diensthöten, Hausgewerbetreibende und Wanderarbeiter bieten ganz unzureichende Leistungen und durch die Bezirksweise angeordnete Dineinziehung auch für gewerbliche Arbeiter große Gefahren. Der Referent schließt mit der Bitte, gegen die geplante grenzenlose Entrechtung der Arbeiter schärfsten Protest einzulegen, und wenn trotzdem bürgerliche Reichstagsabgeordnete wagen sollten, ihre Zustimmung, ihnen bei der nächsten Reichstagswahl die gebührende Quittung auszustellen. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf trat die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-sitzung erstattete Gertrud Hanna-Berlin, die Sekretärin der Generalkommission, das erste Referat über

Mutterschaftsversicherung.

Nur vier der mehr als 1500 Paragraphen umfassenden Reichsversicherungsordnung beschäftigten sich mit der Wochenhilfe für Frauen. Schon das zeige, daß von einer wirklichen Mutterschaftsversicherung keine Rede sei. In Deutschland sterben von 100 Lebendgeborenen im ersten Jahre 18,5 Proz., eine Sterblichkeitsrate, die nur von Oesterreich und Rußland übertroffen werde. Demgegenüber siehe England mit nur 11 Proz. und Norwegen mit nur 8 Proz. Säuglingssterblichkeit. Die hohe Sterblichkeitsrate in Deutschland habe ihre Ursache nicht in klimatischen Gründen, sondern ausschließlich in den wirtschaftlichen Verhältnissen; denn sie sei in den einzelnen Gegenden des Reiches, ja sogar in den einzelnen Vororten Berlins je nach der wirtschaftlichen Struktur der Bevölkerung ganz ungleich. Bei den Kindern vom ersten bis fünften Jahre sei infolge der großen hygienischen Fortschritte die Sterblichkeit im letzten Jahrhundert fast um die Hälfte zurückgegangen, bei Kindern unter einem Jahr dagegen gleich hoch geblieben. Immer mehr verheiratete Frauen gehen in die Fabrik und damit wachsen die Gefahren einer hohen Kindersterblichkeit immer rascher. Nach der neuen Reichsversicherungsordnung erhalten nur die schon 6 Monate vorher versicherten Wöchnerinnen eine Entschädigung in der Höhe des Krankengeldes auf die Dauer von acht Wochen. Alle weiteren Leistungen an die Familienmitglieder von Versicherten, an Stützgeld usw. seien in das Verleihen der Krankenkassenverbände gestellt. Demgegenüber sei unter Ablehnung besonderer Mutterschaftsversicherungsloosen eine Entschädigung von 8 Wochen vor und nach der Entbindung in Höhe des vollen Tagesdienstes, an Stützgeldern für Selbsthilfenden für Mitglieder bis 13 Wochen nach der Entbindung in Höhe des vollen Krankengeldes zu fordern. Außerdem seien Hebammendienste und freie ärztliche Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden zu verlangen. Leider sei

Bisher nur ein Drittel der erwerbstätigen Frauen krankenversichert, so daß die Ausdehnung der Krankenversicherung gerade hier besonders wichtig und notwendig sei. Der Watterschutz sei vielleicht das bedeutendste Stück im Ausbau der Krankenversicherung. Die Ausgaben würden zum Teil erspart werden durch die Abnahme der Tuberkulose und durch die Minderung der Fehlgeburten, die bei nichtversicherten Frauen siebenmal so häufig seien wie bei versicherten. Günstiger Mütter bedeuten gesündere Kinder und Ersparnisse an Krankheitskosten der Kassenmitglieder der Zukunft. Auch höhere Beiträge würde die Arbeiterklasse nicht scheuen, denn die Hauptaufgabe der Volksgesundheitspflege sei zurzeit ein ausreichender Watterschutz. (Beifall.)

Als nächster Referent sprach  
Wissel-Verlin über  
„Unfallversicherung“.

Er legte folgende Resolution vor:  
„Hinsichtlich der Unfallversicherung erklärt der Gewerkschafts-Kongress, daß der neue Entwurf in keiner Weise den zu stellenden Ansprüchen an eine wirksame Unfallversicherung entspricht. Die Ausschaltung zahlreicher Berufs- und Gewerbegebiete von der Unfallversicherung entbehrt jeder inneren Berechtigung. Das gleiche gilt auch für den Ausschuß der auf dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen von der Versicherung. Es wird deshalb die Ausdehnung der Versicherung gefordert:

1. Auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes oder Gehaltes.
2. Auf die selbständigen Unternehmer, soweit ihr Einkommen 8000 M. nicht übersteigt, unter Wegnahme der Versicherungs-berechtigung bei einem Einkommen bis zu 5000 M.
3. Auf die im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen.

Der Begriff des Betriebsunfalls ist auszudehnen auf die Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeit. Gleich den Unfällen sind die Gewerbe- und lamarischen Krankheiten zu entschädigen. Die Träger der Unfallversicherung haben vom Tage des Unfalls an einzutreten. Die Rente hat in voller Höhe den den Verletzten, seinen Angehörigen oder Hinterbliebenen erwachsenen Schaden zu ersetzen. Sie ist unter voller Anrechnung des wirklichen Arbeitsjahrsverdienstes unter Einhaltung einer Mindestgrenze zu berechnen. Den Versicherten ist sowohl bei Erlass und bei der Durchführung der zu erweiternden Unfallversicherung bei der Ermittlung des Unfallherganges und bei der Rentenfestsetzung entscheidende Mitbestimmung durch gewählte Vertreter aus ihren Kreisen einzuräumen. Entschieden werden soll die Kongress gegen alle Vorschläge, die eine Verschlechterung der bisherigen Bestimmungen bedeuten.

Zur Begründung führte der Referent aus: Die Unfallversicherung beruht auf der Idee, der Produktion die Lasten aufzulegen, die aus der gefährlichen Tätigkeit in der Produktion entspringen. Man hat sich endgültig freigegeben von der Idee, den einzelnen Arbeitgeber oder Arbeiter für den Unfall haftbar zu machen. Deshalb sollte man auch endlich alle Produktions-tätigkeit voll unfall-versichern. Der Entwurf halte aber weiter an Abgrenzungen fest, die zu geradezu komischen Resultaten im einzelnen führen. Auch die Gewerbetätigkeiten seien noch immer nur zum kleinsten Teil als Unfall anerkannt. Ein schwerer Schaden sei das Nichteingreifen der Berufsgenossenschaften in den ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall. Für die Unfallverhütungsvorschriften geben die Berufsgenossenschaften erst 1 Prozent ihrer Einnahmen aus. Hier müsse durch Beteiligung der Arbeiterklasse die wichtigste Aufgabe der Unfallversicherung viel energischer angefaßt werden. Im ganzen stärkt der Entwurf die Stellung der Berufsgenossenschaften gegenüber dem Verletzten, so daß er ihr geradezu als hilfloses Kind gegenübersteht. Noch vor dem ursprünglichen Entwurf sei die Regierung vor dem Widerspruch der Scharmacher zurückgewichen. So zeige das Unfallgesetz keine Spur einer ehrlichen wirklichen Sozialreform, die die Arbeiter verlangen könnten, die Leben und Gesundheit im Dienste des wirtschaftlichen Lebens aufs Spiel setzen.

Im Anschluß hieran referierte  
Paul Müller-Damburg über:

„Seemännerversicherung“.

Im Namen von 75 000 versicherten Arbeitern der seemannischen Bevölkerung erklärt er die Vorlage für gänzlich unannehmbar, ja für kaum diskutabel. Die ganze Vorlage stelle eine Reform nach rückwärts da und sei matt wie Limonade. Die „gottgemolten Abhängigkeiten“ des preussischen Ministerpräsidenten hätten sich in dieser Vorlage zur Biederlichkeit und Halbheit ausgewaschen. Kein Wunder, daß die Meeder vollständig mit der Vorlage einverstanden seien. Der Kaiser habe in einer Rede in Breslau gesagt, daß die deutschen Arbeiter bis ins höchste Alter versorgt seien. Durch den Entwurf werden sie aber bis ins höchste Alter verhöhnt. (Beifall.) Zur Reform der Arbeiterversicherung sei kein Diktator, sondern nur ein furchtloser Mann notwendig, der die Aute der Scharmacher nicht fürchte. Redner ist dann im einzelnen an den Versicherungsbestimmungen für die seemannische Bevölkerung, an ihrer Ausschließung von der obligatorischen Krankenversicherung und ihrer Stellung in der Unfallversicherung einschneidende Kritik.

Noch immer gehen in Deutschland eine Menge seemannischer Schiffe heraus, und nur eine weitgehende Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften werde Leben und Gesundheit der deutschen Seemann besser schützen. (Beifall.)

Als letzter Referent sprach  
Landtagsabgeordneter Timm-München über

„Invalidentversicherung“.

Er begründete folgende Resolution:

„Auf dem Gebiet der Invalidentversicherung läßt der Entwurf der Reichsversicherungsordnung jeden ernsthaften Fortschritt vermissen. Soll die Invalidentversicherung den Anforderungen der minderbemittelten Volksklassen entsprechen, so ist mindestens zu fordern:

1. Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen, insbesondere Ausdehnung der Versicherung auf den Klein- und Hausgewerbetreibenden.
2. Erhebliche Steigerung der Rentensätze, Vermehrung der Zahl der Beitragsklassen unter Anrechnung des vollen Jahresarbeitsverdienstes.
3. Anerkennung der Invalidität, wenn der Versicherte in seinem Beruf nicht mehr die Hälfte des Lohnes eines gleichartigen Vollarbeiters zu erwerben vermag; Gewährung der Altersrente bei Vollendung des 66. Lebensjahres; Erleichterung der Aufrechterhaltung der Anwartschaft. Wegen unvollständiger Beitragsleistung der Arbeitgeber dürfen die Renten nicht verlagert werden.
4. Gesetzlicher Anspruch der Versicherten und ihrer Angehörigen auf rechtzeitige Anleitung eines Heilverfahrens bei drohender Invalidität; ausreichende Fürsorge für die Angehörigen während des Heilverfahrens für einen Versicherten.
5. Einnahme größerer Anteilnahme der Versicherten an der Verwaltung; Einschränkung des Einflusses der Bureaufokratie.

Der Kongress protestiert entschieden gegen das Bestreben, die Privatangelegenheiten durch eine Sonderversicherung aus dem Rahmen der allgemeinen Versicherung auszuheulen.

Im einzelnen führte der Referent aus: Bei den letzten Reichstagswahlen habe die Kolonialschwärmerei das deutsche Volk betrogen. Unaufrichtigkeit und Unehrlichkeit habe gesagt und das deutsche Volk von seinen wahren Interessen abgelenkt. 6200 Deutsche seien seit der deutschen Besitzergreifung in die Kolonien eingewandert, während inzwischen das deutsche Volk um 17 Millionen Köpfe gewachsen sei. Das zeige deutlich genug, wo Deutschlands wahres Interesse liege. Der infamen Ausraubung des Volkes durch die neuen 500 Millionen Steuern solle jetzt nicht einmal eine Verbesserung der Sozialgesetzgebung folgen. Die Invalidentversicherung sei keineswegs die Krönung der deutschen Sozialpolitik, sondern nur eine verbesserte Armenpflege. Das Hauptbestreben der Regierung gehe jetzt dahin, die Zahl der Invalidentrentner herabzubringen. Die deutsche Invalidentversicherung werde bald hinter der

Englands und Frankreichs zurückbleiben. Die Hauptgefahr sei, daß, wenn die Reichsversicherungsordnung einmal angenommen sei, sie 15-20 Jahre unverändert bestehen bleiben werde. Deshalb müßten jetzt alle Mittel zur Aufklärung und Aufrüttelung der Arbeiter angewendet werden, um den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse, für den die Gewerkschaften die größten Opfer gebracht hätten, nicht verkümmern zu lassen. (Beifall.)

Zu dem Thema: „Krankenversicherung“ ist ein wichtiger Antrag eingegangen, der von den Vorsitzenden fast aller Gewerkschaften, u. a. von Döblin, Brey, Voemelburg, Schilde, Süß und Schumann unterzeichnet ist, der verlangt, daß für den Fall, daß die in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Halbierung der Beiträge und Vertretung für die Krankenversicherung Gesetz werden sollte, sich alle der Generalcommission angehörenden Gewerkschaften verpflichten, den gewerkschaftlichen Beitrag um denjenigen Betrag zu erhöhen, den die Arbeiter infolge der geminderten Beitragszahlung zur Krankenversicherung ersparen. Die so gewonnenen Mittel, die über 50 Millionen Mark betragen dürften, sollen vor allem zum Kampf gegen die Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Industrieller verwendet werden, der hauptsächlich die Entrechtung der Arbeiter in den Krankenkassen propagiert hat. Am Dienstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

## Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Kreises Niederbarnim.

Einer Einladung des Kreisvorstandes unserer Parteiorganisation folgten, hatten sich am Sonntag 98 Stadt- und Gemeindevertreter aus 85 Orten des Kreises Niederbarnim, sowie 28 Mitglieder des Kreis- und der Bezirksvorstände im Café „Velleue“ zu Kummelsburg versammelt, um ihre Ansichten und Erfahrungen in praktischen Fragen der Gemeindepolitik auszutauschen.

Die Konferenz wurde durch zwei Referate eingeleitet. Genosse Grunow-Oberkühnweide sprach über:

### „Die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter.“

Besteht auf unser Kommunalprogramm, entwickelte er die Stellung, welche wir zu den Einzelfragen in der Gemeindeverwaltung einzunehmen haben. Im allgemeinen vertrat er den Standpunkt, daß sich die sozialdemokratischen Gemeindevertreter stets leiten lassen müssen von den Grundfragen unserer Partei, daß sie versuchen müssen, die Gemeindepolitik mit sozialem Geist zu durchdringen, um so nicht nur der Partei, sondern der Allgemeinheit zu dienen und die Interessen der breiten Masse des Volkes zu wahren.

Der zweite Referent, Genosse Düweil-Lichtenberg, behandelte:

### „Die Steuer- und Finanzpolitik der Gemeinden.“

Eingehend würdigte er die für den Gemeindevot in Frage kommenden Steuerarten nach ihrem Wesen und nach ihrer Wirkung und stellte den leitenden Grundgedanken auf: Bei der Beschaffung der Einnahmen müssen die wirtschaftlich Schwachen möglichst geschont, die wirtschaftlich Starken aber möglichst ausgiebig herangezogen werden. Ein Schema für jeden in der Praxis vorkommenden Fall lasse sich nicht aufstellen. Es müsse immer dem Gesicht und dem Takt der Genossen überlassen bleiben, wie sie sich in Übereinstimmung mit unseren allgemeinen Grundsätzen zu jedem Einzelfall zu stellen haben.

In der sehr ausgedehnten

### Debatte

wurden an der Hand von Beispielen praktische Fragen der Gemeindepolitik, zum Teil auch theoretische Probleme erörtert. — Eine Meinungsverschiedenheit trat zu Tage hinsichtlich unserer Stellung zur Errichtung höherer Schulen. Der Referent Grunow vertrat die Ansicht, wir müßten die Mittel für höhere Schulen bewilligen, weil es doch unser Grundgedanke sei, daß die allgemeine Bildung möglichst gehoben werden müsse. Der Umstand, daß höhere Schulen hauptsächlich den Besitzenden zugute kämen, dürfe uns nicht zu einer grundsätzlichen ablehnenden Haltung veranlassen. — Andere Redner meinten dagegen, weil die höheren Schulen nur von Kindern der Besitzenden besucht werden können, liege keine Veranlassung vor, den allgemeinen Steuerfußel für diesen Zweck in Anspruch zu nehmen. — Wieder von anderer Seite wurde bemerkt, es müsse auch diese Frage von Fall zu Fall entschieden und, wenn eine höhere Schule errichtet werde, dafür gesorgt werden, daß eine Anzahl von Freistellen für unbemittelte Schüler geschaffen werden.

Beifolgendes Interesse erregte ein

### Vorkommnis in Friedrichshagen,

welches zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen unseren dortigen Gemeindevertretern, sowie zu Erörterungen in den Reihen der Parteigenossen geführt hat. Nach den Ausführungen mehrerer Redner liegt der Fall so: In Friedrichshagen machte sich bei der Aufstellung des diesjährigen Gemeindevotals eine Erhöhung der Einnahmen nötig. — Der Gemeindevorstand schlug vor, den Einkommensteuerausgleich, der bis dahin 120 Proz. betrug, um 10 Proz. zu erhöhen und die Grundsteuer von 8 auf 4 pro Mille für bebauete, von 6 auf 7 pro Mille für unbebaute Grundstücke heraufzusetzen. Von unseren fünf Gemeindevertretern stellten sich 4 auf den vom Genossen Watzl eingenommenen Standpunkt, es solle der Einkommensteuerausgleich um 20 Proz., die Grundsteuer aber nur um 1/2 pro Mille für bebauete, für unbebaute Grundstücke gar nicht erhöht werden. Dieser Standpunkt wurde damit begründet, daß der Grundbesitz in Friedrichshagen sehr zerstückelt sei, viele kleine Leute, selbst solche, die Armenunterstützung beziehen, seine kleine Grundbesitzer, denen man keine neuen Lasten aufbürden könne. Die Erhöhung der Einkommensteuer treffe den einzelnen nicht so schwer. Für die sozialdemokratischen Gemeindevertreter sei hierbei auch noch zu berücksichtigen, daß wir im Prinzip für direkte Besteuerung seien. Die Einkommensteuer sei eine direkte Steuer, die Grundwertsteuer dagegen sei eine indirekte Steuer, die auf die Mieter abgedrückt werde. Auch die Annahme, daß eine höhere Besteuerung der unbebauten Grundstücke als mit 6 pro Mille von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt werden würde, soll für die Haltung der vier Genossen mitbestimmend gewesen sein. Der fünfte Gemeindevertreter, Genosse Sonnendurg, widersprach dem Standpunkt seiner Kollegen. Er verlangte, daß die Einkommensteuer nicht höher als um 10 Proz., die Grundsteuer aber auf 4 bezog, 6 pro Mille hinausgesetzt werde. Er begründete diesen Standpunkt mit dem Hinweis, daß es nicht unsere Aufgabe sei, den Grundbesitz zu schonen, dessen Rentabilität sich ja durch Verbesserungen, welche die Gemeinde schaffen, erhöhe. Im übrigen betonte Sonnendurg, daß das kameradschaftliche Zusammenarbeiten unserer Friedrichshagener Gemeindevertreter durch diese Meinungsverschiedenheit nicht gestört werden sei. Die Gemeindevertretung hat die Steuerfrage schließlich in der Weise gelöst, daß sie den Einkommensteuerausgleich um 15 Proz. erhöhte und die Grundsteuer auf 3 1/2 bezog, 7 pro Mille festsetzte.

Der Standpunkt des Genossen Sonnendurg wurde von mehreren Rednern gebilligt. Zu dieser Angelegenheit führten die Genossen Wähler und Düweil aus: In keinem Falle dürften wir uns in unserer Stellung zu Steuerfragen bestimmen lassen durch die Haltung der Aufsichtsbehörden. Im allgemeinen müsse versucht werden, die Gemeindegeldgaben durch Zuschläge zur Einkommensteuer zu decken. Der Friedrichshagener Fall könne ja nur unter sachgemäßer Würdigung der örtlichen Verhältnisse richtig beurteilt werden. Aber der Hinweis auf die kleinen Grundbesitzer sei verfehlt. Wir dürften nicht, um die kleinen Besitzer zu schonen, die großen entlasten. Die Interessen der Grundbesitzer könnten von uns nicht berücksichtigt werden.

Eine andere Frage, die verschiedentlich beurteilt wurde, war die Einführung einer

### Willet- und Lustbarkeitssteuer

in der Gemeinde Friedrichshagen. Schwenk-Friedrichshagen hält es für ungerechtfertigt, daß der Gemeindevertreter Pinfeler der Lustbarkeitssteuer zugestimmt habe. Diefelbe sei eine indirekte

Steuer und müsse deshalb von uns abgelehnt werden, auch würden viele kleine Leute dadurch belastet.

Pinfeler führte zu seiner Rechtfertigung aus: Nicht auf den Namen, sondern auf die Wirkung einer Steuer komme es an. Durch die Willetsteuer solle in erster Linie die Rennbahngesellschaft getroffen werden. Sie verursache der Gemeinde erhebliche Kosten und es gäbe keine Möglichkeit, diese Gesellschaft zu irgendeiner anderen Steuer heranzuziehen. Deshalb habe man sie in der Form der Willet- und Lustbarkeitssteuer herangezogen. Die Arbeiter, welche von dieser Steuer betroffen werden, seien zu bebauern, aber lediglich deshalb, weil sie Gefallen finden am Besuch der Rennbahn. Es sei nicht richtig, daß auf kleine Geschäftsleute der Hauptanteil an der Lustbarkeitssteuer falle. Von diesen seien nur 2000 bis 3000 Mark, von der Rennbahn aber 24 000 M. eingenommen. Ähnliche Veranstaltungen würden durch die Steuer überhaupt nicht getroffen. Ähnlich wie bei der Rennbahn liege es auch bei dem Ragerviehhof. Der erforderliche auch erhebliche Ausgaben durch die Gemeinde und könne zu keiner Steuer herangezogen werden.

Die Darlegungen Pinfelers wurden von anderen Rednern gebilligt.

Nach andere Fragen der praktischen Gemeindepolitik, die aber keine Meinungsverschiedenheit hervorriefen, wurden in der Debatte berührt. Auch wurden mancherlei Rühmde, die namentlich in kleinen Landgemeinden herrschen, erörtert.

Nachdem die Konferenz sechs Stunden verhandelt hatte, schloß sie der Vorsitzende Pinfeler mit dem Hinweis, daß die gegenseitige Aussprache die Ansichten geklärt und den Genossen, die erst kurze Zeit als Gemeindevertreter tätig sind, wertvolle Fingerzeige gegeben und so im Interesse unserer Partei gewirkt habe.

## Gewerkschaftliches.

### Die Zahl der im Baugewerbe Ausgesperrten

beträgt nach den Angaben der Zentralverbände: 60-70 000 Maurer, 22 000 Zimmerer und 24 000 Bauhilfsarbeiter. Von den Christlichen fehlen die Zahlen noch. Die Gesamtzahl der Ausgesperrten wird auf 130-150 000 angegeben. Genaue Zahlen können nicht angegeben werden, weil viele der Ausgesperrten abwandern.

Itt auch die Aussperrung nicht in dem Umfange geblüht, wie die Scharmacher wollten, so ist doch in Rücksicht darauf, daß auch noch eine größere Anzahl Arbeiter der Nebengewerbe durch diese Aussperrung in Mitleidenschaft gezogen werden, die tatkräftige Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterklasse zur Unterstützung dieses Kampfes erforderlich.

### Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! In den Deutschen Rabelwerken Kummelsburg haben die Schlosser und Dreher die Arbeit niedergelagt. Da die Firma Stundenlöhne für Schlosser und Dreher von 40 bis 50 Pf. zahlt, ersuchten die Beschäftigten in Anbetracht der teuren Verhältnisse durch eine Kommission um Aufbesserung ihrer minimalen Verdienste. Die Firma erklärte der beauftragten Kommission, man werde ihr Bescheid geben. Der Bescheid, welchen die Firma am Abend gab, bestand in der Entlassung der Kommission. Hierauf legten die Beschäftigten die Arbeit nieder. Wir ersuchen, Zugang von der Firma fernzuhalten. Der Betrieb ist für Metallarbeiter aller Branchen gesperrt. Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

### Die Lohnbewegung der Brauereiarbeiter.

Eine Massenversammlung der organisierten Brauereiarbeiter von Groß-Berlin beschäftigte sich am Sonntagnachmittag im großen Saal der „Neuen Welt“ mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen. Wilhelm Stiering referierte. Die Verhandlungen haben einen sehr schleppenden Gang genommen und Beschlüsse liegen nur insoweit vor, als alles abgelehnt wurde was die Arbeiter forderten. Es fanden fünf Verhandlungen statt. Die Kommission der Unternehmer wollte zuerst überhaupt nicht auf bestimmte Beschlässe sich festlegen und wollte nicht auf Grundlage des neuen Tarifvertrages, wie er von den Arbeitern vorgeschlagen wurde, verhandeln. Wenn in bezug darauf etwas zum Vorschlag kam, dann wurde zugleich betont, daß es sich um persönliche Ansichten der Kommissionsmitglieder handelte. So kam man bei den ersten Konferenzen, die am 7. April begannen, nur schwer vorwärts. Differenzen ergaben sich sofort, als neben den Selben auch die Dirsch-Dunderschen an den Verhandlungen teilnehmen wollten und beide eine Vertretung sandten, die ihrer wirklichen Mitgliederzahl in den Brauereien nicht entspricht. Für die Dirsch-Dunderschen führte der Stadterordnete Goldschmidt das Wort. Die Brauereiarbeiterversammlung vom 3. April hatte beschlossen, sich dem ergangenen Schiedsspruch zu fügen und eine Vertretung der Selben entsprechend ihrer Mitgliederzahl zuzulassen; ferner war beschlossen worden, Verhandlungen auf Grundlage des neuen Tarifs zu führen. Die Kommission stellte demgemäß ihre Bedingungen, ließ aber ihren Widerspruch in bezug auf eine Vertretung der Selben und Dirsch-Dunderschen schließlich fallen, denn wichtiger war, die Verhandlungen in Fluß zu bringen und die Stellung des Vereins der Brauereien einmal kennen zu lernen. Es begann dann eine Beratung über Höhe und Arbeitszeit auf Grundlage der Vorschläge im neuen Entwurf. Die Kommission der Unternehmer nahm dazu prinzipiell Stellung, indem sie für den Verein der Brauereien folgende Erklärung abgab:

„Der Verein der Brauereien habe bereits seinen Standpunkt dahin klargestellt, daß die neuen Ansprüche der Arbeitnehmer-Organisationen in ihrer Höhe als exorbitant zu bezeichnen seien und daß der Verein nicht in der Lage sei, diesen Forderungen auch nur zu einem wesentlichen Teile zu entsprechen. Die wirtschaftliche Lage des Braugewerbes sei vielmehr derart, daß es keine erhebliche Mehrbelastung ertragen könne. Wenn der Verein sich ungeachtet dieser Verhältnisse überhaupt zu einer Verbesserung der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen verfehle, so sei die Voraussetzung dafür, daß die neuen Verträge als langfristige geschlossen werden und sodann den Brauereien die erforderliche Hilfe gesichert werde. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, sei der Verein bei dem weitestgehenden Entgegenkommen bereit, Verträge auf folgender Grundlage abzuschließen:

1. Die Verträge sind für eine Dauer von 5 Jahren abzuschließen.
2. Hinsichtlich der Arbeitszeit wird eine Verminderung der Netto-Arbeitszeit um eine halbe Stunde bewilligt; eine Verkürzung der Brutto-Arbeitszeit am Tage sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Nacht muß abgelehnt werden.
3. Hinsichtlich der Bestimmung der Löhne wird eine Erhöhung von einer Mark bewilligt.

Der Verein der Brauereien betone, daß diese Bestimmungen, die sich zunächst nur auf den Brauereiarbeiter beziehen, gleichzeitig den Maßstab der Regelung für alle übrigen Arbeiterkategorien zu bilden hätten.“

Auf diese Erklärung lenkte Stiering die Aufmerksamkeit der Versammlung ganz besonders, denn sie bildet das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen. Was weiter verhandelt wurde, die Verhältnisse der einzelnen Arbeiterkategorien in den Brauereien betreffend, ist alles davon abhängig, wie diese Erklärung von den Arbeitern aufgenommen wird.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Brauereiarbeiter, die am Freitagabend stattfand, und sich mit diesem Resultat der Verhandlungen beschäftigte, lehnte einmütig die Vorschläge der Unternehmer ab.

Ebenso einmütig erklärte sich auch die Versammlung in der „Neuen Welt“ dagegen. Allgemein gab sich große Erbitterung kund, daß die Unternehmer den Arbeitern so wenig Entgegenkommen zeigen.

Stierings Referat würde noch ergänzt durch **Schmidt** vom Brauereiarbeiterverband. **Werner** vom Transportarbeiterverband nahm das Fahrpersonal energisch in Schutz gegen den Vorwurf, „exorbitante Forderungen“ aufzustellen; man müsse immer daran denken, daß die Fahrer mit ihrem Gelde Stunden für die Brauereien anzuwenden haben. **Schwittau** vom Verband der Maschinenisten und **Geizer** trat für das Maschinenpersonal ein, das Verbesserungen seiner Lage in den Brauereien dringend braucht. Aus einer Reihe von Resolutionen, die zum Teil scharfe Maßnahmen fordernden, gelangte die folgende zur Annahme: Die am 24. April in der „Neuen Welt“ tagende Brauereiarbeiterversammlung lehnt mit Entschiedenheit die minimalen Zugeständnisse der Unternehmer ab. Insbesondere erklärt die Versammlung, daß an einer Verkürzung der Netto- und Brutto-Arbeitszeit bei Tag- und Nachtschicht festgehalten werden muß. Ebenso ist infolge der den Arbeitern auferlegten Lasten eine entsprechende Lohnerhöhung durchaus notwendig; als solche ist aber das Zugeständnis der Unternehmer nicht anzusehen. Die Versammlung beauftragt die Kommission, die in diesem Sinne zu führenden Verhandlungen zu beschleunigen und das Resultat einer sofort einberufenden Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

**Ueber den Stand der Tarifrage im Steinfegergewerbe** berichtete der Gauleiter **Schenke** am Sonntag in einer kombinierten Mitgliederversammlung der Filiale Groß-Berlin des Verbandes der Steinfeger, Pflasterer und Berufsgenossen, die den großen Saal von Wille in der Brunnenstraße füllte. Der Redner wies zunächst auf die Differenzen hin, die über den Schiedspruch in der Tarifrage zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestanden. Die Arbeitgeber erklärten, daß ihrer Meinung nach der Schiedspruch nur die Steinfeger und Kammer umfasse, aber nicht die Steinhauer, während nach Auffassung der Arbeitnehmer auch die Steinhauer mit einbegriffen waren. Die Schlichtungskommission entschied dann in einer Deklaration zum Schiedspruch, daß die Auffassung der Arbeiter die richtige sei. Aber erst neun Tage später, und erst nachdem man sich in den Vorständen der Bauunternehmerorganisation darüber klar geworden war, daß im Berliner Baugewerbe keine Aussperrung stattfinden sollte, wurden die Unternehmer von dem Beschluß der Schlichtungskommission in Kenntnis gesetzt. Man wollte sich offenbar auf Unternehmerseite die Bahn freihalten, wenn es zum Kampf im Baugewerbe Berlins kommen sollte, ebenfalls mit Aussperrern. — In Brandenburg ist, wie der „Vorwärts“ ja schon mitteilte, die Arbeit bei den Firmen **Happ** und **Volg** niedergelegt. weil sie den Tarif nicht anerkennen und die Löhne kürzen wollen. Noch nicht geregelt ist die Tarifrage in Eberswalde. Der Obermeister der Eberswalder Steinfegerinnung war zuerst zu den Sitzungen der Schlichtungskommission erschienen, als aber diese sich eine Geschäftsordnung gab, wonach gegebenenfalls das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zu endgültiger Entscheidung angerufen werden sollte, nahm er nicht mehr an den Sitzungen teil. Es wird jedoch den Eberswalder Firmen um so weniger gelingen, sich der Anerkennung des Tarifs zu entziehen, als sie rings von Tarifgebieten eingeklemmt sind; in Uckermarkler Kreis, in Brieslau-Angermünde ist die Tarifrage geregelt, für Stettin besteht ein Tarif und auf der anderen Seite liegt das Tarifgebiet Groß-Berlin. Vorläufig steht die Sache in Eberswalde so, daß, wenn auch die Verhandlungen noch schweben, doch mit einem Kampf zu rechnen ist.

Im Anschluß an den Bericht sprach sich die Versammlung dafür aus, daß die gemeinsame Schlichtungskommission für das Steinfegergewerbe die Behörden durch eine Petition ersuchen möge, dafür zu sorgen, daß die Arbeiten etwas mehr forciert werden. Man hat in den Kreisen der Arbeitnehmer allgemein das Empfinden, daß die Arbeiten bisher im Interesse des Unternehmertums künstlich zurückgehalten wurden. Außerdem nahm die Versammlung den Generalbericht über den zu Ostern abgehaltenen Verbandstag entgegen, den die Verbandsdelegierten **Riaulehn** und **Gadikowski** gaben. Eine Diskussion fand bei diesem Punkt nicht statt; es bleibt den einzelnen Sektionen überlassen, zu den Verhandlungen und Beschlüssen des Verbandstages Stellung zu nehmen. Als Vorkämpfer zum Zentralvorstand wählte die Versammlung: **Saalmann**, **Kriegel**, **Leug**, **Staffel**, **Blas** und **Reumann**.

**Streik der Leitergerüstbauer bei Altmann A.-Gef.**  
Wahrscheinlich skandalöse Zustände sind es, die die Arbeitswilligen der Firma **Altmann A.-G.** unter dem ausgedehnten Schutze der Polizei einführen. Diese Elemente fühlen sich als Herren von Charlottenburg und glauben, als solche sich alles herausnehmen zu können. Als gestern morgen ein Wagen mit Arbeitswilligen die Berlinerstraße in Charlottenburg hinunterfuhr, wurde seitens der Arbeitswilligen dreimal auf Passanten geschossen. (!) Das Verhalten der Arbeitswilligen ist direkt provozierend. Mit gespanntem Revolver in der einen und einem Gummischlauch in der anderen Hand werden die Streikenden direkt verhöhnt. Und alles dies geschieht unter dem Schutze der Polizei. Den Streikenden ist der Aufenthalt in der Streikgegend direkt verboten, so daß dieselben in der Ausübung ihres ihnen gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes gehindert sind. Die Arbeitswilligen werden unter starker Eskorte von Polizeimannschaften von und zur Arbeitsstelle geschafft. Eine Kolonne von vier Wagen wurde gestern morgen von 5 berittenen und 20 Schutzeuten zu Fuß begleitet, ein Beweis, daß in Charlottenburg sehr viel überflüssige Polizeimannschaften, die der Stadt ungebührlich viel Geld kosten, vorhanden sind. In **Wilmersdorf**, **Prinz-Regentenstraße 45/50**, auf dem Lagerplatz von **Arndt** kampieren auf einem Grundboden die Arbeitswilligen, zusammengesprengt wie das Vieh. Daß hierdurch sehr leicht Krankheiten, Seuchen usw. plötzlichen können, liegt auf der Hand. Ebenso ist es sehr leicht möglich, daß Feuer ausbrechen kann, da die Arbeitswilligen auf dem Grundboden nach Perzentverlust Zigaretten und Zigarren rauchen. Um diese Zustände hat sich die Polizei bisher nicht gekümmert. Die Situation ist trotz aller Maßnahmen der Polizei durchaus nicht ungünstig für die Streikenden, um so weniger, als den letzteren die Sympathie der breitesten Bevölkerung zuteil wird. In der Seestraße **Halensee** wollten gestern morgen 25 bis 30 Arbeitswillige unter Bewachung seitens eines starken Schutzmännchengeheils abrücken. Die gesamten Bauarbeiter des Baues wehrten sich jedoch dagegen, mit diesen Elementen auf einem Bau zu arbeiten, so daß die Polizei mit Hilfe der Arbeitswilligen den Bau verlassen mußte. In der Montagsausgabe des „Sozialorgans“ wird versucht, den Streikenden Räubergeschichten anzuhängen, um dieselben in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen. Wir bemerken, daß dieses Geschwätz von A bis Z erlogen ist. Wenn irgendwo Ereignisse vorgekommen sind, so lediglich seitens der Arbeitswilligen. Am Sonntag tagte im „Volkshaus“ Charlottenburg eine öffentliche Versammlung der Leitergerüstbauer. **Pamrecht** referierte über den Streik und gab einen ausführlichen Situationsbericht. Eine Resolution, im Kampfe bis zuletzt auszuharren, wurde einstimmig angenommen. Nach wie vor ersuchen wir die Arbeiterschaft um strengste Solidarität.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin.  
**Lohnbewegung der Schuhmacher Berlins und der Vororte.**

Am Montagvormittag 10 Uhr fand in den „Arminhallen“, **Nommandantenstr. 58/59**, eine stark besuchte öffentliche Schuhmacherversammlung statt. Dalkh erstattete Bericht über das Ergebnis der Verhandlung mit der Berliner Zwangsinnung. Derselbe ging dahin, daß der Minimaltarif, der von den Gehilfen gefordert wird, in allen Positionen, soweit Reparaturarbeit in Frage kommt, die Zustimmung der Innung gefunden hat. 1006 waren aber schon einmal dieselben Forderungen gestellt, und von einem Teil der Arbeiterschaft erlumpigt worden ohne Zustimmung der Berliner Innung. Auch diesmal wird ein Kampf erkennbar, denn es gibt noch eine bedeutende Anzahl von Schuh-

machermeistern, die den Arbeiter nur als Ausbeutungsbjekt betrachten. Die Ausbeutung und das Elend unter den Schuhmachern sind allbekannt. Sonntags- und Nachtarbeit sind häufige Erscheinungen. Die Organisation der Arbeit hat sich seit Jahren bemüht, die Verhältnisse zu bessern. Doch ist dieses nicht in dem Maße gelungen, wie es im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung wünschenswert wäre, da sich die Schuhmachergehilfen, und vor allem die jungen Kräfte, die in dieser Bewegung den größten Prozentsatz stellen, aus den schwärzesten und zurückgebliebensten Gegenden Deutschlands und des Auslands rekrutieren. — In der sehr regen Diskussion waren alle Redner für die unbedingte Durchführung der aufgestellten Forderungen. Folgende Resolution kam zur einstimmigen Annahme:

Die heutige stark besuchte Schuhmacherversammlung verpflichtet sich, mit allen Kräften für die Durchführung der aufgestellten Forderungen zu wirken.  
Sie ersucht die organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins, dem Schuhmacher die Reparaturarbeiten nicht immer erst die letzten Tage der Woche in Auftrag zu geben, damit auch der Schuhmachergehilfe endlich einmal einen geregelten Feierabend bekommt, und bittet, strengstens auf die unterjempelten Plakate zu achten.  
Die Zentralarbeitsnachweis- und Kontrollstellen, **Blankenfelderstraße 10** und **Bilowstraße 58**, sind geöffnet von 10 bis 12 Uhr vormittags.

**Deutsches Reich.**  
**Der Holzarbeiterverband im Jahre 1909.**

Der Deutsche Holzarbeiterverband veröffentlicht in Nr. 17 der „Holzarbeiterzeitung“ den Jahresabschluss für 1909, der merklich die Wiederherstellung der Organisationsverhältnisse nach den schweren Krisenjahren zeigt. Das bräut sich am deutlichsten in der Mitgliederziffer aus. Nachdem im Jahre 1908 der Verband einen Verlust von 2233 Mitgliedern zu verzeichnen hatte, stieg im Berichtsjahre die Mitgliederzahl um 7568 auf insgesamt 151 827. Derselbe Erfolg zeigt die Kassenergebnisse. An Arbeitslosenunterstützung wurden z. B. 727 002 M. ausgegeben, das sind 22,1 Prozent weniger als im Vorjahre. Die Reiseunterstützung ist gegen das Vorjahre gleichfalls um 19,9 Proz., die Krankenunterstützung um 5,7 Proz., und die Gemahregeltenunterstützung um 21,2 Proz. zurückgegangen. Dagegen hat sich die Streikunterstützung um 300 722 M. gleich 110 Proz., auf 574 150 M. erhöht. Die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes balanzieren in der Jahresabrechnung mit 6 987 503 M. Das Gesamtergebnis der Haupt-, Gau- und Lokalkassen des Verbandes befreit sich auf 8 434 813 M., wovon allerdings 1 452 754 M. auf die Lokalkassen entfallen. Auf diese entfällt auch in der Hauptkasse der 286 708 M. betragende Vermögenszuwachs des Berichtsjahres. Es geht also wieder wader vorwärts.

**Empfindliche Arbeitswillige.**  
Jedenfalls auf Veranlassung der Unternehmer reichten in Ost a. M. 170 Arbeitswillige gegen 6 Parteigenossen Klage ein. Sie gaben an, auslöschlich des letzten Lohnerstreiks von den Streikposten beschimpft und an freiwilliger Arbeit gehindert worden zu sein. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Seiner Gefangnisstrafen von drei Tagen bis einen Monat. Das Gericht sah aber die Geschichte wesentlich milder an. Es verurteilte den „Wädelstähler“ zu 60 M., die anderen Bescholtenen zu je 20 M. Geldstrafe.

**Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse im Kupferschmiede-**

**beruf.**  
Der Zentralverband der deutschen Kupferschmiede hat soeben eine statistische Aufnahme veröffentlicht, die die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im ganzen Verbandsgebiet behandelt. Eingangs ist zu bemerken, daß sich auch im Kupferschmiedegewerbe bereits die Assimilierung des Kapitals in bemerklicher Weise vollzieht. Nach der amtlichen Berufs- und Gewerbezahlung von Jahre 1907 gab es in diesem Jahre in Deutschland nur 2519 selbstständige Unternehmer, gegen 8461 im Jahre 1895. Das bedeutet also einen Rückgang um 27 Proz. Dagegen ist die Zahl der technischen und Aufsichtspersonen um 70,7 Proz. gestiegen. Auch die Zahl der gelernten Kupferschmiede hat um 12 1/2 Proz. zugenommen und die der ungelernten Hilfsarbeiter gar um 29 Proz. Diese Biffern, die die Abnahme der Unternehmer und Betriebe einerseits und die starke Zunahme des technischen und Aufsichtspersonals und der Arbeiter auf der anderen Seite konstatieren, zeigen recht deutlich den Weg, den auch hier das Kapital gegangen ist. Die Statistik erstreckt sich über 1844 Betriebe mit 6312 Kupferschmieden, die Angaben über Löhne und Arbeitszeit bezogen auf über 4179 Kupferschmiede, die in 904 Betrieben beschäftigt waren. Da wir es hier immer noch mit 70,7 Proz. aller ermittelten gelernten Arbeiter zu tun haben, so müssen wir die nachfolgenden Angaben durchaus als typisch für das gesamte Gewerbe in Deutschland betrachten. Die Löhne, die im Beruf gezahlt werden, weisen, über das ganze Reich gemittelt, einen Durchschnittslohn von 62,8 Pf. pro Stunde auf. Die Akkordlöhne sind im allgemeinen höher als die Stundenlöhne. Während sich im Akkordverhältnis der Durchschnittslohn auf 87 Pf. stellt, beträgt er bei den Lohnarbeitern 49 Pf. Die Zahl von 62,8 ergibt sich jedoch aus dem Gesamtdurchschnitt beider Kategorien. Der Höchsthohn von 88 Pf. im Durchschnitt wird in Berlin, der niedrigste von 38 Pf. in Burg gezahlt. Der durchschnittliche Wochenlohn liegt von 28,06 M. im Jahre 1907 auf 30,20 M. im Jahre 1909. Die Organisation hat es also trotz der Krise verstanden, den Durchschnittslohn pro Woche um 2,14 M. oder pro Tag um rund 36 Pf. zu steigern.

Die Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit betragen im allgemeinen 25—50 Proz., auch 100 Proz. werden in Einzelfällen, insbesondere bei Nachtarbeit, gezahlt, allerdings darf auch nicht verschwiegen werden, daß ein Teil der Unternehmer sich überhaupt zu keinem Zuschlag bequemen will. Während 2958 Arbeiter in 20 Stundenlohn arbeiteten und 1935 in Akkord, arbeiteten noch 88 Kollegen in Monatslohn (Durchschnittslohn 138 M.), 105 in Wochenlohn (Durchschnittslohn 21,4 M.) und 23 in Kost und Logis (Wochenlohn im Durchschnitt 12 M.). Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit betrug bei Aufnahme der Statistik, also im Vorjahre, 57,2 Stunden, gegen 58,1 Stunden im Jahre 1907. Die kürzeste Zeit davon wies Berlin mit 53,4 Stunden, die längste Wästrow mit 62,2 Stunden auf. 25 Prozent aller Kollegen besitzen die neuntündige Arbeitszeit, die offiziell bisher nur in Berlin und München existiert. 26,7 Proz. arbeiten 9 1/2 Stunden, 45,8 Proz. 10 Stunden und 23 Proz. mehr als 10 Stunden pro Tag. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß die Arbeitszeit über 10 Stunden hauptsächlich in den Kleinbetrieben der Provinz vorkommt. Die hygienischen und sanitären Verhältnisse, wie sie die Statistik ermittelt hat, weisen ein sehr unangünstiges Bild auf. Abort- und Ventilationen in den Werkstätten fehlen bei einem großen Teil der Betriebe. Besonders die ungenügenden Ventilationseinrichtungen benachteiligen die Gesundheit der Arbeiter sehr stark, indem die Lüftungsorgane infolge der Rauchentwicklung in den schlecht ventilierten Räumen vielfach erkranken. Auch mit Kleiderstücken und Waschlappenheit war es in der Mehrzahl der Betriebe schlecht bestellt. Den Regel schoß jedoch ein Unternehmer in Köln ab, der wohl seinen Reuten Seife und Handluch in seiner Werkstatt vorhielt, aber dafür jeden Arbeiter pro Woche eine Stunde länger arbeiten ließ und zwar unentgeltlich, wodurch seine geringfügige Ausgabe doppelt wieder aufgenommen wurde. Tarifverträge existieren bis jetzt in 26 Orten. Zum Schluß sagt die Statistik noch darüber, daß die Unternehmer durch eine planmäßige Bekleidungsrichtung die an sich schon regelmäßig starke Arbeitslosigkeit im Gewerbe vermehren. Da dieses für die Kupferschmiede eine Gefahr bedeutet, werden sie dieser Frage rechtzeitig nach Kräften begegnen müssen.

**Ausland.**  
**Die Lage der Arbeiter in England und Deutschland.**  
London, 29. April. (Fig. Ber.) Die verlogenen Berichte englischer schützölnerischer Ausflügler über die Lebensverhältnisse der

deutschen Arbeiter, über die wir bereits berichtet haben, werden, wie es scheint, noch von den Tarifreformern nicht erwartete Folgen haben. Diese Ausflügler sind auf Kosten der Schutzöllnerliga nach Deutschland geschickt worden, um von dort Argumente für die Einführung des Schutzöllns in England zu holen. Die Geldgeber haben sich denn auch in den meisten Fällen nicht verrecknet, denn ihre Abgesandten, zumeist Arbeiter, schildern denn auch das klassische Land der Brotmangel als das Eldorado der Arbeiter. Wie zuverlässig die Berichte dieser „Augenzeugen“ sind, soll an einem Beispiel gezeigt werden. Einer der Ausflügler, deren Berichte in der konservativen Presse lang und breit wiedergegeben werden, erzählt, er habe in Deutschland ein Pfund Tee für 1,25 Mark gekauft. In Wirklichkeit ist Tee in England zummindest dreimal so billig als in Deutschland; die Sorte, die in England 1,50 M. kostet, ist in Deutschland nicht unter 5 M. zu haben.

Gestern hat sich die Arbeiterfraktion des Unterhauses mit diesem schützöllnerischen Schwindel befaßt und beschlossen, selber eine Deputation nach den bedeutendsten Industriezentren Deutschlands zu senden, um die wirklichen Tatsachen mit Bezug auf Löhne, Arbeitszeit und Preise der wichtigsten Bedarfsartikel in Deutschland festzustellen und Bericht darüber zu erstatten. Der Fraktionsvorsitzende der englischen Arbeiterpartei, **Genosse Barnes**, hat bereits an den Sekretär der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands geschrieben und ihn um Einführungen zu den Gewerkschaftsbeamten in den verschiedenen deutschen Städten gebeten. Die Deputation wird aus 6 oder 7 Mitgliedern bestehen und voraussichtlich am 8. Mai von London abreisen. In ihr werden die wichtigsten englischen Gewerkschaftsorganisationen vertreten sein, sowie auch die Arbeiterfraktion des Unterhauses selber durch **Barnes**, ihren gegenwärtigen und **Sander**, ihren frühesten Vorsitzenden.

Hoffentlich wird der Bericht dieser repräsentativen Arbeiterdeputation, die sicher Gelegenheit haben wird, das wirkliche Leben der deutschen Arbeiter aus eigener Anschauung kennenzulernen, den verlogenen und trübsüchtigen Äußerungen der englischen Tarifreformer über Deutschland ein für allemal ein Ende machen.

**Der Lohnkampf in der englischen Textilindustrie.**

London, 29. April. Die Lage in der Baumwollindustrie von Lancashire spielt sich immer mehr zu. Am Donnerstagabend hat eine Konferenz der Arbeiter, an der die Vertreter aller beteiligten Gewerkschaften teilnahmen, in Manchester stattgefunden, um zu der Forderung der Fabrikanten, eine allgemeine fünfprozentige Lohnreduktion vorzunehmen, Stellung zu nehmen. Nach eingehender Beratung nahm die Konferenz einstimmig eine Resolution an, in der sie erklärte, daß sie den Arbeitern angedeihen der in den letzten zwei Jahren infolge von Arbeitsbeeinträchtigungen und Produktionsbeschränkungen („Short time“) ohnehin schon erlittenen schweren Verluste, die Absperrung der Forderung der Unternehmer anempfehlen müsse.

Nach dieser Stellungnahme der Führer ist es so gut wie sicher, daß sich die Arbeiter nicht kampflös ergeben werden. Die englischen Textilarbeiter sind es nicht gewöhnt, sich den Geboten der Fabrikanten gehn zu fügen; sie haben sich seit dem Jahre 1870 noch kein einziges Mal zu einer Lohnreduktion verstanden, ohne vorher in den Abwehrstreik zu treten. Diesmal ist die Stimmung der Arbeiter besonders erbittert, weil sie die Forderung der Unternehmer als eine Provokation auffassen, die durch die Geschäftslage der Industrie keineswegs gerechtfertigt wird. Alle Anzeichen deuten demnach auf einen kommenden Konflikt hin. Die lokalen Organisationen der Arbeiter werden in den nächsten Tagen über ihre Haltung abstimmen. Die Unternehmer halten am nächsten Mittwoch eine Generalversammlung ab, in der die Resolution ihres Vorstandes, „die nötigen Schritte zur fünfprozentigen Lohnreduktion zu unternehmen“, besprochen und zweifelslos angenommen werden wird. Die verlogte gemeinsame Konferenz der Vertreter des Unternehmerverbandes und der Arbeiterorganisationen, die die Spinner, Krenpler und Webler umfaßt, wird am 2. Mai stattfinden, wobei es voraussichtlich zu einer endgültigen Entscheidung kommen wird.

**Gerichts-Zeitung.**

**Ueberfall auf den Geldbriefträger Eulenburg.**

Die Verweildnahme, die gestern in dem Prozeß gegen **Drechsler** und **Kayser** geschlossen wurde, ergab folgendes Bild: Der Briefträger **Eulenburg** wurde am 2. April 1909 kurz vor 9 Uhr morgens überfallen und beraubt. Die wesentlichsten Verdachtsmomente gegen beide Angeklagte bestehen in Selbstbezichtigungen. Es wurden Zeugen vernommen, die über solche Drechsler auf dem Transport im grünen Wagen, ferner eine Reihe von Zeugen, die ein spezialisiertes Geständnis **Drechsler** im Gefängnis zu Pödensee bekundeten. Nach ferneren Befundungen hat **Drechsler** auch vor der Polizei und vor dem Untersuchungsrichter sowie seinem eigenen Vater gegenüber ein Geständnis abgelegt. Die hohle Mäster am Goldfischfeld, die als Aufbewahrungsort für den Briefschlüssel mit **Kayser** dienen sollte, hat er gezeigt. Unter sechs Briefträgern, die ihm borgeführt wurden, hat er einen, dem beraubten Briefträger **Eulenburg** sehr ähnlich sehenden Briefträger **Janz** als das Opfer seiner Tat bezeichnet. Der Alibiweis, den **Drechsler** antrat, ging dahin: er habe am 1. April beim Umzug geholfen und sei dann so müde gewesen, daß er bis 12 Uhr des 2. April im Bette gelegen habe. Daß er beim Umzug geholfen hat, wurde auch erwiesen. Frau **Heine**, die angesehene Schlafstellenwirtin, erklärte, daß sie nicht bekunden könne, ob gerade am 2. April der Angeklagte bis 12 Uhr mittags geschlafen habe. Der Behauptung des Angeklagten **Kayser**, er habe die Filiale schon zwischen 7 und 8 Uhr geöffnet, könne also nicht der Täter sein, standen Befundungen gegenüber, die dahin gingen, er sei erst um 10 Uhr mit einer Droschke bei der Filiale vorgefahren. Nach der Selbstbezichtigung **Drechsler** hatte er das Teil unter dem Hfster verstaßt. Im Hfster sind Blutspuren nicht gefunden worden. Die Sachverständigen bekunden aber, daß dies sich daraus erklären lasse, daß das Teil sehr wenig Blutspuren an sich trug, und daß auch sehr leicht das Teil vorher abgewischt werden konnte.

Die an die Geschworenen gerichteten Schuldfragen lauteten auf schweren Raub bezw. Anstiftung. Auf Antrag des Staatsanwalts **Dr. Kies** wurde bezüglich des Angeklagten **Kayser** auch noch für den Fall der Verneinung der Frage nach Anstiftung die Frage nach Beihilfe zum schweren Raub hinzugefügt. Nach längerem Plädoyer beantragte der Staatsanwalt gegen **Kayser** die Schuldfrage wegen Anstiftung und gegen **Drechsler** wegen qualifizierten Raubes zu bejahen, während Umstände aber beiden zu verjagen. In zweifelhafte Plädoyer trat **Rechtsanwalt** **Beurat** für die Verneinung der Schuldfrage gegen **Drechsler** ein. In der zehnten Abendstunde wurde die Verhandlung auf heute verlag.

**Eingegangene Druckschriften.**

Dokumente des Fortschritts. 4. Heft. Internationales Revue. Herausgeber: **Prof. A. Groda**, **Dr. G. Bed** und **G. Lütkenhal**. Jährlich 11 Hefte. 10 M. G. Reimer, Berlin W. 38.  
Mitbewegungen beim Singen. Sprech- und Hörn von **Prof. F. Krueger**. 50 H. Breitkopf u. Härtel, Leipzig.  
Das Arbeitersekretariat und die Gewerkschaften Magdeburgs im Jahre 1909. 32 Seiten. Selbstverlag.  
Der Staatsbürger. Nr. 2. Halbmonatsschrift für politische Bildung. 40 H. Herausg.: **Dr. G. Korn**, **W. Brunow**, Leipzig.

# Kostenlos



Muff und Pelz, Handtasche, wie nebenstehend abgebildet, und viele andere anerkannt wertvolle Gegenstände erhalten Sie bei Benutzung von **Flammers Seife und Flammers Seifenpulver**. Hunderttausende solcher Geschenke kamen bis jetzt zur Verteilung. Beide Waschmittel sind die denkbar besten, geben mühelos und ohne besonderes Bleichen schönste Wäsche, sie sind garantiert unschädlich, ausgiebig und billig im Preis. Sparjame, auf ihren Vorteil bedachte Hausfrauen verwenden nur noch



## Flammers Seife u. Seifenpulver

Generalvertreter Emil Staewes, NW. 23, Bahnhof Ziergarten, Stabsbahnbogen 470/71, Fernsprecher: Amt II (Wobbit), Nr. 2876.

„Frühjahr 1910“

### HERREN-KLEIDUNG:



Fertig am Lager:

## Paletots und Ulster

aus neuesten Stoffen in modernen Paletformen und vorzüglicher Verarbeitung in eigenen Werkstätten hergestellt.

## Peek & Cloppenburg

25, 26, 27

Gertraudenstraße

25, 26, 27.

### Syphilis-Nachweis

In allen frisch u. veraltet. zwelftstätt. Fäll. durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; besgl. Harn (Spez. auf Gonorrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Kronen- und Strobenstraße, I. 8724. Perf. Nachspr. betr. u. kosten. Gedruckt von 8-12 Sonntags von 12-1.



### Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbändern, Leibbinden, Gortradhaltern, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Preis- und Hilfs-Krankenkassen. Berlin N., jetzt Lothringer Straße 60. Alle Bruchbänder mit elastischen Fasern, angenehm u. weich am Körper.

## Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vorken beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Werkstätten (teils auf Seide) gearbeitet, von Heringshollen, Dolleren, Kasallern nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, selbsthaft billig. Außerdem Herren-Paletots . . . 8 12 14 18 20 M. | Gehrod-Anzüge . . . 14 18 22 26 30 M. Jackett-Anzüge . . . 10 12 16 20 M. | Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 M. | Hod-Anzüge . . . 12 16 18 20 M. | Jacketts, Frack, Smoking's etc.

**J. WAND**, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der Monats-Garderoben-Haus. H. Geschäft: Chausseestr. 89, 277/20\* III. Geschäft: Brunnenstraße 179.



### Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung elegant. Herren- und Knaben-Garderobe billig und nach Mass, höchste Verarbeitung. **S. Boltuch**, Frankfurter Allee 76, 2. Eingang Filzstr. 34.

**Hühner**, Junge, beste sofort liefernde Brutputen, Brut-eier bester Rassen, empfiehlt unter Garantie für Reclität **Wegner**, Berlin SO., Wriemannstraße 34.

## Möbel

liefert auf **Teilzahlung** bequem bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) **E. Cohn**, Gr. Frankfurterstr. 58.

Reichstag.

72. Sitzung vom Montag, den 25. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Schoen.

Eine Petition des deutschen Blindenkongresses, die Invalidentarife auf alle bis jetzt nicht versorgten Blinden auszudehnen und sie sowie die Alters- und Unfallrente im Falle der Erblindung zu erhöhen und ferner das Porto für Bücher und Drucksachen in Blindenschrift herabzusetzen, wird nach kurzer Besprechung durch den Abg. Giesberts (Z.) im ersten Teil dem Reichskanzler zur Erwägung, im zweiten zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine Petition der „Internationalen Abolitionistischen Föderation“ betreffend die Abschaffung der Knivierkniven wird, entsprechend dem Antrage der Petitionskommission, debattelos dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Verein deutscher Kaffeegroßhändler und -Röster petitioniert um den Erlaß einer gesetzlichen Bestimmung, die es verbietet, Surrogate unter dem Namen „Kaffee“ in den Handel zu bringen.

Die Petition wird nach dem Antrage der Kommission dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Es folgt die Beratung eines Berichtes der Budgetkommission betreffend die Verminderung der Reichstagsdrucksachen.

Die Kommission schlägt vor, eine Reihe von Denkschriften dem Reichstage nicht mehr jährlich, sondern nur alle fünf Jahre zugehen zu lassen, außerdem soll die Reichsdruckerei stärker mit Aufträgen bedacht werden.

Direktor im Reichsamt des Innern Geheimrat Caspar sagt die Berücksichtigung dieser Wünsche zu.

Abg. Erzberger (Z.) fragt an, wieso die Preise der Reichsdruckerei bedeutend höher seien als die anderer Druckereien, z. B. der Firma Sittenfeld.

Unterstaatssekretär im Reichspostamt Frank meint, die Reichsdruckerei könne doch nicht unter Tarif arbeiten lassen.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

Von seiner Seite ist in der Kommission verlangt worden, daß die Reichsdruckerei unter Tarif arbeiten läßt. Im Gegenteil hatte ich verlangt, wenn die Reichsdruckerei mehr Arbeiten haben wolle, müsse man ihr die formelle Anerkennung des Buchdrucker-Tarifs verlangen. Die Preisdifferenz zwischen der Reichsdruckerei und anderen Druckereien liegt keineswegs auf dem Gebiete des Tarifs — auch Sittenfeld ist eine tariffreie Firma — sie liegt vielmehr in den hohen Zuschlägen, in den hohen Geschäftsspesen der Reichsdruckerei begründet; diese hohen Geschäftsspesen werden jedenfalls notwendig durch die abnorm hohe Zahl von Aufsichtern, die in den Reichsbetrieben üblich sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gewiß müssen die Preise der Reichsdruckerei höher sein als die eines Privatbetriebes, weil auf der Reichsdruckerei eine Reihe von Verpflichtungen liegen, die ein Privatbetrieb nicht hat, aber mit dem Tarif hat das nichts zu tun. Uebrigens hat die Reichsdruckerei den Buchdrucker-Tarif gar nicht einmal formell anerkannt. Es mag ja sein, daß die besseren Arbeiter bei ihr anständig bezahlt werden. Tatsache ist aber, daß bei der Beamtenbesoldungsvorlage Petitionen von sogenannten Faktoren an uns gekommen sind, welche ein Einkommen hatten, das nicht einmal dem Minimumsatz des Tarifgesetzes eines gewöhnlichen Segers entsprach. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit schließt die Diskussion, die Anträge der Kommission werden angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes.

Der Entwurf will für Sachen der Kolonial- und Konsulargerichtsbarkeit einen obersten Gerichtshof unter dem Namen Konsular- und Kolonialgerichtshof mit dem Sitze in Berlin begründen, dessen Mitglieder auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser ernannt werden, die Wehrzahl derselben auf Lebenszeit. Diesem Gerichtshof kann neben der Konsulargerichtsbarkeit ein Teil der Zuständigkeit des Reichsgerichts für die Schiedsgebiete übertragen werden.

Abg. Am Jahnhoff (Z.) (sehr schwer verständlich) vermißt in der Begründung des Gesetzes triftige Beweise für die Notwendigkeit aber auch nur Zweckmäßigkeit, denselben obersten Gerichtshof über die

Konsular- und über die Kolonialgerichtssachen urteilen zu lassen, die doch zumeist sehr verschieden seien.

Abg. Dove (Fortschr. Sp.): Es ist dringend nötig, daß endlich eine einheitliche Instanz für Kolonialrecht geschaffen wird. Ob aber die Lösung, wie die Vorlage sie bringt, richtig ist, wird in der Kommission zu erwägen sein. Die Erledigung dieser Vorlage vor der Vertagung ist ziemlich schwierig. Ueberhaupt ist dagegen Protest zu erheben, daß die Regierung, die so eilige Beratung bringt, mit wenig sorgfältig durgearbeiteten Gesetzesentwürfen kommt. (Sehr richtig! links.) So geschieht es denn, daß oft aus der Kommission ein ganz anderes Gesetz herauskommt, als hineingegangen ist, ein Gesetz, das nicht aus der Schublade eines Reichsamts, sondern aus dem Hirnkasten des Abg. Erzberger stammt. (Weiterleite und Sehr gut! links.)

Abg. Dr. Semler (natl.) wünscht im Gegensatz zum Vorredner schnelle Erledigung der Vorlage, betont die Notwendigkeit einer oberen kolonialen Instanz und verlangt, daß nicht Verwaltungsbeamte zu den kolonialen Richterstellen zugelassen werden. (Beifall bei den National Liberalen.)

Abg. Schulz (Sp.): In bezug auf die geschäftliche Seite der Vorlage kann ich mich dem Kollegen Dove anschließen. Es ist wenig liebendwürdig von dem Bundesrat, noch kurz vor Zoretschluß den Reichstag mit Vorlagen zu bedaden. Redner beschäftigt sich, im einzelnen unverständlich, mit der Vorlage, die er im allgemeinen zu billigen scheint.

Staatssekretär Dernburg: Die Ausarbeitung der Vorlage war sehr schwierig, weil verschiedene Ressorts in Frage kamen und auch das Reichsgericht Schwierigkeiten wegen der Deduktion machte. Die Rechtsunsicherheit in den Kolonien ist sehr groß, und große und wichtige Fragen müssen auf dem Verwaltungswege durch Verordnungen geregelt werden, statt daß sie den ordentlichen Gerichten übergeben werden. Diesem Zustand bitte ich die Herren, wenn es ihre Zeit und Arbeitskraft irgend erlaubt, ein Ende zu machen.

Abg. Dr. Giese (L.) begrüßt den Entwurf sympathisch, Einzelheiten könnten in der Kommission erörtert werden.

Abg. Stadtjagen (Soz.):

Mit der Ueberweisung des Entwurfes an eine Kommission bin ich einverstanden. Der Staatssekretär hat dargelegt, warum die Vorlage so spät eingegangen ist. Deshalb müssen wir aber doch verlangen, daß uns etwas genauer dargelegt wird, wie die Rechtsverhältnisse in den Kolonien zurzeit sind, und aus welchen Gründen und nach welcher Richtung sie geändert werden sollen. Wenn ein zweites oberstes Gericht in Deutschland eingerichtet werden soll, so muß man doch wohl darauf Rücksicht nehmen, daß die Rechtsunsicherheit nicht gefährdet wird. Das aber würde nach dieser Vorlage geschehen. (Nagt z. B. der Fiskus gegen Schulze, so würde dieser neue Gerichtshof die oberste Instanz sein, Nagt dagegen Schulze gegen den Fiskus in genau derselben Sache, so würde die Sache an das Reichsgericht gehen. Die Vorlage hätte doch wenigstens einigermaßen auch eine Statistik über die Zivil- und Strafrechtspflege in den Kolonien enthalten sollen. Rein Wort ist darüber in den Motiven enthalten, und doch müßt man dem Reichstage zu, Hals über Kopf ein Gesetz zu machen. Mit geheimnisvoller Miene sagte Dr. Semler, in der Kommission würde er noch weiter nachweisen, warum das Gesetz notwendig ist. Wir brauchen aber keine Geheimnisträumer, sondern wir wollen ein gutes Gesetz machen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Da kommt es auf einige Monate nicht an. Indem sprechen Sie von Zivilstreitigkeiten immer so, als ob das Reich auf dem Fiskus beruht, von Arbeiterverhältnissen ist gar keine Rede. Die Revisionsinstanzen sind so hoch gegriffen, daß Arbeiterfragen nie vor das höchste Gericht kommen können. Welches Interesse hat dann die Gesamtheit der Bevölkerung daran, die Kosten eines solchen Instituts zu tragen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir können dem Gedanken nicht zustimmen, daß schuldlos und nur die Rechtsunsicherheit sein sollen, welche den Besitz schützen, und nicht auch die, welche die Arbeit schützen. Bereits im Jahre 1897 wurde verprochen, ein oberstes Gericht für Arbeiterfragen zu errichten. Dies Versprechen ist noch nicht eingelöst, jetzt aber haben Sie solche Eile, die Kapitalisteninteressen zu schützen. Wie scheint es richtiger, ein solch höchstes Gericht für alle aus dem Arbeitsverhältnis hervorgehenden Sachen zu schaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich sind wir nicht gegen ein einheitliches Recht, aber die einheitliche Rechtspflege soll man eben nicht nur auf die Kapitalisteninteressen beschränken. Weiter will man hier ein Gericht schaffen, dessen ganze Befugnisse festzustellen im wesentlichen der kaiserlichen Verordnung überlassen

bleiben sollen, das heißt also im großen und ganzen, dem Staatssekretär der Kolonien. Diesen Weg können wir nicht beschreiten. Soll ein Gericht organisiert werden, so muß die Organisation von den gesetzgebenden Körperschaften getroffen werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Eine Verbesserung der Rechtspflege scheint es und auch nicht zu sein, daß an Stelle der Laien, die heute in den Konsulargerichten sitzen, bei diesem obersten Gericht nur gelehrte Richter mitwirken sollen, und nicht einmal Richter, sondern Verwaltungsbeamte. Gewiß sind die Laien, die jetzt mitwirken, einseitig ausgebildet und interessiert. Um dem abzuhelfen, soll man sie eben aus allen Kreisen der Bevölkerung nehmen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man nur Rechtsunsicherheit ohne Verbesserung der Rechtsprechung will, soll man die Hand lieber davon lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen eine Rechtsunsicherheit nur, soweit auch eine Verbesserung darin liegt.

Mit seinen unzähligen Bezugnahmen auf andere Gesetze und Verordnungen ist der vorliegende Entwurf für die große Menge der Rechtsuchenden absolut unverständlich. Er gibt selbst dem Eingeweihten eine ganze Reihe von Knäcken auf. Ein neues Gesetz aber soll einfach und klar geschrieben sein. (Zustimmung bei den Soz.) Warum soll das neue Gericht nicht an das Reichsgericht angegliedert werden? Freilich, Sie sprechen von der Ueberlastung des Reichsgerichts, ein Standpunkt, den ich nicht teile, und deshalb werden Sie nicht dafür zu haben sein. Aber wenn Sie einen besonderen obersten Gerichtshof wollen, warum soll sein Sitz dem Berlin sein? Es würde doch richtig scheinen, ihn dahin zu bringen, wo die meiste Sachkenntnis in kolonialen Dingen besteht, das ist in den Hansestädten, vor allem in Hamburg.

Das wichtigste, was ich zum Ausdruck bringen wollte, ist, daß, wenn einmal ein zweites oberstes Gericht in Deutschland geschaffen wird, dann die Arbeiter ein volles Anrecht haben, den

höchsten Gerichtshof für Arbeiterfragen

zu verlangen, der in der Zivilprozessordnungskommission im Jahre 1897/98 verprochen wurde. Wenn es nicht möglich war, diesen Gerichtshof in den seitdem verkauften Reimann 13 Jahren zu errichten, so wird jetzt dem Reichstag zugemutet, das Gesetz für diesen neuen obersten Gerichtshof in 13 Tagen fertig zu stellen. Ein solches Gesetz könnte nur ein ganz flüchtiges und oberflächliches sein. Solche Arbeit darf der Reichstag nicht machen. Wenn wir also der Kommissionsberatung zustimmen, so meinen wir doch, daß sie ihre Arbeiten vor dem Herbst nicht erledigen kann. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Geddeker (Fortschr. Sp.): Die Wichtigkeit ist meist größer als die Wichtigkeit. Die Regierung bringt Vorlagen über Vorlagen ein und unter der Quantität leidet oft die Qualität. Redner führt, gegen seinen Fraktionsgenossen Dove polemisierend, alle Gründe an, die für die Verlegung des Gerichtshofes nach Hamburg sprechen.

Die Diskussion schließt und die Vorlage wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Es folgt die erste Lesung des

Konsulatsgebührengesetzes.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen: Wir hätten gern den Entwurf früher vorgelegt; angesichts der Schwierigkeit der Materie war es aber nicht möglich, ihn eher fertig zu stellen. Der Entwurf bezweckt, die in ihrer gegenwärtigen Gestalt vielfach veralteten Vorschriften über die Gebühren und Auslagen bei den Konsulaten des Deutschen Reiches gemäß den veränderten wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnissen zu modernisieren. Redner begründet hierauf die beantragte Herabsetzung der Schiffsgebühren.

Abg. Graf Kanitz (L.): Die Herabsetzung der Schiffsgebühren geht wesentlich auf handelsrechtlichen Wunsch zurück. Unsere Schifffahrt ist kaum schlechter gestellt als die Schifffahrt anderer Länder. Ich beantrage die Ueberweisung an die Budgetkommission. (Bravo! rechts.)

Abg. Dove (Fortschr. Sp.) beschwert sich erneut über die Einbringung zahlreicher Vorlagen kurz vor Zoretschluß, bezweifelt, daß die Vorlage sich vor der Vertagung erledigen lasse und schließt sich dem Antrage auf Kommissionsberatung an. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Semler (natl.) beklagt ebenfalls die verpfändete Einbringung der Vorlage und polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. v. Kanitz.

Staatssekretär v. Schoen wiederholt, daß wegen der Schwierig-

den Morgenstern, den Sohn des Sonnengottes, der nicht imstande ist, mit ihnen fertig zu werden. Selbstverständlich gelingt dies dem reinen Toren. Und selbstverständlich kommt nun das Ballett der vier Jahreszeiten und erleichtert dem unter Blumen legenden Poia die Verhöhnung. Mit einer Fföte des Morgensternes kehrt er heim. Natusi erscheint in den Wolken, wehrt den Variton ab und nimmt den Tenor samt Gattin in seinen Himmel auf.

Was nun innerhalb der gesamten Vertonung des Inhaltes die Indianerweisen sind, läßt sich vom Hörer nur ungefähr aus der „Schwermütigkeit“ und aus ungewohnten Interaktionen einiger Stellen heraus vermuten. Alles Nähere ist weniger von künstlerisch-praktischem, als von wissenschaftlich-theoretischem Interesse.

Der Kunstfreund hat eine Komposition vor sich, in der ihm vor allem auffällt, daß sie die verschiedensten Arten durchläuft — von den einfachsten Dreiklängen und engsten Harmonieverbindungen an bis zu den bei uns sonst allerdings selteneren, sprunghaften Aneinanderreibungen. Dazu viel Klangerfülle der Herse, üppige und dem Verständnis der gesprochenen Worte gefährliche Blasmusik, das Ganze mehr registralisch, die lyrischeren Stellen nicht als „Nummern“ hervortretend, sondern aus dem Sprachgesang herauswachsend, die Themen ziemlich kurzatmig. Dort, wo der Held einen Irrwald betritt und durch ihn mittels hübscher Wabdelorationen zum Sonnengotte schreitet, erhebt sich die Musik zu so interessanter Charakteristik, daß man ihren „Weltzismus“ auf einige Zeit vergessen kann.

Mit all dem sind wir dort angelangt, wo wir längst waren: bei der alten „großen Oper“, bei deutscher Tonkunstvirtuosität, bei den trefflichen Kräften unseres Opernhouses (auch Hrl. Gaton als Kotoha bemühte sich, mit ihrer nicht überreichen Stimme dem Tenor, Herrn Päckhoff, gleichzukommen); sodann bei einem Publikum, dessen Königsoperntreue die Premiere aus einem Fisch- und Pfeißbandal rettete; und endlich bei einem Kunstinstitut, das mit seinen ganz spärlichen Neubesuchen — gelinde gesagt — Pech hat. Deutsche Komponisten gibts anscheinend nicht.

Notizen.

— Bühnenchronik. Am Dienstag begehrt Paul Paul im Lessing-Theater sein fünfzigjähriges Bühnenjubiläum. Er war früher als erster Komiker im Viktor-Theater tätig. Am bekanntesten ist seine Darstellung als Baumert in Hauptmanns „Weber“ geworden. Zu seinem Gedenke ist „Der Silberpeitz“ gewählt, in dem der Jubilar den Amtsdieners Mittelhof spielt.

— Musikchronik. Im Ränkener Gärtnerpflanz-Theater fand die Uraufführung der Operette „Der Zungenprinz“, Text von Max Real, Musik von Wilhelm Rauke, starken Beifall.

— Ein Meisterwerk der Goldschmiedekunst, ein Pokal des Ränkener Goldschmiedes Wenzel Jamniger, wurde dem Ränkener Magistrat für 20 000 M. erstanden und dem Germanischen Museum als Leihgabe überwiesen.

Kleines feuilleton.

Theater.

Kammerspiele: Sumurun, Pantomime von Friedrich Fressa, Musik von Victor Holländer. Mit einem interessanten, für Reinhardt's immer noch neuen Möglichkeiten ausspühende Unternehmungslust charakteristischen Experimente schließt die Saison der Kammerspiele. Der Wunsch, einmal ohne Begleitung des Wortes die Macht des bloßen Gebärden- und Bewegungs-spieles zu erproben, war ganz so ergäbte Herr Fressa, im Reinhardt'schen Ensemble spontan entstanden; das gab ihm die Anregung für die Zusammenstellung der Pantomime. Nur die allgemeinsten Umrisse, die größeren Akzente und leitenden Punkte der Handlung hätten sich dabei im voraus fixieren lassen. Alles weitere sei der kollektiven Arbeit auf den Proben dem Mitwirken der Darsteller, die das Detail in all den kleinen überleitenden Gesten dichteten, mußten vorbehalten worden. Das mag richtig und notwendig sein, wenn Gehalt und Rhythmus eines pantomimischen Ganges der Phantasie des Komponisten vorher bereits lebendig anschaulich geworden ist und wenn er so ein sicheres Gefühl erlangt hat, was von fremden Einfällen sich der Gesamtidee organisch einfügt, was umgekehrt den Rahmen lockern oder sprengen muß. Wenn der Pantomime neue wertvolle Stimmungsdreie abgewonnen werden können, so ist Konzentration, einheitlich klare Gliederung, rasches Tempo des Aufstieges jedenfalls eine der unumgänglichsten Vorbedingungen dafür. Die Knappen, straff getragenen mimischen Szenen, in denen die berühmte dänische Wirtin Charlotte Wiebe Triumphe feierte, tragen dem in richtigem Maß die Reue an. Auch wie dort die Effekte waren, brachten sie es durch das geschlossene Aneinandergreifen der einzelnen Momente dennoch zu starkem Eindruck. Es war dafür gesorgt, daß keine Zeit zu kritischem Bedenken frei blieb; ehe die Aufmerksamkeit im Schauen ermüden konnte, fiel der Vorhang. Singenen Fressa an ein Märchenmotiv aus Tanzend und eine Nacht anknüpfende Pantomime läßt eine Einheit des Planes, des Stiles, der Stimmung ganz vermischen. Die vielen Kopfe, die da mitgearbeitet, wurden von keinem zielbewussten Oberwillen im Zügel gehalten. Wie wäre es sonst möglich, daß ein Stück, das auf das wichtigste Spannungsmittel, die Sprache, verzichtet, sich trotzdem zu einem Umfang von mehr als drei Stunden ausbreiten kann? Den Erfolg entschieden erst die letzten Bilder, die anmutig lockenden Tänze der Schwestern Wissenschaft und eine leidenschaftliche, von Leopoldine Konstantin mit wadender Kühnheit durchgeführte Akrobatischen. Der Weg dahin hätte sich ohne jede Mühe wohl um die Hälfte kürzen lassen.

Die exotisch malerischen Partien waren mit Harkelinsden, allerhand Clown- und Zirkusmäßigem, das an die Purzelbaum-Akrobatt in Reinhardt's Aufführung der „Widderstungen“ erinnert, durchsetzt. Dies Element barbareser Körperpflege, wenn es der Tradition der alten Pantomime aus entsproh, wirkte indessen bei der breiten Ausmalung, dem Mangel innerer Verbindung mit der eigentlichen Fabel, hier mehr befremdlich als beaufregend. Ein

händler, von Eifersucht verzehrter Mädchenhändler, den Schildkrauts behäbige Korpulenz im Pierrotkostüm zu repräsentieren hatte, schließt Gift, wird als Verdamm in Koffern, Sämsien usw. verpackt, Trepp auf, Trepp ab befördert, und immer wieder ausgepackt, bis ein aufmunternder Riese die entschummerle Seele aus ihrer Puppenstarrheit weckt. Die Pointe der vergnügten Aufdeckung liegt allzu lange auf sich warten. Eine parodistisch hübsche Nebenfigur war Liünners Bazarwächter, der nach einer Art von Krähwinkel Marschmusikmelodie knieknippend wie auf Draht gezogen daher marschiert, aber keinen Dief in seinem Handwerk findet.

Wenn der Scheich — ein Bild brütend finsterner Sinnlichkeit, von Wegener vortrefflich dargestellt — die schöne Tänzerin des Mädchenhändlers für seinen Harem laßt, so hat Sumurun, des Scheichs präziöse Hauptfrau, ihr Auge auf Nur al Din, den jungen Stoffhändler, geworfen und läßt den Wagenstunden in einer Kiste unter Teppichen verpackt von Sumaden zu sich bringen. Zweimal wiederholt sich daselbe Spiel, das, umrankt von Tanz und Weigen, natürlich zum Triumph der Liebe führt. Moissis Anlich sprach wunderbar beredt von träumerisch verlichem Sinne. So lang aus seine Stimme, als er vor dem Aufgehen des Vorhangs nach Art eines arabischen Märchenerzählers niederleuernd, in kurzen Worten sein Geschid, die Fabel des Stückes, berichtete. Dem Sohn des Scheich, der, von der Tänzerin entzückt, gegen den schlafenden Vater den Dolch stieß, gab Winterstein eindringlich kühne Haltung und Rienen. In der Figur der Sklavin, der Hüterin des Vußligen, verblüffte Richard Holzmann durch eine wahre Gegenfähigkeit, doch ohne sonderlich humoristische Wirkung. Das im ganzen ausgezeichnete Spiel, die bienzenhalsigen Tänze, wie die von ihnen arrangierten Mädchenreigen, die malerisch glänzende Inszenierung halfen über viele tote Stellen der Komposition hinweg. Holländers Musik war drohlich und ins Ohr fallend.

Musik.

Rgl. Opernhaus. Die dreiaktige Oper „Boia“ erscheint von Dornherin gar nicht übel angelegt. Ein Ethnologue, Dr. Mc. Gintok, war längere Zeit bei einem durch Traditions-treue und Intelligenz hervorragenden Indianerstamme Nordwestamerikas geweilt und hatte Melodien des Stammes aufgezeichnet. Ein Komponist, Arthur Rebin, hatte sich ihm angeschlossen und hat sodann von R. Darlich einen entsprechenden Operntext machen lassen und mit Verwendung solcher Melodien die Komposition geschaffen.

Auch der Text selbst läßt sich ganz hübsch an. Im Indianerlager lernen wir den Helden als einen vielerpotierten Ungläublichen kennen, eine Art Hans der Trümmel. Der Sonnengott Natusi hatte Boia durch eine Entstellung seines Gesichtes für Sünden des ganzen Stammes büßen lassen. Deshalb vermahnt ihn seine geliebte Kotoha; der böse Bariton Sumadi gefällt ihr natürlich viel besser. Zum Spotte nur verpricht sie sich dem Braven, wenn einst „geheimen Fäulewacht“ ihn von seinem Zeichen befreien kann. Er wandert zu Natusi. Einige Adler überfallen

seit der Materie eine frühere Einbringung des Gesetzentwurfs nicht möglich war.

Damit schließt die Diskussion; die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausgabe kleiner Aktien in den Konsulargerichtsbezirken und im Schutzgebiet Kantonen; der Entwurf will den Reichsanwalt ermächtigen, zu gestatten, daß in Konsulargerichtsbezirken und in Kantonen Aktien auf einen Betrag von weniger als eintausend Mark, doch nicht von weniger als 200 M. gestellt werden dürfen.

Staatssekretär v. Schöen empfiehlt den Entwurf, der schon einmal dem Reichstage vorgelegen und damals der Budgetkommission übergeben ist.

Ein Vertreter des Reichsmarineamts bittet ebenfalls im Interesse der Entwicklung des deutschen Handels um wohlwollende Aufnahme der Vorlage.

Abg. Schwarz-Eppstadt (Z.): Meine Freunde haben schwere Bedenken gegen den Entwurf; die Erfahrungen mit den englischen Shares (kleinen Anteilsscheinen) sollten doch warnen, diesen Weg zu betreten.

Abg. Driel (nat.) beantragt, den Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Frdr. v. Nischthorn (L.): Da der Entwurf nicht in allen Schutzgebieten ohne weiteres die Ausgabe kleiner Aktien gestattet, sondern dem Reichsanwalt vorbehaltlich, nach Prüfung der besonderen Verhältnisse diese Ausgabe zu gestatten, so dürften die schwersten Bedenken beseitigt sein. Wir stimmen dem Antrag auf Kommissionsberatung zu.

Abg. Raempf (Fortfchr. Sp.): Es ist noch keineswegs gesagt, daß durch das Verbot kleiner Aktien im Inland die ungesunde Spekulation eingeschränkt und nicht vielmehr gefördert ist. Im internationalen Verkehr in den Schutzgebieten und im Konsulargerichtsbezirken läßt sich diese Bestimmung aber überhaupt nicht aufrecht erhalten. Deshalb sollte der Entwurf nicht auf Kantonen beschränkt, sondern auf alle Schutzgebiete ausgedehnt werden.

Abg. Eichhorn (Soz.):

Wir werden gegen den Entwurf stimmen aus denselben Gründen, aus welchen wir uns in Deutschland gegen eine Herabsetzung der Aktiennummern unter 1000 M. wenden, weil wir nicht wünschen, daß man den kleinen Leuten das Geld zu Spekulationszwecken heranzieht. Wir glauben, der Entwurf würde eine größere Spekulation hier finden — hat doch der Abg. v. Strombeck früher beantragt, kleinere Aktien nur für gemeinnützige Gesellschaften zuzulassen, und der Staatssekretär Dr. Rieberding erklärte dies für einen sehr guten Gedanken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was heute hier verlangt wird, ist nur der erste schlechteste Schritt, dem bald weitere folgen werden, man wird bald kleine Aktien in allen Kolonien zulassen wollen, und von da aus ist nur noch ein Schritt, um auch in Deutschland Aktien von weniger als 1000 M. zuzulassen. Das würde aber bedeuten, daß das Kapital der kleinen Sporer in die Spekulation hineingerissen wird. Es genügen eben dem Großkapital heute nicht die Kreise, auf die es beschränkt ist, es will seine Agenten auf Land hinausziehen, um auch die Gelder aus den Sparlassen in seine Verbindungen hineinzubringen. Man sagt, wenn wir das Gesetz nicht beschließen, legt sich ausländisches Kapital da fest, wo es sonst deutsches tun würde. Ach! wo für das Großkapital etwas zu holen ist, findet es sich immer ein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Großkapital wünscht dies Gesetz doch nicht aus Gümmigkeit, um den Besitzern kleiner Kapitalien einen Anteil am Profit zu gönnen, nein, es handelt sich vielmehr darum, das kleine Kapital heranzuziehen, um die kleinen Verbindungen des Großkapitals zu decken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Freisinniger sagte mir einmal, in den Kolonien kann man keine Mittelhandspolitik treiben, da muß das Großkapital freie Hand haben. Dann soll es aber auch das Risiko tragen und die kleineren Sporer in Deutschland nicht gefährden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach dem Argument des Herrn Raempf, wenn wir die kleinen Aktien nicht zulassen, kommen die ausländischen kleinen Aktien, müßten wir in Deutschland auch Spielhölle begründen, damit die Leute nicht nach Monte Carlo gehen. Solche Gründe sind doch gar nicht ernsthaft zu diskutieren. Es handelt sich um nichts anderes als

Förderung des Spekulationstriebes,

um den kleinen Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen. Uebrigens kann man sich an kolonialen Gründungen in den Kolonialgesellschaften mit Fonds von 100 M. beteiligen. Wenn man sagt, man mag diese Kolonialgesellschaften nicht, und deshalb sei der Entwurf nicht überflüssig, so wünschen wir vielmehr, daß die Bestimmungen über die Ausgabe solcher kleinen Aktien beschränkt werden; vielleicht würden dann nicht in Überreichem in kurzer Zeit 25 kolonialgesellschaftliche Aktien gegründet sein, die doch alle Geld verdienen wollen auf Kosten der kleinen Leute, denen sie das Geld abnehmen. Statt dessen verlangen wir, daß das Großkapital auf eigene Kosten spekuliert; deshalb lehnen wir die Vorlage ab, sind aber bereit, in die beantragte Kommissionsberatung einzutreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt Wid.: Die Bestimmungen, die Vorlage möchte auf das Inland übertragen werden, sind unbedenklich.

Abg. Schulz (Rp.) spricht sich für den Entwurf aus.

Abg. Lattmann (Wirtsch. Wg.): Ich kann heute einmal mit dem sozialdemokratischen Redner in allen Punkten übereinstimmen; am liebsten würde ich den Entwurf sofort ablehnen, doch werde ich für die Kommissionsberatung stimmen.

Abg. Dr. Heescher (Fortfchr. Sp.): Ich halte es für meine vornehmste Pflicht und Schuldigkeit, mit allem Ernst gegen diese Vorlage zu protestieren. Das Spekulationsfieber in England zeigt uns, wohin wir mit einer Erweidung der Spekulationslust kommen, jeder Staatsmann und jede Köchin, wie wir in Hamburg sagen, würden in kleinen Aktien spekulieren; gerade die Ausführungen meines Freundes Raempf zeigen, wohin die Entwicklung mit Notwendigkeit führen müßte. Am liebsten würde ich die Vorlage statt ablehnen. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Auerbach: Auch ich stimme mit dem sozialdemokratischen Redner und mit dem Vordruder überein und lege großes Gewicht darauf, daß die Vorlage nicht zustande kommt. Wir wollen ihr in der Budgetkommission ein Begräbnis erster Klasse bereiten. Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Die Tagesordnung ist erschöpft.  
Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. (Wahlprüfungen.)  
Schluß 7/7 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung vom Montag, den 25. April, vormittags 11 Uhr.

Das Haus ehrt zunächst das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Dr. Hager (Z.) in der üblichen Weise.

Darauf wird die zweite Lesung des

### Kultusetats

Belm Kapitel „Universitäten und Charité-Krankenhaus Berlin“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Kaufmann (Z.): Die Einführung der Bibliotheksgebühren ist zweifellos ein Kulturfortschritt, denn sie errichtet Schranken gegen die Ausbreitung der Bildung. Die Errichtung von Professuren für Kolonialrecht und Genossenschaftswesen halten auch wir für wünschenswert.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Die Anforderungen für wissenschaftliche Zwecke sind bei der rapiden Entwicklung insbesondere der Naturwissenschaften von Jahr zu Jahr gestiegen. Manche berechtigten Wünsche haben mit Rücksicht auf die Finanzlage zurückgestellt werden müssen. Es werden jedenfalls auch

in Zukunft noch sehr erhebliche Mittel für Universitätszwecke aufgebracht werden müssen, wenn wir nicht hinter anderen Ländern zurückbleiben wollen. Ob wir daher an dem bisherigen Grundgedanken, daß solche Ausgaben lediglich Sache des Staates seien, festhalten können, erscheint zweifelhaft. Ich erinnere an Amerika, wo überaus reiche Mittel von Privaten zu wissenschaftlichen Zwecken zur Verfügung gestellt werden. In der Richtung der Durchbrechung des genannten Grundgedankens liegen auch die Bibliotheksgebühren. Uebrigens sollen von der Erhebung derselben im Falle der wirklichen Bedürftigkeit Ausnahmen gemacht werden können. — An der alten Tradition, daß den Ausländern auf unseren Universitäten Gastrecht gewährt wird, wollen wir festhalten. Die Zustände auf dem Gebiete der Privatogentur bedürfen dringend der Abhilfe. Ich würde mich freuen, wenn auch aus den Kreisen der Privatdozenten, die ja, dem Zuge der Zeit folgend, natürlich auch organisiert sind (Helferrecht rechts), Vorschläge dazu erfolgen würden. Für Kolonialrecht und „politisch“ sollen Lehraufträge an verschiedenen Universitäten erteilt werden. Ebenso soll der Unterricht in der Pädagogik an den Universitäten gefördert werden. Genossenschaftswesen und Genossenschaftsrecht werden in den nationalökonomischen und juristischen Vorlesungen bereits erörtert.

Abg. Dr. Heßig (Z.) tritt für die Einführung des Titels Dr. med. in Preußen ein.

Abg. Dr. v. Lötz (Fortfchr. Sp.) wünscht, daß das Völkerrecht auf den Universitäten mehr beachtet werde. Vielleicht liegt das geringe Interesse für auswärtige Politik an der geringen Ausbildung des Völkerrechts, vielleicht aber auch an unserer auswärtigen Politik selbst. Entschieden muß ich mich gegen die Belastung der Studierenden mit einer zwangweise zu leistenden Bibliotheksgebühr wenden. Dringend notwendig ist eine gesetzliche Regelung des Universitätsrechts, das heute lediglich durch Statut und ministerielle Verordnungen geregelt ist. In Bezug auf die Privatogentur an der medizinischen Fakultät in Berlin bestehen zweifellos unhaltbare Zustände. Als Programm des Herrn Kultusministers möchte ich bezeichnen: den Hochschulen eine Organisation zu geben, bei welcher freie Selbstverwaltung unter Selbstverantwortlichkeit auf gesetzlicher Grundlage bei Förderung und rein sachlicher Aufsicht des Staates gesichert ist. (Bravo! links.)

Abg. v. Knefel (L.) äußert Bedenken gegen die Errichtung einer Universität in Frankfurt a. M.

Abg. Dr. Bränt (L.) wünscht, daß die Fakultäten ihre Vorschläge bei Besetzung von Professuren öffentlich machen und begründen, damit der Minister bei der Berufung ihre Gründe prüfen kann.

Abg. Dr. Friedberg (nat.) schießt sich dem Wunsche auf Ausdehnung des Selbstverwaltungsrechts der Universitäten an. Ein Berufungsrecht der Universitäten für Professuren existiert aber nicht; für die Berufungen hat der Herr Minister allein die Verantwortung.

Kultusminister v. Trott zu Solz betont, daß der Plan der Gründung einer Universität in Frankfurt an ihn noch nicht in amtlicher Form herangekommen sei. Jedenfalls werde es die Pflicht des Staates sein, solcher Absicht gegenüber nicht kurzweg „nein“ zu sagen. (Bravo!) Von dem Bedürfnis zum Erlaß eines Universitätsgesetzes habe er sich noch nicht überzeugen können. Dazu seien die historisch gewordenen Einrichtungen an den einzelnen Universitäten zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Man hat den Universitäten den stolzen Namen freie Bildungsstätten für Lehrer und Lernende beigelegt. Es fragt sich, wie weit dieses Ideal in der Wirklichkeit erfüllt ist. Wir geben uns keinen Illusionen hin, wir wissen als Sozialdemokraten, daß in einem kapitalistischen Klassenstaat sich ein solches Ideal nicht erfüllen läßt. Schon die Frage der Dozentur ist eine Sache der Klassen, nicht der Allgemeinheit. Um eine Dozentur erreichen zu können, bedarf es natürlich eines großen Geldbeitrags. Aber da die Beschäftigung mit den Wissenschaften die eigentümliche Wirkung hat, die Köpfe und Herzen freier zu machen, beruhigt man sich noch nicht mit dem Gedanken, daß die wissenschaftlichen Lehrer den besitzenden Klassen entstammen, sondern hält es für notwendig, noch besondere Vorkehrungen zu treffen, daß die Professoren die herrschenden Gewalten zu lächeln haben. Das preussische System ist auf diesem Gebiet sicherlich das durchgebildetste. Ich erinnere nur an das Wöllnerische Edikt und an die Mahregulierung der bekannten Göttinger Sieben im Jahre 1839. Ich erinnere daran, wie später das Wort „Althoff“ geradezu eine programmatische Bedeutung hatte, an dessen Stelle dann das Wort „Schwarzkopff“ getreten ist. (Heiterkeit.) Es könnte wirklich der Eindruck entstehen, als ob alles vergangen sei, nur nicht die preussische Wöllnererei. Das kleine Intermezzo fällt ändert daran nichts. Ich erinnere auch an die Veg Kreis, jenes unglückliche Gesetz, durch das man unfernen Parteigenossen das Lehren von Physik an der Universität Berlin unmöglich machte. In dem Urteil heißt es, daß die Pflichten der Lehrer an der Universität unvereinbar seien mit sozialdemokratischen Bestrebungen. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß der Zweck der Universitäten ist

### Drillanstalten zu sein für Funktionäre der gegenwärtigen Staatsgewalt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen haben sich auf den alljährlichen Hochschultagen die Professoren schon selbst gewendet. Ich erinnere an den letzten Hochschullehrertag in Leipzig, wo von den Professoren v. Amira und den Gelehrten Weber darauf hingewiesen wurde, daß die Universitäten nicht im Sinne anderer Unterrichtsanstalten aufgefahrt werden dürften, sondern daß sie in erster Linie der freien Forschung zu dienen hätten, und daß es nicht ihre Aufgabe wäre, Diener für Staat und Kirche heranzuziehen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es bedeutet eine Degradation dieser bedeutendsten wissenschaftlichen Anstalten des Staates, wenn man ihnen Aufgaben zuschreibt, wie sie im Urteil gegen Dr. Auerbach enthalten sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Indessen ist diese Degradation geradezu typisch für Preußen, denn die Verhältnisse in Süddeutschland und Oesterreich sind ganz anders. Wer in Preußen noch an die Freiheit der Wissenschaft glaubt, auf den könnte man das Wort anwenden: Ich glaube daran, weil es Unfals ist. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens, eine Freiheit gibt es auch in Preußen, aber das ist eine Freiheit nach rechts. Es kann ein Professor noch so völkseindlich, ja, in unserem Sinne gemeingefährlich sein, er würde deswegen niemals seine Professur verlieren. Ich erinnere daran, daß man in Preußen sehr wohl ein Sanitätsprofessor sein und sich für den Absolutismus begeistern kann, daß man selbst gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung Stellung nehmen kann, ohne deshalb in einen Konflikt mit der Staatsregierung zu kommen. Zur Belohnung dafür wird man Mitglied des Herrenhauses und vermögend dort die Wahlrechtsvorlage. Der Fall Auerbach beweist auf das deutlichste, daß eine wirklich freie Anschauung in Preußen nicht gebildet wird. An den Hochschullehrertagen pflegen norddeutsche Professoren nur in verschwindendem Maße teilzunehmen. Diese Organisation der Professoren ist von Oesterreich ausgegangen und hat sich über Süddeutschland verbreitet, ohne in Norddeutschland Eingang zu finden. Es würde mich interessieren, zu erfahren, ob die Regierung in irgendeiner Weise ihren Einfluß auf die Professoren ausgeübt hat, dem Hochschullehrertag nicht beigutreten. Die preussischen Verhältnisse sind ja alljährlich wieder nicht die deutschen Verhältnisse. In Süddeutschland und vor allem in Oesterreich liegen die Verhältnisse ganz anders als bei uns, wo ein

### Keinlicher Polizeigeist

herrscht. In Wien dürfen die Professoren in sozialdemokratischen Organisationen Vorträge halten und der außerordentliche Professor Hartmann ist der Leiter des von der Sozialdemokratie dort gegründeten Volksheims. Er ist auch der Leiter der Volkshochschule, an denen eine ganze Reihe von Professoren teilnehmen. Das geschieht, ohne daß gegen die Professoren in irgendeiner Weise vorgegangen wird. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In Preußen dagegen betont man das

### Prinzip der Staatsraison

und beurteilt nach diesem Prinzip auch die Wissenschaften. Speziell der Abg. v. Jeddliß will dieses Prinzip der Staatsraison in der rücksichtslosesten Weise durchführen. Ich schließe aus einer solchen, scheinbar zweckmäßigen Auffassung über die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung nicht nur eine Verkennung des Charakters der Entwicklung, sondern vor allem einen Beweis für die Unfähigkeit des eigenen Standpunktes und für eine große Kurzsichtigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Um das Bild vollständig zu machen, erwähne ich noch die Strafrechtswissenschaften und die Fälle Venzler und Wahling. Indessen wollen sich nicht nur der Staat, sondern auch andere Mächte jetzt bei den Universitäten durchsetzen. Es ist von einem Nationalökonom gelegentlich der Standpunkt vertreten worden, daß die Universitäten ein Schmelzfeld sein müssen zwischen der Masse und ihren Feinden. Ein anderer Professor, ein berühmter Gelehrter, hat bekanntlich die Professoren als die

### wissenschaftliche Leibgarde der Hohenzollern

bezeichnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alles will heutzutage seinen Professor haben: die Plattenkreise ihren Plattenprofessor, die kirchlichen Kreise ihre Theologen, die Börse ihre Börsenprofessoren und, nicht zu vergessen, die Landwirtschaft, die gern einen besonderen Lehnprofessor haben und auf diese Weise die Unwissenheit zu einer Anspiel machen möchten, die ihren persönlichen materiellen Interessen einen wissenschaftlichen Anchein verleiht. Doch das eine schände Herabsetzung jeder Wissenschaft ist, daß diese Lehnenprofessoren als höchst verwerflich bezeichnet werden müssen, darüber herrscht nicht nur bei uns Sozialdemokraten eine Meinung. In Amerika geht man in dieser Richtung viel einfacher vor. Dort werden einfach von den Großkapitalisten Lehrstühle mit bestimmten Anweisungen besetzt, die den Interessen der Kapitalisten entsprechen. Diese amerikanisierte Wissenschaft ist auch in Deutschland nicht mehr ganz fremd. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Insbesondere ist das Bestreben der Landwirtschaft durchaus amerikanisch. Im übrigen habe ich zu meinem großen Erschauen als etwas sehr Charakteristisches gehört, daß der Kultusminister den Standpunkt vertreten hat, als ob das amerikanische Beispiel in einem gewissen Sinne auch für uns vorbildlich sein kann. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann nicht glauben, daß der Kultusminister bei diesem Wort gerade an die Lehrstühle der Großkapitalisten gedacht hat, weil ich nicht glauben kann, daß ein preussischer Kultusminister wünscht, die Universitäten noch weiterhin zu verschlechtern und sie zum Spielball des Privatkapitals zu machen. Wenn wir uns den Charakter, den gegenwärtig in Preußen die Universitäten haben, symbolisch vor Augen führen wollen, dann müssen wir an das bekannte Mittelbild des Professors Kampf denken, das in der königlichen Bibliothek aufgehängt ist. Es ist eine grobe Geschmacklosigkeit, in dieser Bildungsanstalt die Vertreter der Wissenschaft vor dem Monarchen schmucklos darzustellen, an einer Stelle, wo nur die republikanische Freiheit der Geister bestehen, wo nur der Gedanke der Forscherfreiheit herrschen sollte. Es ist das ein Symbol, das höchst charakteristisch für die Zustände in Preußen ist. Und wenn man sich dann im Leseaal der Bibliothek umsieht, dann sieht man zweimal groß das Wort „Theologie“ geschrieben und auf der anderen Seite sieht man Friedrich den Großen, vor dem die Gelehrten huldern. Das ist in der Tat eine Satire auf die Freiheit der Wissenschaft. Wir sehen in Preußen auch, wie die Professoren unter dem Einfluß der politischen Verhältnisse hin und her schwanken, wie z. B. Professor Windemann in seiner neueren Geschichte der Philosophie aus rein politischen Gründen eine Aenderung vorgenommen hat. Es hat auch einmal tapfere Professoren gegeben, so die Jenseiter Wartburg-Professoren und die Göttinger Sieben. Gegenwärtig ist die Zahl solcher Professoren außerordentlich gering. In welcher Weise kann dem abgeholfen werden? Wie Sozialdemokraten sind und darüber vollständig klar, daß Absichten nur geschaffen werden können, wenn eine vollständige Befreiheit geschaffen wird, wenn die Universitäten zu Selbstverwaltungsgewerkschaften gemacht würden, die sich alle freie Bildungshilfe des Staates fähig, denen man die Möglichkeit geben muß, durch freie Wahlen sich zu ergänzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn der Staat seine Finger überhaupt von den Universitäten weg lassen würde, der Weiterentwicklung der Wissenschaft gebiert wäre. Der Abg. v. Lötz hat die Forderung nach einem Universitätsgesetz erhoben. Wir haben dagegen nichts einzurufen. Wir sind schon immer dafür gewesen, daß das, was tatsächlich besteht, auch gesetzlich formuliert wird. Die Aufhebung der Forschungsfreiheit, die Aufhebung der Selbstständigkeit der Universitäten in Bezug auf die Auswahl der Professoren und die Einschränkung des Vorschlagsrechts ist so weit vorgeschritten, daß wir es begrüßen dürfen, wenn das nun auch Klipp und klar in einem Universitätsgesetz zum Ausdruck gebracht würde. Neuer Artikel der Verfassung: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, existiert ja schon längst nicht mehr und muß nur dazu herhalten, eine Freiheit zu beweisen, die in Wirklichkeit gar nicht existiert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine grundsätzliche Umwälzung auf dem Gebiete der Universitäten würde auch das Cliquenwesen beseitigen, eine freie Demokratie und die Kontrolle durch eine hochgebildete, an der Wissenschaft interessierte Meinung würde von selbst alle Ausschüsse beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Durchführung dieser Forderungen wäre der Schutz gegen alle wissenschaftlichen Entgleisungen und gegen einen Hausvertragsparagrafen, wie er gegenwärtig besteht. Die gegenwärtige Reglementierung der Universität erzielt nicht die Charakterbildung, sondern die Charakterlosigkeit und die Demoralisation. Der freie Stolz der Wissenschaft kann in Preußen nicht mehr bestehen. Bezeichnend ist ja die Feindschaft, die man gegen die Berliner Universität hat. Sie entspringt der Feindschaft gegen den Wasserstoff Berlin überhaupt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich muß eine Universität in einer Weltstadt einen weiteren und offeneren Blick haben als irgendeine kleine Universität. Die Feindschaft gegen den Frankfurter Universitätsplan dürfte zu einem großen Teil ähnlichen Gesichtspunkten entspringen. (Sehr richtig! links.) Die Verhandlungen in der Budgetkommission haben deutlich ergeben, daß man diese Universität vor allem deshalb nicht wünscht, weil man die Befreiung hat, daß dort eine Stätte wirklich freier Wissenschaft entstehen könnte. Ich möchte nur noch feststellen, daß der Minister sich in seinen Ausführungen über diesen Universitätsplan widerprochen hat. Er steht heute dem Plan wesentlich freundlicher gegenüber als in der Kommission.

Der Andrang zu unseren Universitäten ist ein überaus starker. Das ist nichts Schlimmes und nichts Verderbliches. Man fürchtet in gewissen Kreisen das Gelehrtenproletariat außerordentlich. Wir freuen uns über dieses Gelehrtenproletariat wahrlich nicht. Wir wissen aber auf der anderen Seite, daß man gegen das starke Eindringen der Bevölkerung auf den Universitäten nicht mit irgendwelchen künstlichen Vorrichtungen und Gewaltmaßregeln vorgehen soll. Im Grunde genommen sind die Vorteile aus einem solchen starken Ansturm größer als die Nachteile. Die Vorteile kommen der Allgemeinheit zugute, die Nachteile treffen nur den einzelnen. Im Grunde genommen handelt es sich hier um eine wunderbare Erscheinung. Wir sehen ein gewaltiges Vorwärtstreben der breiten Massen des Volkes. Oft mit den größten Entbehrungen bemüht man sich, dem Erkenntnisdrang nachzukommen. Diese hungernen Intellektuellen sind ein Beweis dafür, daß in deutschen Völkern trotz der befallenen politischen Zustände, trotz aller reaktionären Mißwirtschaft noch ein Wahnsinn an Wissensdurst und Idealismus vorhanden ist, auf das wir stolz sein können. (Beifall Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was ich für die Dozenten feststellen konnte, trifft auch auf die Studenten zu. Eine gewaltige Barriere hat der Staat aufgerichtet gegen die Wissensdurstigen der unteren Gesellschaftsschichten. Deshalb privilegieren man nun in der Wahlrechtsvorlage die Abiturienten, ein privilegium odiosum (anrüchliches Vorrecht) in des Wortes wachster Bedeutung. Eine Abhilfe kann da nur geschaffen werden, wenn man das Studium an den Universitäten ebenso wie den Unter

nicht an den höheren Lehranstalten nach Möglichkeit unentgeltlich gehalten. Die heutigen Stipendien sind ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ueberhaupt ist das Studium in Preußen überaus teuer. In Oesterreich kostet es nur halb soviel. Daraus müssen wir den Antrag schöpfen, mit allem Nachdruck an den Ausbau von Einrichtungen heranzugehen, die auch die Minderbemittelten in den Stand setzen, ohne allzu große finanzielle Aufwendungen auf der Universität zu studieren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Run zur freien, voraussetzungslosen Wissenschaft! Wir werden und alle aus unserer Studentenzeit die Erinnerung an große überaus schäumende Worte bewahrt haben. Heute gibt es die voraussetzungslose Wissenschaft selber nicht mehr. Man wird auch in unseren Studentenkreisen vergeblich suchen nach großen, alles umfassenden Gedanken, nach dem Idealismus begeisterter Wahrheitsfuchser. Die Studenten sind anders geworden. Ich erinnere daran, in welcher Weise die Studenten in die Politik eingegriffen pflegen. Ich denke da vor allem an die Reichstagswahl von 1907. Neuerdings wieder hat die Universität Halle ein Beispiel gegeben, das auf das schärfste mißbilligt werden muß. In ganz offener Weise ist dort durch einen Anschlag an schwarzen Brett vom Rektor der Halleischen Universität bekannt gemacht worden, daß der Tag der Reichstagswahl in Halle ein dies academicus (freier Tag) sei. Und der Rektor gab der Uebersetzung Ausdruck, daß die Kommilitonen bei den allgemeinen Reichstagswahlen alle Kräfte einsetzen würden, um zum Gelingen einer schönen Wahl beizutragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein unerhörter Mißbrauch der Rektoratsgewalt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Run, dem Herrn sind die Helle weggeschwommen, unsere Genossen haben dem Rektor eine wohlverdiente Blamage verschafft, indem der sozialdemokratische Kandidat siegte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Lied vom freien Vorschritt existiert in Preußen längst nicht mehr. Wir haben im Gegenteil an den Universitäten jenen Korpsgeist, der jetzt auch von den herrschenden Klassen als lästig empfunden wird. Ich brauche nur auf das

#### Korps Borussia in Bonn

hingeweisen. Es war erfreulich, daß sich dort ein Rektor fand, der den Mut gehabt hat, in das Wespennest hineinzugreifen und das Korps zu suspendieren. Trotzdem aber das Korps Borussia suspendiert war, fanden sich zu dieser Zeit bei diesen randalierenden jungen Leuten zwei Mitglieder des kaiserlichen Hauses als Gäste ein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenig erfreulich ist auch die Haltung, die andere Behörden gegenüber diesem tapferen, heldenhaften Rektor eingenommen haben. Es ist bekannt, daß man diesen Rektor vor allem von der Militärbehörde hochtief hat, nur weil er die Autorität seines Amtes diesem randalierenden Korps gegenüber gewahrt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist mir auch sehr zweifelhaft, ob dieser Rektor schließlich siegen wird, denn die Rechte, die hinter dem Korps Borussia stehen, sind mächtiger als alle preussischen Universitäten zusammen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Trotz des sehr beschränkten Kreises, innerhalb dessen sich die Studenten bewegen dürfen, sehen wir, daß die Staatsbehörden gegen Studentenorganisationen einschreiten. Das ist in Berlin und in Marburg geschehen. Die freie Studentenschaft und die sozialwissenschaftlichen Studentenvereine sind aufgesperrt worden. Man hat Vorträge verboten, die von sozialpolitisch mißliebigen Personen gehalten werden sollten. Ich kann dieses Vorgehen nur als beschämend bezeichnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sieht, daß das Ziel unserer Universitäten nicht ein pädagogisches ist, nicht auf die Erziehung der Charakterbildung der Studenten hinausläuft, sondern daß es vielmehr das Ziel ist, das Rückgrat zu biegen und den Charakter zu brechen. Auch hier könnte uns Oesterreich als Vorbild dienen. Dort wird der freien Vereinigung der Studenten, einer ausgeprägten sozialdemokratischen Organisation, nicht die geringste Schwierigkeit bereitet. Der Wiener Rektor und Senat haben dieser freien Vereinigung im vergangenen Jahre zu einer Marx-Feier sogar den großen Hörsaal der Wiener Universität zur Verfügung gestellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und die Wiener Universität und der österreichische Staat bestehen noch! Welch schreckliche Unkenntnis in den herrschenden Kreisen über die wichtigsten Vorgänge auf politischem Gebiet herrscht, beweist die Auehrung eines Offiziers, der studiert haben will und der auf die Frage, ob der berühmte Oldenburgische Leutnant mit seinen zehn Mann den Reichstag auseinandertreiben dürfte, antwortete: „Selbstverständlich, es wird mir nichts ein größerer Vergnügen machen, als einmal tüchtig in die Quastköpfe zu fahren.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter heißt es: Ihre behagliche Lagen zu dieser Bemerkung beweist mir, wie angenehm Ihnen ein solches Wort ist. Verwerflich ist nach wie vor, daß die preussische Regierung die Papiere der russischen Studenten nach Möglichkeit der russischen Regierung zugänglich macht. Auch wenn die russischen Studenten noch rechtzeitig bezichtigt und sich abmelden, wird ihnen das Stigma der Ausweisung in die Papiere geschrieben. Das ist eine Schikane, die äußerste Empörung erregen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Verteuerung der Gebühren stehen wie natürlich feindselig gegenüber. Den Wünschen auf Errichtung von Lehrstühlen für Genossenschaftswesen und koloniales Recht und auch für die Pflanzschicht stimmen wir natürlich zu. Wir haben aber noch weitergehende Wünsche. Ministerialdirektor Althoff hat es einmal als seine Aufgabe bezeichnet, daß auch die Minoritäten zum Wort kommen. Eine solche Minorität innerhalb der wissenschaftlichen Welt ist heute noch, wie lange weih man ja nicht, die marxistische Schule der Rationalökonomie und der Geschichtsphilosophie. Ich möchte anheimgeben, ob da nicht ein Entgegenkommen möglich ist. Selbst Gegner der marxistischen Schule haben es als unabweisbar und beschämend bezeichnet, daß sie gegen eine Lehre polemisieren müssen, die grundsätzlich von den Universitäten ausgeschlossen ist. (Hört! hört! bei den Soz.) Freilich wird noch geraume Zeit vergehen, bis Preußen seine Pflicht erfüllt. Wir verlangen auch besonders

#### Lehrstühle für Arbeiterrecht

als ein dringendes Bedürfnis in der gegenwärtigen Zeit sind. Den scharfen Worten des Professors v. List gegen die Bibliotheksgebühren schließen wir uns an. Bedauerlich ist nur, daß Professor v. List am Schlusse mit seiner Bemerkung diesen Gebühren dadurch eine Kränze baute, daß er auch die Heranziehung der Professoren zu ihnen verlangte. Diese Erhöhung der Gebühren bedeutet weiter nichts als eine Verteuerung des Studiums. Es mag sein, daß das gerade die Absicht der Staatsregierung gewesen ist, denn sonst könnte man sich kaum vorstellen, wie ein so gewaltiger Staat wie Preußen diese paar tausend Mark nicht anders ausbringen sollte. Dieses Vorgehen ist ein beschämendes Zeichen für die Anmaßung an einer Stelle, an der nicht geknauert werden darf. Hervorgehoben muß auch werden, daß die Staatsregierung mit der Einführung dieser Gebühren nicht gewartet hat, bis dieses Haus darüber entschieden, sondern eigenmächtig am 1. April die Bibliotheksgebühren eingeführt hat. (Hört! hört! links.) Vom Standpunkt des parlamentarischen Budgetrechts verdient dieses Vorgehen schärfste Mißbilligung. Auch die Volkshochschulbewegung wird bei uns noch nicht so gefördert wie anderwärts. Ein nachahmenswerter Vorbild gibt auch hier die Wiener Universität. Das ausgesprochen sozialdemokratische Volkshaus erfüllt dort für Volkshochschulkurse von der österreichischen Regierung eine jährliche Subvention von 2000 Kr. und auch, der von der Sozialdemokratie geleiteten freien Volkshäuser wird eine Subvention gewährt. So verfährt die österreichische Regierung und ihr Vorbild ist noch nicht ins Bankrott gekommen! Bei einer anderen Haltung unserer Regierung würden auch viele Privatdozenten an solchen Volkshochschulkursen teilnehmen. Aber diese Privatdozenten werden ja von der Sozialdemokratie nach allen Richtungen fernge-

halten, als ob das ein unvertehrliches, todeswürdiges Verbrechen wäre. In Süddeutschland weih man sich auch hier frei von preussischer Engergigkeit. Der Minister sagte, es sei bisher ohne ein Universitätsgesetz gegangen und es werde auch in Zukunft ohne ein solches gehen. Das ist ein mehr als beauermer Standpunkt. Dann könnte man auch sagen, daß es bisher mit dem Drei-Klassenwahlrecht gegangen sei und daß nun nichts weiter geändert zu werden brauchte. Ti Ueberlegungen werden kommen, auch wenn der Minister sie nicht will. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich begreife ja, daß der Kultusminister die gegenwärtige Situation nicht aufgeben will. Das große Gebiet der Unterrichtsverwaltung ist ja jetzt jeder Kontrolle entzogen und dieses Stab Absolutismus möchte natürlich der Minister behalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn die preussische Regierung nicht bald energisch Hand anlegt an eine Besserung der Rechtsverhältnisse der Dozenten und Studenten, an eine Besserung auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung überhaupt, dann wird die gewaltige Strömung auf Besserung dieser Verhältnisse im Volks eine solche Kraft annehmen, daß die Regierung und die Mehrheitsparteien ihr nicht mehr werden widerstehen können. Wenn man unsere gegenwärtigen wissenschaftlichen Verhältnisse in Preußen betrachtet, dann empfindet man förmlich Sehnsucht nach einem neuen Wartburgfest, das aufräumt mit dem alten Gerumpel und Gemäuer.

Das Volk hat sich eigene Bildungshäuten geschaffen, Bildungshäuten in größter Zahl. Ein Volk, das in dieser Weise das lebendige Bedürfnis nach wissenschaftlicher Freiheit hat, einem solchen Volks kann man auf die Dauer mit Kauten das Licht der sonnigen Höhen der Kultur nicht verschließen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gylling (Horschr. Sp.) wünscht einen Lehrstuhl für deutsche Ordensgeschichte an der Universität Königsberg.

Abg. Dr. Sell (L.) fordert eine Reform des juristischen Studiums.

Die Abg. Stroßer (L.) und Graf Heudel v. Donnerdmark (Z.) wünschen eine Erweiterung der Räumlichkeiten des Breslauer Landwirtschaftlichen Instituts.

Abg. Dr. Hauptmann (Z.) bedauert es, daß in Bonn junge Leute, die den gebildeten Kreisen angehören, sich zu solchen Exzessen hinreißen konnten. Von Wih sei da nichts mehr zu bemerken gewesen, wohl aber von Roheit. (Zustimmung.)

Abg. Singmann (natl.): Auch ich muß bedauern, daß innerhalb der studentischen Jugend nicht mehr Sinn vorhanden ist für das, was wohlwollend ist. (Zustimmung.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr.

Schluss 5 Uhr.

## Aus der Partei.

### Zur Kaiserzeit.

Verbote von Umzügen sind noch zu verzeichnen in Oelsnitz (Sachsen), Alen, Bochum, Hensburg, Hannover, Helmstedt und Mühlhausen i. Th.

Genehmigt wurde der Umzug in Hirsch i. O.

Genosse Paul Singer in der Besserung. Wir können unseren Genossen die erfreuliche Mitteilung machen, daß die schwere Augenkrankung des Genossen Singer so weit behoben ist, daß er Mittwoch das Sanatorium verlassen kann. Die weitere ärztliche Behandlung findet alsdann in seiner Privatwohnung statt.

### Parteiliteratur.

Im Verlag von Landgraf u. Co. (Verlag der „Volkstimme“) zu Chemnitz erschien soeben:

Die Reform der Arbeiterversicherung von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstages. 32 Seiten. Preis 15 Pf.

Die Schrift behandelt den Entwurf der Reichsversicherungsordnung. Sie ist zur Massenverbreitung bestimmt. Deshalb will sie nicht eine erschöpfende Kritik an dem Entwurf liefern, sondern nur in der knappsten und klarsten Form in das Verständnis der Grundzüge des Entwurfes und der Hauptstreitfragen in der Arbeiterversicherung einführen.

Im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung, Ignaz Brand u. Co., Wien, ist soeben erschienen:

Der Sozialismus und die Intellektuellen. Von Dr. Max Adler. 70 S. Preis 1 Kr.

Das Buch ist in folgende Kapitel gegliedert:

Die Idee der Nationalkultur. Die Erweckung des Proletariats. Die Intellektuellen im Gefolge der Bourgeoisie. Studenten und Arbeiter. Bürgerliche Schranken des Verständnisses. Der Blick auf das Ganze. Der theoretische Geist des modernen Sozialismus. Der Kulturkampf des Sozialismus. Die Subalternisierung der geistigen Arbeit. Die Resignation der geistigen Arbeit im Kapitalismus. Unsere Aufgabe.

Im Vorwort sagt der Verfasser u. a.:

... das gilt es zu erkennen, und dies ist der Zweck der nachfolgenden Ausführungen: das Klasseninteresse der Intellektuellen, sofern überhaupt der ökonomische Klassenbegriff auf diese gewissermaßen zwischen den Klassen stehende Gruppe angewendet werden darf, ist schließlich weder ein bourgeois, noch ein proletarisches, sondern ein kulturelles. ...

... es ist der Zweck dieser Schrift, darzutun, daß der ökonomische Appell an das Intelligenzproletariat, das heißt die Verurteilung auf ökonomische Interessen, welche die geistigen Arbeiter ebenso in das Lager des Sozialismus führen mögen wie die industriellen Arbeiter, von sehr zweifelhaftem propagandistischen Werte ist, abgesehen davon, daß dabei ganz mißverstanden wird, wie der Sozialismus auch bei den Lohnarbeitern mit seinen ökonomischen Forderungen durchaus eine nicht bloß materielle Verbesserung ihres Loses anstrebt. Ich verkenne nicht im geringsten, daß der Begriff des Intelligenzproletariats eine täglich wachsende reelle Bedeutung gewinnt. Allein ich meine, daß die rein ökonomische Interessierung der Intellektuellen für den Sozialismus hier eine ganz andere ideologische Bedeutung hat als bei den industriellen Arbeitern, dergestalt sie gar nicht bis zu den eigentlichen sozialistischen Endzielen reicht. Der Arbeiter steht mit dem Kampf um bessere Lebensbedingungen allein schon ein Stück Kultur; denn er kann diesen Kampf erfolgreich nur führen, indem er seine physische und physische Vereinzelung in einer bewußten Klassenvereinigung überwindet, mit welcher, wie wir sehen werden, gleichzeitig eine geistige Erweckung untrennbar verbunden ist. Dagegen bedeutet das Streben nach einer angemessenen Lebenshaltung bei den bereits in irgendeiner Form geistiger Betätigung lebenden Intellektuellen an und für sich keine wie immer geartete Erhebung ihres Kulturbewußt. Gerade weil die bloße Lohn- und Brotfrage auch für die Intellektuellen immer aktueller wird, ist es hier doppelt angebracht, ja zur Verbreitung sozialistischer Ueberzeugung sogar nötig, aus dem wissenschaftlich begriffenen Wesen des Sozialismus darzutun, daß er eben mehr ist als eine „Weser- und Gabelstange“. Sonst läuft man nur Gefahr, an Stelle eines wirklichen Verständnisses des modernen Sozialismus und einer inneren Beziehung zu ihm Worttüte einer fast zünftlerischen Interessenpolitik zu setzen, die überdies, worin ich mit Adolf Braun vollständig übereinstimme, gerade die Sozialdemokratie weniger als irgendeine andere bürgerliche Politik wähllos befriedigen kann.“ Der Standpunkt, der das Endziel zurücktreten lassen will hinter einer selbstkammerweise von ihm abtrennbaren Bewegung, bedeutet schon für das Industrieproletariat ein Weigewicht für jeden geistigen Auftrieb und das sichere Grab aller revolutionären Gesinnung, die nur dadurch psychologisch möglich wird, daß die Ge-

müßer nicht länger mehr in derselben Welt leben, in der ihre Leiber noch niedergehalten sind. Für die Schichte der Intellektuellen würde dieser Standpunkt aber noch ärgeres bedeuten, nämlich die Unmöglichkeit auch nur des ersten Anfanges eines sozialistischen Bewusst, der gerade hier, wo so viele traditionelle und ökonomische Beziehungen zur bürgerlichen Welt bestehen, den radikalen geistigen Bruch mit der alten Welt voraussetzt, den nur die Perspektive auf das Endziel und die Erkenntnis der Notwendigkeit geschichtlichen Fortschritts bewirken kann. ...

### Sozialistische Blinden-Literatur.

Soeben ist erschienen:  
„Die Neue Zeit“, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Jungen. Erster Jahrgang Nr. 8. Das Blatt hat folgenden Inhalt: Der wissenschaftliche Sozialismus von H. A. Fortsetzung. Wo liegt das Recht? von D. S. Ein kulturgeschichtliches Dokument von K. Seide. Ein Entwicklungsroman von H. A. Notizen.  
Der Abonnementspreis beträgt bei viermaligem Erscheinen pro Jahr 2,40 M. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, für die übrigen Staaten 3 M. Anfragen und Bestellungen sind zu richten an H. Wendt, Berlin N. 30, Sprengelstr. 1.  
Die Parteigenossen werden gebeten, alle ihnen bekannten Blinden auf das Blatt aufmerksam zu machen.

Reichstagskandidatur. In der Kreisparteiverammlung des neunten sächsischen Reichstagswahlkreises Freiberg-Gainichen wurde am Sonntag Genosse Wendel-Frankfurt a. M. einstimmig als Reichstagskandidat aufgestellt.

Eine Wahlkreiskonferenz für Eibing-Marienburg fand am 24. April in Eibing statt. 14 Genossen und eine Genossin nahmen daran teil. Die Tagesordnung umfaßte die Punkte: Arbeitsplan für das nächste Halbjahr; Gründung einer westpreussischen Parteizeitung und Durchführung des Schnapsbockotts. Zum ersten Punkt hatte Genosse Schröder-Eibing, zum zweiten Genosse Crispian-Danzig das Referat übernommen. Aus taktischen Gründen verbietet sich vorerst die Wiedergabe der Reichstags. Sie dürften indessen für die Entwicklung der Parteiverhältnisse im Eibinger Wahlkreis von wesentlicher Bedeutung sein.

### 400 000 Abonnenten!

Unser in Girard (Kanada) erscheinendes, in der ganzen Union verbreitetes Parteiwochenblatt „Appeal to Reason“ („Aufruf zur Vernunft“) hat es zu Anfang April auf eine Auflage von 457 800 und einen Abonnentenstand von 400 867 gebracht. Das Blatt, das seit dem 31. August 1895 erscheint, zählte am 1. Juli 1903 erst 280 688 Abonnenten, hat also in neun Monaten nicht weniger als 120 000 gewonnen. Den gewaltigen Aufschwung verdankt es wohl in der Hauptsache seinem mit schwerem Beweidgeschäft unternommenen mächtigen Ansturm gegen die Tyrannei und Korruption der Bundesjustiz, die heute zum gefährlichsten und scheinbar unangreifbarsten Werkzeug des Kapitalismus geworden ist. Unter Parteiblättern feiert seinen Erfolg mit amerikanischem Humor in der Darstellung eines Vogelschusses, in dem „Appeal“ seine Gegner, lauter Dumbebräuter, niederstreckt oder in die Flucht schlägt. Es schreibt: „Der Kapitalismus nimmt seine letzte Stellung ein. Milwaukee, die Vorgänge im Kongress, Philadelphia und andere Dinge zeigen, wie schwach es um seine Verteidiger bestellt ist. Schafft dem „Appeal“ immer neue Heimstätten, und in dem Verhältnis, in dem ihr Abonnenten gewinnt, beschleunigt ihr die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft!“ Glück auf zu neuer Aufklärungs- und Kampfarbeit!

### Jugendbewegung.

#### Vom Polizeikampf gegen die Jugendorganisationen.

Die freie Jugendorganisation Charlottenburg hatte für Sonntag, den 24. April, die polizeiliche Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel auf dem Spielplatz am Königsbaum in der Jungfernhöhe nachgesucht, in der die arbeitende Jugend durch ein Referat auf die Bedeutung der Jugendorganisation aufmerksam gemacht werden sollte. Die Genehmigung war auch erteilt worden, indes mit der seltsamen Einschränkung, „unter der Voraussetzung, daß gemäß § 17 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1903 Personen unter 18 Jahren an der Versammlung nicht teilnehmen“. Diese Bedingung ist ungesetzlich, da der § 17 sich lediglich auf politische Versammlungen bezieht, die von der Jugendorganisation einberufenen Versammlungen aber unpolitisch war. Daher haben denn die jugendlichen Charlottenburger sich an diese gleichwidrige Bedingung nicht gehalten. Um 5 Uhr wurde die Versammlung abgehalten, ohne daß man sich um die zahlreichen Spitzel in der Nähe kümmerte. Mit einem Hoch auf die freie Jugendbewegung wurde geschlossen und darauf in den schon eifrig gepflegten Spielen fortgesetzt. Die Polizei, die durch einen Leutnant, einen Wachtmeister, zwei Schulze und zwei Polizeihunde (i) vertreten war, hatte alles ruhig geschehen lassen. Blühlich aber, mitten im Spiel, trat sie in Aktion, stellte den Redner fest und griff auf der Wenge wahllos eine Anzahl junger Leute, darunter auch ein junges Mädchen, heraus und stellte die Namen fest. Die Jugend ließ sich durch diesen Zwischenfall im weiteren Spiel nicht stören.  
Zu welchem Zweck die Feststellungen erfolgten, wird man wohl bald erfahren.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenlohn in Amerika.

Soweit das goldene Reich des Kapitalismus, soweit reicht auch das grausame Elend der zu seinem Dienste verurteilten Arbeiterinnen. Und die Frauen, das Objekt gefühlloser Nebenbetrachtung oder freisinniger Volkshreude, trifft es am härtesten. Nicht zuletzt in Amerika, dem Lande der höchsten kapitalistischen Machterhaltung und rücksichtslosester Ausbeutung ungezügelter Menschen. Ob im hochentwickeltesten alten Osten, ob im rückständigen Sibirien, in den segenschweren Gefilden des Westens: überall das gleiche Bild.

So berichtet der Chicago Daily Socialist über die dortige, fast ausschließlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigende Baumwarenindustrie. Wir hören da von Wäglerinnen, die ein 7 Pfund schweres Eisen 10 Stunden täglich handhaben. Mit dem Bügel von täglich 84 Korsettüberzügen verdient die eine wöchentlich 8½, mit dem Platten von täglich 40 Dupend Unterrodern die andere 5½ Dollar. Beide sind Witwen, die Kinder zu ernähren haben. Ein Dollar ist zwar = 4,20 Mark, bedeutet aber bei dem dortigen Geldwert, besonders seit den letzten tiefen Preiskrisen, nicht mehr als etwa 2 Mark bei uns. Eine Näherin, die einen alten Vater in Rußland unterhält, verdient mit dem Aufnähen von 1 Dupend Knöpfen immer einen Cent (100 C. = 1 D.). Eine andere verdient mit dem Einfassen von täglich 84 Dupend Korsettüberzügen 5 Dollar die Woche. Und so fort für 200 Arbeiterinnen derselben Fabrik. Vom Lohn gehen die horrenden Abzüge ab: Täglich 7 C. für Benutzung der elektrischen Triebkraft; für eine gebrochene Nadel 2, einen zerfetzten Riemen 10, eine gesprungene Feder 5 C. Zuspätkommen, sei es um wenige Minuten, wird mit 10 C. bestraft. In einer anderen Abteilung verdienen die ganz jungen Arbeiterinnen im Wochenlohn 3, 3½ und 4 Dollar!

Aus Milwaukee, der Stadt der Riesendruckereien und der starken Brauereioorganisation, berichtet „Putter Jones“, die im Auftrag des internationalen Brauerverbandes die Zustände in den Flaschenfabriken der Brauereien untersucht hat: Bei schwerer Arbeit, in solcher Hitze, daß Meiber und Schuhe am nächsten Tag noch nicht trocken sind, schleppen ausgehungerte Mädchen Kisten von 100—150 Pfund. Der Lohn be-

trägt 75—80 C.; für die Woche, da selten mehr als 4 Tage gearbeitet wird, nicht mehr als etwa 3 Dollar. Dazu kommen Überarbeiten nach Feierabend, die nicht bezahlt werden. Die Freiheit ist aufs äußerste beengt. Die Benutzung des Klosetts wird scharf kontrolliert. Eine Arbeiterin, die das Glück hat, das Wohlgefallen eines Vorgesetzten zu erregen, kann ihre Ehre nur auf Kosten ihrer Stellung bewahren. So begreift es sich, daß neben Rheumatismus und Schwindsucht auch die Prostitution mit ihren Folgeerscheinungen unter den unglücklichen Arbeiterinnen grassiert. So auch, daß die Bemühungen, sie zu organisieren, bisher vergeblich geblieben sind. Der energische Entschluß der Frauereimissionäre, keine Organisation der Arbeiterinnen zu dulden, wird durch die Indolenz der niedergelassenen Mädchen unterstützt. Die Arbeiter aber haben die Einbeziehung ihrer Kolleginnen bisher noch keines Kampfes wert gehalten.

Weiter hören wir aus den großen Fabriken der American Tobacco Company in Louisville (Kentucky), daß am 1. April 3500 Zigarettenarbeiterinnen und Arbeiter in Streik getreten sind. Die Arbeiterinnen erklären, daß sie kaum das nackte Leben verdienen und durch die Lebensmittelerhöhung gezwungen sind, Lohnminderung zu fordern. Ferner verlangen sie besseren Gesundheitsschutz und Kontrolle der Wagen, auf denen der Tabak, sehr zu Ungunsten der Arbeiter, verladen wird. Trotzdem die Polizei mit gewohnter Brutalität vorging, hoffte man auf den Anschluß der übrigen Fabriken.

Man nehme diese Berichte zusammen mit dem, was jüngst über die Wafen- und Strohutindustrie in New York bekannt geworden ist, mit dem grauenvollen Elend der südafrikanischen Textilindustrie etc. etc., um zu begreifen, wie in dem reichsten Lande der Welt der mit jeder Stunde an Macht gewinnende Kapitalismus, gestützt auf feile Gesetzgeber, Behörden und Richter, die Schöpfer seiner Schätze, soweit sie ihm nicht durch ihre Organisation Befreiung abtropfen, am „Nationalreichtum“ teilnehmen läßt. Sie sind überall gleichartig und gleichwertig. —

## Vermischtes.

### Der Luftkruzer „Z. II“ zerstört.

Mit einem schweren Verlust hat die auf hohen Befehl unternommene Fahrt der Kölner Luftkruzer geendet. Das Luftschiff „Z. II.“ wurde bei seiner Rückfahrt nach Köln vollständig zerstört. Ueber die Katastrophe meldet ein Telegramm:

Limburg, 25. April. Das Luftschiff „Z. II.“ ist sich heute mittag um 1 Uhr, nachdem es eine neue Gasfüllung erhalten hatte, von der Verankerung unerwartet los und flog in nordwestlicher Richtung davon. Das führerlose Luftschiff ging um 1 Uhr 30 Minuten bei Webersberg bei Weilburg an der Lahn nieder und ist gänzlich zerstört. Das Luftschiff war nach einer Nachfüllung mit Wasserstoffgas in Homburg am Sonntagmorgen um 8 Uhr aufgestiegen und wurde um 10 Uhr 30 Minuten über Wiesbaden geschickt. Der starke Gegenwind ließ den „Z. II.“ nur langsam vorwärts kommen.

Wald konnte man wahrnehmen, daß das Luftschiff der Gegenströmung nicht gewachsen war und aus seiner Flugbahn abgelenkt wurde. Nördlich von Hattenheim kämpfte es von 11½ Uhr bis gegen 1 Uhr vergeblich gegen den sehr heftigen Südwestwind an. Die Führung des „Z. II.“ sah ein, daß es notwendig sei, eine

### Zwischenlandung

vorzunehmen. In einer ausgeworfenen Karte wurde gewünscht, Militär aus Diez zu requirieren. Mit Hilfe der Limburger Feuerwehre und der eingetroffenen Truppen wurde dann bei Limburg die Landung bewerkstelligt.

Wegen des Sturmes war an eine baldige Weiterfahrt nicht zu denken; das Schiff wurde daher verankert. Zur größeren Sicherheit wurden außerdem Truppenabteilungen kommandiert, die das Luftschiff halten mußten. Die Nacht und den Vormittag hatte es mit starken Böen zu kämpfen gehabt. Kurz vor 1 Uhr wurde es in der Planke von einer besonders heftigen Woe gefaßt, die eine Geschwindigkeit von circa 18 Sekundenmeter gehabt haben dürfte. Die Stahlropfen, mit welcher das Luftschiff verankert war, rissen, und vergeblich bemühten sich die Bewachungsmannschaften, das Schiff zu halten. Um ein Unglück zu verhüten, mußten die Mannschaften zum Loslassen des Luftschiffes aufgefordert werden, das sofort bis 200 Meter Höhe aufstieg und vom Winde in der Richtung auf Weilburg fortgetrieben wurde. Um 1.20 Uhr wurde das Luftschiff von Weilburg aus geschickt. Plötzlich, wahrscheinlich durch einen nach dem Woden zu gerichteten Windstoß, wurde das Luftschiff in das Lahnthal herabgedrückt. Hinter Weilburg erhebt sich fast senkrecht über der Lahn und der Eisenbahnlinie der Webersberg, gekrönt von einem Kirchhaus mit einem Gartenpavillon. Der felsige Abhang des Webersberges ist mit Obst- und Tannenhäumen bedeckt. Das Luftschiff wurde bis auf den Bahndamm herabgedrückt, wobei die Telegraphendrähte zerstört wurden. Es erhob sich dann wieder, um auf den äußersten Gipfel des Webersberges geschleudert zu werden. Der hintere Teil des Schiffes mit den Steuern blieb an dem Pabillon hängen, während der vordere Teil, der über den Berg hinaustrug, in der Mitte abgeknickt wurde. Das Schiff senkte sich dann den Abhang des Berges herunter nach dem Tal zu. Der Ballon ist zerstört. Personen wurden bei dem Ballonunglück nicht verletzt.

Es waren sofort die Weilburger Unteroffizierschule, die Gendarmerie, die Polizei und Feuerwehren zur Stelle, um Hilfe zu leisten und das von allen Seiten herbeiströmende Publikum von der Unglücksstelle fernzuhalten.

Das Luftschiff „Z. II.“, das am Sonntagabend von Homburg abgefahren war, ist Sonntag nacht 12 Uhr 55 Minuten vor der Luftschiffhalle Wickendorf bei Köln glatt gelandet.

### Zerstörung des englischen Armeeluftschiffes.

Gast zu derselben Zeit, wo der „Z. II.“ durch den Sturm abgetrieben und zerstört wurde, hat auch das englische Armeeluftschiff einen schweren Unfall erlitten. Das Luftschiff war am Montagvormittag zu einem Probeflug aufgefliegen. Der in den höheren Luftschichten dahinbrausende Sturm brach das Luftschiff zum Ueberfliegen. Dabei ist die Gasfülle geplatzt und das Gerippe zerbrochen worden.

### Ein Dorf niedergebrannt.

Von einem schweren Geschick sind in der Nacht zum Montag die Bewohner des Alpendorfes Jabre in Südtirol heimgeführt worden. Aus bisher unaufgeklärten Ursachen entstand eine Feuerbrunst, die in wenigen Stunden das ganze Dorf einäscherte. Nicht weniger als 180 Familien sind durch den Brand obdachlos geworden. Der entstandene Materialschaden ist sehr bedeutend, viele Familien sind zu Bettlern geworden.

### Neues von der Aviatik.

Der belgische Flieger Baron de Caters hat am Montag früh mit einem Farman'schen Zwischendecker bei Dijon einen Flug unternommen, bei dem es ihm gelang, eine Strecke von 220 Kilometer zurückzulegen. Durch einen kleinen Motorschaden wurde de Caters in seiner Aviatik, die größte bisher zurückgelegte Strecke zu durchfliegen, gehindert. de Caters flog durchschnittlich in einer Höhe von 250 Meter.

Die französischen Aviatiker Croquet und Graf Montigny flogen am Sonntag in Budapest mit ihren Bleriot-Monoplanen auf. Es gelang ihnen, 80 Kilometer zurückzulegen.

Latham unternahm am Sonntag zwei Flüge über dem Meer von Nizza nach Antibes und zurück. Beim dritten Fluge stürzte er infolge Motordefekts kurz vor Antibes in s Meer, wurde jedoch unverfehrt geborgen.

**Kleine Notizen.** Auf dem Hauer See bei Brandenburg kenterte am Sonntagmorgen ein Boot mit vier Insassen, wobei zwei Knaben im Alter von 18 und 8 Jahren ertranken. — In Görtlich erschoss sich ein neunzehnjähriger Schüler einer höheren Lehranstalt; das Motiv zu der Tat soll in einem Zerwürfnis mit seinen Eltern zu suchen sein. — Von der 90 Meter hohen Eisenbahnbrücke bei Großheffenlohe (Bayern) hat sich am Sonntag der 17 Jahre alte Robert Hans von Wenden herabgestürzt. Sein geschnellter Körper wurde gestern morgen aufgefunden. Aus einem bei ihm gefundenen Briefe geht hervor, daß der junge Mann geistesgestört war. — In Lake Charles (E. St. v. N.A.) hat eine Feuerbrunst mehrere hundert Häuser zerstört. Der Schaden beträgt etwa 2 Millionen Dollar. — Starke Frost und Schneefälle verurachten in dem Gebiete des oberen Mississippi in den Vereinigten Staaten von Nordamerika einen Schaden, der auf 80 Millionen Dollar geschätzt wird.

Unserem lieben Parteigenossen dem Gewerkschaftsbeamten **Hermann Schultz** nebst Frau zu seiner am 25. April stattgefundenen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Parteigenossen  
Trepow-Baumschulweg  
Bezirk 9.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Ortsverwaltung Spandau.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Adolf Raabe** im Alter von 47 Jahren am 23. d. Mts. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in den Risseln aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
08/18 Die Ortsverwaltung.



**ANTILÄDIN**  
selbsttätiges Dichtungsmittel für Fahrrad-Luftschläuche.  
Garantie: Sohldigung des Gummis ausgeschlossen.  
Preis pro Füllung, für 1 Schlauch ausreichend, M. 1,25. Porto M. —,30 extra. Einfülltrichter M. —,05, bei 2 Füllungen ein Trichter gratis. — Vertreter an allen Orten gesucht.  
Antilädin-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M. 76.

Bei 1 Mark wöchentlich  
**Teilzahlung**  
erhalten Sie die elegantesten Herren-Garderoben fertig oder nach Maß direkt vom Schneidermeister **M. Katz**  
Dresdener Str. 76 (nahe Thalia-Theater) fein Saden. Beschäftigung ohne Raubzwang.

**Steppdecken Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
Similiseide (Seldnersatz) im den Farben rot, blau, oliv 4<sup>85</sup> 6<sup>25</sup> 7<sup>50</sup> 8<sup>75</sup>  
auf beiden Seiten benutzbar 11,25  
Wollatlas blau, rot 7<sup>50</sup> 9<sup>00</sup>  
Bunte Normal-Schlafdecken 1<sup>75</sup> 2<sup>50</sup> 3<sup>50</sup>  
Wolldecken ganz dick, extra billig 3<sup>00</sup> 4<sup>00</sup>  
Große Post, echte Kamelhaardecken 10-24<sup>00</sup>  
Spezialkatalog mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Oskar Kunze** an Nierenleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. April cr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Oberschöneweide aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
114/16 Die Ortsverwaltung.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief heute sanft meine liebe Frau, unsere gute, sorgsame Mutter **Emilie Jahn geb. Fechner** im 40. Lebensjahre.  
Um stille Teilnahme bittet **Hugo Jahn** nebst Kindern. Uldershof, den 23. April 1910.  
Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 26. d. M., nachm. 5 Uhr, von der hiesigen Leichenhalle.

**Invaliden - Unterstützungskasse d. Stein drucker u. Lithographen.**  
Die Beerdigung des am 24. April verstorbenen Stein druckers **Hermann Würger** findet statt am Donnerstag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser Friedrichs-Gebäudes, Kirchhofes, Seestraße, aus.  
285/12 Das Komitee.

**Orts-Krankenkasse der Steindrucker u. Lithographen**  
Die am 8. Dezember d. J. durch die Generalversammlung beschlossene 15. Abänderung zum Statut betreffend anderweitige Festsetzung des durchschnittlichen Tagelohnes, der Rasterbeiträge, des Kranken- und Erhebungsgebührens, ist durch den Herrn Oberpräsidenten bestätigt, sowie seitens des Bezirksausschusses genehmigt und tritt mit Montag, den 2. Mai cr., in Kraft.  
Berlin, den 25. April 1910.  
M. Stuhmann, Vorsitzender.  
G. Knothe, Schriftführer.

Ziehung am 11. u. 12. Mai  
**Annahmungs-Lotterie**  
der Internationalen Motorpost- und Motoren-Ausstellung, Berlin 1910.  
5736 Gewinne I. Gesamtwert v. Mark  
130000  
50000  
20000  
10000  
Lose à 3 Mark, Paris u. Liste 20 Fig. extra in allen Lotteriegesellschaften u. durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.  
Generaldebit: Bankgeschäft **Lud. Müller & Co.** in Berlin O., Breitestr. 5. Tel.-Adr.: Glückwünsche.

**Ohne Anzahlung**  
Teppiche, Gardinen, Stores, Vorhänge, Bettwäsche, Steppdecken, Uhren, Bilder, Spiegel auf Teilzahlung. Besuch oder Karte erbeten. **Matzner, Hufelandstr. 40.**  
**5 Proz. Rabatt** bei Vorzug dieses Inserats  
**Für Damen** Aus meinem Engros-Lager Einzel-Verkauf nur v. 2—8 Uhr  
Dies Woche enorm billige Preise! Eleg. Kostüme aus Seide aus Kammgarn und prima engl. Stoffen jetzt bei mir 21.50  
Leinen-Kostüme sehr schön 11.50  
Schwarze Jacken alle Läng. v. 7.50 an  
Leinen-Paletots elegant verarbeitet 6.50  
Kein Laden.  
Sonnig geöffnet. Fahrg. ersetzt

**Verband der Lithographen, Stein drucker u. verw. Berufe.** (Deutscher Senefelder-Bund.)  
Am Freitag, den 22. April, verstarb unter kollegiale und Mitgefühl der Stein drucker **Artur Wenzlow** im Alter von 57 Jahren an der Lungenschwindsucht.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, 26. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Die Verwaltung der Filiale I.

Die wirkt äusserst und antiseptisch, sie entfernt somit nicht bloß die Gerüche, sondern auch die Veranlassungs-Ursache von Hautkrankheiten. So schreibt Herr Dr. med. B. über Elyme,  
**Furunkel**  
Hautjucken usw. sind deren Beförderung durch Jucker's Patent-Medizinalseife, à 50 Pf. (15%ig) und 1.50 M. (35%ig, höchste Form), Dausgeb. Jucker-Creme 75 Pf. und 2 M., ferner Jucker-Seife (mild) 50 Pf. u. 1.50 M. In allen Apoth., Drog. u. Parfüm. erhältlich. Nichts anderes ausreihen lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!

**Vorjährlige** hochelegante 50/17<sup>7</sup>  
**Herrenanzüge u. Paletots**  
aus feinsten Maßstoffen  
Jetzt 20 bis 50 Mark.  
= Billige Hosenwoche =  
**Versandhaus Germania**  
Unter den Linden 21

**G. Dischalis & Co.,** Bankgeschäft, Berlin C. 2, Königstr. 34—36.  
Auch zu haben in sämtlichen Lotterie- und Zigarrengeschäften.  
Hygien. Gummiwaren Katalog grat. u. franko. Viele Neuheit. Hll. Preise. Meyer, Wiesdorf Nord 5, Berlin.

**Pumpen** aller Art für Abessinier-, Kesselbrunnen, Jauchepumpen usw. in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Kataloge gratis.  
**Paul Gries,** Berlin SO. 16, Köpenicker Straße 44.

Spezialität:  
**Von 36 M. an**  
spatibillig, Herrenanzug nach Maß, von 32.— M. an, Paletot nach Maß, neueste Muster auf Hochhaar gearbeitet. Feinste reimmollene Kaschmer Stoffe. Gelegenheitskäufe, Dose nach Maß von 10 M. an, Ledertaschen. Beschäftigung am Lager erbeten, ohne Kaufzwang. Kein Rasterverkauf. Ein Besuch führt zu dauernder Kundenschaft.  
Für guten Sitz bekam goldene Medaille.  
Siehe auch Adressbuch 1910, Teil I, Innerer Seite 552 unter G.  
**Ludwig Engel,** Prenzlauerstr. 23, II., Alexanderplatz. Gegr. 1892.  
Großes Ind. u. Buchst.-Lager.  
**Ausnahme-Offerte! Achtung!!**  
Sumatra, hell, zweite Länge, 5 Stückblatt, weiß brennend, offerieren per 1/2 Kilo inkl. Wertsteuer und Zoll M. 2.—  
**Hamburger Rohthakhaus**  
Filiale: Berlin N., Brannen-Strasse 190.  
Monat 10 Pf. Reiter eleg. Herrenanzug oder 2 Pf. (Billigste Preise) Schneidermeister, Lindenstr. 110.  
Kassa 10 Proz. Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute beginnen die Vorträge des Genossen ...

Schöneberg. Heute, Dienstag, den 26. d. M., abends 8 Uhr, findet die Wahlvereinsversammlung ...

Wilmersdorf-Gatensee. Der Wahlverein hält heute, Dienstag abend, pünktlich 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus ...

Mariendorf-Tempelhof. Am Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung ...

Friedrichshagen. Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung ...

Sofien. Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet beim Genossen Kurzner, die Wahlvereinsversammlung ...

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute, Dienstag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Lindengarten“ ...

Berliner Nachrichten.

Von unseren Mietschulen.

Im Hause Petersburger Straße 3 befindet sich eine Mietschule, deren Räumlichkeiten in unglücklicher Verfassung sind.

Wie wir hören, waren wohl die Bretter, mit denen die Grube bedeckt ist, sehr lose aufgelegt, so daß die Schülerin abstürzte.

Das sind recht nette Schulstühle in Berlin. Und da sehen sich unsere Freisinnigen im Rathaus noch auf hohe Pferde, wenn unsere Genossen sie um schnellere Befriedigung des Schulbedürfnisses mahnen.

Umlenkungen bei der Straßenbahn. Die Straßenbahn muß wegen Auswechslung der Anlagen an der Weinmeister-, Münz- und Alten Schönhauser Straße den Betrieb im Zuge der Münz- und Weinmeister Straße sowie der Alten Schönhauser Straße in der Nacht vom 27. auf den 28. April und in der Nacht vom 6. auf den 7. Mai von 12 Uhr bis zum Schluß des Betriebes folgendermaßen umlenken:

Die Linien 8, 11, 22, 31, 35, 36, 37, 41 und 68 fahren nicht Rosenthaler- und Weinmeisterstraße, sondern Lothringer Straße, Schönhauser Tor, Alte Schönhauser Straße und umgekehrt.

Der Kronprinz als Drecksler.

Mit dem Erfindergeiste des Kronprinzen, daß er an Menschentöpfen probierte, war's nichts; Knopffabriken machten ihm seinen Ruhm freitig.

Ja, KönigsKinder besitzen angeborene Talente!

Die Lage der Postkassen ist keine beneidenswerte. Im Reichstage hat Genosse Zubeil wiederholt sich der Mühe unterzogen, die Verhältnisse darzulegen, unter denen diese Kategorie der Postbediensteten zu leiden haben.

Von demselben Posthof wird und berichtet, daß die unverschämtesten Angestellten sich streng daran halten müssen, pünktlich um 12 Uhr zu Hause zu sein.

strakt. Es werden wegen Zuspätkommens Strafen von 1-3 M. verhängt, im Wiederholungsfalle Dienstentlassung.

Nicht uninteressant scheint uns die Bestimmung, daß die aus dem Posthof fahrenden Postkassen gehalten sind, bei der Ausfahrt zu blasen.

Bei Ausführung dieser Anordnung können aber die Postkassen sehr leicht in Gefahr kommen. Während sie in der einen Hand die Trompete halten, um zu blasen, müssen sie mit der anderen Hand die Leine festhalten.

Das neue Heim der Landesversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg in der Reichstraße 15/15a wurde gestern vormittag eingeweiht.

Die Tochter verknüpft. Unter dem Verdacht, ihre 18 Jahre alte Tochter verknüpft zu haben, ist die 45 Jahre alte Frau Henriette Schönemann in der Oranienburger Straße 82 verhaftet worden.

Kriminalkommissar Banowski, der im Kieler Verbstroch eine wenig beneidenswerte Rolle gespielt hat, ist vom Dienst beurlaubt und hat sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Eine Fischauktion für das gesamte deutsche Fleischergewerbe ist in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten eröffnet worden.

Ein aufregender Vorgang wurde Sonntag nachmittag am Müggelsee beobachtet. Ein unbekannter, etwa 35 Jahre alter Mann, der auf dem Dampferlandungssteg der „Stern“-Gesellschaft eine Zeitlang erregt hin- und hergelaufen war, stürzte sich plötzlich kopfüber in die Fluten und ging sofort unter.

Oyster der Strafe.

Zwei schwere Unglücksfälle haben sich gestern in der Dörnbergstraße, Ecke Lützowufer, und in der Brunnensstraße am Humboldthain zugegetragen.

Der zweite Unfall am Humboldthain verlief ebenso schwer. Dort geriet das dreijährige Töchterchen Margarete des Rüstfabrikanten Karl Baring aus der Putzener Straße 18 unter den Vorderperron eines Straßenbahnwagens der Linie 42.

Zu dem letztgenannten Unfall wird uns aus unserem Leserkreise berichtet, daß die Bemühungen, das Kind unter dem Wagen hervorzuholen, erhebliche Zeit in Anspruch genommen haben.

Wir haben in unserem Blatte wiederholt dargelegt, daß die zur Hebung von Wagen mitgeführten Binden durchaus unzulänglich sind.

Was Not in den Tod gegangen ist die 65 Jahre alte Arbeiterin Ernestine Riemeyer aus der Mantuffelstr. 123. Die alte Frau suchte durch Nahrungsmitteln ihren Lebensunterhalt zu erwerben.

Auf der Straße entbunden hat Sonntag vormittag ein 57-jähriges Fräulein Marie E. aus Oranienburg, die früh nach Berlin gekommen war.

Das Theater Follies Caprice hat sein Programm erneuert. Eine Kurzele: „Ein verächtliches Atelier“ und eine Posse: „Eine gründliche Kur“ geben den Künstlern Gelegenheit, ihre Kunstschünheiten zu entfalten.

Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater gingen am Sonnabend zum ersten Male zwei neue Komödien in Szene: „Das starke Stütz“ von Julius Haffst und eine idealistische Konkurrenzkomödie: „Wenn zwei dasselbe tun“ von Gebrüder Herrnsfeld.

Wilhelm Hagenbeds Raubtierdressur-Schau hat sich am Sonnabend wieder dem Berliner Publikum vorgestellt.

gelt wurden nacheinander die verschieden zusammengestellten Raubtiergruppen vorgeführt: Löwen, Tiger, Bären, Eselanten und selbst ein bogenendes Känguruh.

Radrennen in Treptow, 24. April. Das merkwürdig günstige Wetter am Sonntagnachmittag beherrschte der kleinen Bahn einen guten Besuch und der gebotene Sport war ein guter.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ueber Wilhelm Brack sprach in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Max Schütte. Neben führte den Zuhörern dabei zugleich die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung vor Augen und übermittelte ihnen ein bedeutsames Stück Parteigeschichte.

Rixdorf.

Die nächste, am Donnerstag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Rathauses stattfindende Stadtbeworbenenversammlung wird sich unter anderem mit folgenden Beratungsgegenständen beschäftigen:

Steglitz.

60 000 Einwohner. Unser Dorf ist auf dem besten Wege, sich zur Großstadt auszuwachsen. Nach den Fortschreibungen des Reichsanwaltes hatte Steglitz am 21. April d. J. die Einwohnerzahl von 60 000 aufzuweisen.

Von zwei jugendlichen Burschen überfallen wurde die 64jährige Witwe Martha B. Als diese gegen 9 Uhr abends ihre in der Reichstraße belegene Wohnung aufsuchen wollte, wurde sie von zwei 13- resp. 14jährigen Knaben, die ihr unauffällig gefolgt waren, im Fluß des Hauses überfallen und zu Boden geworfen.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Die lange Finanzziehung der grundlegenden Beschlüsse zu den Sanierungsarbeiten und die dadurch bedingte späte Fertigstellung des Etats macht sich jetzt bei unserer Gemeindevertretung bei jeder Gelegenheit geltend.

stärkeren Differenzierung, etwa bis 5 Proz. kommen würde. Er schlug statt dessen vor, daß einfach festgelegt werde, Schuppen, Regenbahnen und ähnliche minderwertige Gebäude kennzeichnen, das Grundstück nicht als bebaut. Der Vorschlag wurde angenommen, jedoch sofort auch einer Kommission überwiesen, die für das nächste Jahr zeitig genug die Redaktion passender Paragrafen besorgen soll.

Ein weiterer Vorschlag des Gemeindevorstandes ging dahin, der angustierenden Bevölkerung die Vertretung des Bürgermeisters zu übertragen. Trotz erheblicher Bedenken, da man die Qualität des zu Wählenden noch nicht kennt, wurde so beschlossen. In seiner Befriedigung sollen dann die jeweilig dienstältesten Schöffen die Vertretung besorgen.

Es erfolgte dann die Festlegung eines Statuts für die höheren Lehranstalten, aus dem besonders hervorgehoben sei, daß dem jeweiligen Anstaltsleiter die Befugnis zur Vornahme unausschießbarer kleinerer Reparaturen zuerkannt wird. Die Wahl der Direktoren der Anstalten soll das Kuratorium nach Anhörung der Gemeindevertretung, dagegen die Wahl der übrigen Lehrpersonen und Beamten selbstständig vornehmen. Es wurde zwar befürchtet, daß das Provinzial-Schulkollegium den Satz streichen wird, doch will man es darauf ankommen lassen. Wir fürchten nur, daß schon der erste Windhauch genügen dürfte, die Vertretung zum Umfalle zu bewegen. Erwähnt sei noch, daß die vor einigen Monaten eingesehene Kommission zur Beschaffung von Feuerwehrgeschützen bis heute noch nicht tagen konnte, weil keins der Mitglieder weis, wer einzuladen hat.

## **Tempelhof.**

Zu einem wichtigen Protest gestaltete sich die vom sozialdemokratischen Wahlverein einberufene Volksversammlung, die sich mit der Ungültigkeitserklärung der Wahlen der drei sozialdemokratischen Kandidaten, der Genossen Schmidt, Müller und Frank, beschäftigte. Der Referent des Abends, Stadtverordneter Ed. Bernstein-Schöneberg zeigte in überzeugender Weise den reaktionären Charakter der Preussischen Landgemeindevorordnung, die durch die Entwicklung unseres heutigen Gesellschaftslebens längst veraltet ist und durch ihre Vertoppelung mit der Dreiklassenerteilung und dem Hausbesitzerprivileg wie eine Verhöhnung eines politisch und demokratisch reifen Volkes anmutet. Jetzt, wo es endlich trotz Entrechtung und aller Widerwärtigkeiten der hiesigen Arbeiterschaft gelungen sei, sich eine Vertretung in der Gemeinde zu erkämpfen, haben sich auch wieder Leute gefunden, die daran Anstoß genommen haben. Der Redner zerplückte dann die unzureichenden Gründe, die zur Ungültigkeitserklärung geführt haben, und sprach die Überzeugung aus, daß selbst der Kreiswahlschuss diesem Beschluß nicht widerstreben können. Andererseits werde die Arbeiterschaft ihren Gegnern dadurch einen Strich durch die Rechnung machen, daß sie bei einer kommenden Neuwahl ihre Vertreter mit um so größerer Majorität wiedewählen wird. — In der anschließenden Diskussion beleuchtete die Genossen Schmidt und Thiel die Praktiken bei der Wahl. Zum schärfsten Protest müsse es herausfordern, wenn man die Gemeindevorstellung und Beamten, die zum großen Teile mit der Arbeiterschaft sympathisieren, abkommandiert, um unsere Genossen bei der Konstituierung des Wahlbureau auszuscheiden. Herr Kottmann, einer der zwei Herren, die gegen die Gültigkeit der Wahlen Einspruch erhoben haben, war zwar in der Versammlung anwesend, doch zog er es vor, sich nicht zu den Angriffen zu äußern. Für ihn sprach Herr Polenz vom Bürgerverein in die Höhe. Er erklärte, daß der Wahlprotest, zu dem die Anregung aus unseren eigenen Reihen gekommen sein soll, durchaus begründet sei. Von geradezu kindlicher Naivität war seine Interpretation des Begriffs „arbeitende Bevölkerung“. Kann es doch nicht einsehen, daß unsere Genossen, die doch auch Hausbesitzer, Rentiers und Handwerksmeister seien, die Interessen der Arbeiterschaft besser vertreten können als die bürgerlichen Kandidaten, die ebenfalls Handwerksmeister seien und mit ihren Arbeitern im besten Einvernehmen leben. Die Sozialdemokraten wollten unsere Gemeinde zum Tummelplatz ihrer politischen Bestrebungen machen, das wolle man auf jeden Fall verhindern. — Scharf und treffend widerlegte Genosse Bernstein in seinem Schlusswort diese Einwände. Wichtig sei, daß in der Partei viele Kräfte wirkten, die nicht direkt zum Lohnproletariat gehörten, aber sie füllten mit der Klasse, vertreten ihre Forderungen und sind auf das Programm verpflichtet. Die Ansicht, daß Politik nicht in die Kommunen gehöre, bezeichnete er als Schleicherei. Jeder, der in irgend einer Körperschaft wirkt, habe doch eine politische Anschauung, die er dann auch immer vertritt. Die Interessen der Gemeinde seien übrigens mit der allgemeinen Politik engstens verknüpft. Mit dem Wunsche, daß auch in Tempelhof die gerechte Sache siegen möge, schloß der Referent unter begeisterten Zustimmung seine Ausführungen. — Zur einstimmigen Annahme gelangte hierauf folgende Resolution: „Die heutige, überfüllte Versammlung der Einwohner Tempelhofs protestiert gegen den Gewaltakt der Gemeindevortretung, die auf Grund eines, selbst vom Gemeindevorsteher und Syndikus für nicht stichhaltig erklärten Einspruchs, die Wahl der drei Sozialdemokraten, Max Schmidt, Martin Müller und Louis Frank, für ungültig erklärte. Sie erwartet vom Kreiswahlschuss, daß er diesen Wahlverstoß nicht zunichte macht. Sie erklärt aber weiter, daß, falls der Kreiswahlschuss diesen Gewaltakt wider Erwarten bestätigen sollte, sie guten Mutes einem neuen Wahlkampf entgegensteht, fest überzeugt, daß die Arbeiterschaft und alle sonstigen rechtlich denkenden Wähler Tempelhofs den Wahltag zu einem neuen Siegestage der Sozialdemokratie machen werden.“ — Mit einem feurigen Appell an die Versammlung, fleißig für unsere Organisation und Presse, den „Vorwärts“, zu agitieren, fand die Versammlung unter Hochrufen auf das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ihren Schluß.

Die Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung, lautet das Thema einer für heute Dienstag, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, nach dem Saale des Genossenschaftswirtschaftlichen, Vorkr. 50, von der Agitationskommission für das Genossenschaftswesen einberufenen Versammlung. Der Zweck der Versammlung ist, weitere Kreise für die Genossenschaftsbewegung zu interessieren, damit das Ziel, in Tempelhof eine zweite Verkaufsstelle zu errichten, bald erreicht wird.

## **Ober-Schönebrunn.**

Der Beschluß der letzten Gemeindevortretung betr. Vergabe eines Platzes an die gemeinnützige Gesellschaft für Milchverkauf hat bei verschiedenen Interessenten eine Aufregung ausgelöst, die wirklich einer besseren Sache würdig wäre. Die Milchhändler haben in einer eigens zu diesem Zwecke einberufenen Parteiversammlung ihrem Unmut Luft gemacht. Im Grundbesitzerverein wurden die dort vertretenen Gemeindevortreter beauftragt, die Rückgängigmachung dieses Beschlusses zu erwirken.

Als ob es im Orte nur Milchhändler und Ladenvermieter gäbe.

Am 3. Mai eröffnet der gemeinnützige Verein für Rechtsauskunft im Gemeindefaust in der Luisenstraße 33, Zimmer 18, eine öffentliche Rechtsauskunftsstelle. Die Sprechstunden finden Diensttag, vormittags von 10 bis 1 Uhr, und Freitag, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, statt. Allen Minderbemittelten soll hier in Fragen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts, insbesondere auch in allen Angelegenheiten der sozialen Gesetzgebung Rat und Auskunft erteilt, und, soweit als möglich, auch Rechtshilfe gewährt werden. Die Rat- und Auskunftserteilung erfolgt völlig unentgeltlich. Für die Anfertigung von Schriften wird eine geringe Schreibgebühr erhoben.

## **Borghagen-Rummelsburg.**

Die Rummelsburger Arbeiterschaft hält in diesem Jahre zum erstenmal die Waldbersammlung durch ein Massenmeeting unter freiem Himmel auf dem großen „Spielplatz“ an der Prinz-Albert-Straße, nahe Bahnhof „Rummelsburg-Öst“ ab, wo mittags 12 Uhr von mehreren Rednern gesprochen wird. Die Parteigenossen begeben sich von ihren Bezirkslokalen aus in Gruppen zum Versammlungsort.

In der morgen, Mittwoch, nachmittags 6 Uhr im Rathaus, Luisenschmidstr. 25, stattfindenden Gemeindevortretung werden die neu- und wiedergewählten Gemeindevortreter eingeführt sowie die Wahlen zu den Verwaltungsausschüssen vorgenommen.

## **Rahnsdorf.**

Großfeuer in Rahnsdorfer Mühle. Der den meisten Berlinern bekannte Ausflugsort Rahnsdorfer Mühle wurde am Sonntag früh von einem Großfeuer heimgesucht. In der zweiten Morgenstunde ging gegenüber dem Restaurant „Paradiesgarten“ ein großes, langgestrecktes Stallgebäude auf dem Grundstück des Mühlenbesizers Martin in Flammen auf. Das Feuer war weithin sichtbar und alarmierte neben der Ortswehr auch die freiwillige Feuerwehr von Wilhelmshagen. Die in dem Stall untergebrachten Pferde konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Von dem Stallgebäude war aber nichts mehr zu retten. Es brannte vollständig nieder, obgleich die Feuerwehren mit mehreren Schlauchleitungen ununterbrochen Wasser gaben. Ein Feuermann Palm von der Ortswehr verunglückte bei den Löscharbeiten. Er wurde von einfallendem Plauerwerk getroffen und nicht unerheblich verletzt. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis nach 6 Uhr hin. Ueber die Brandursache ist bestimmtes noch nicht festgestellt, doch wird Brandstiftung angenommen.

## **Adlershof.**

Der Arbeiterbildungsausschuss Adlershof nimmt seine kunst-erzieherische Aufgabe sehr ernst. Dieser Eifer verdient um so rückhaltlosere Anerkennung, als er gute Früchte erwarten läßt. Für die von der Leitung regelmäßig beantragten Theateraufführungen ist die Berliner „Freie Volkshöhle“ vorbildlich geworden. Am letzten Sonnabend erlebte die Adlershofer eine Uraufführung, und zwar „Der Fackelträger“ von Otto und Anatole Rembe. Die Verfasser rollen in ihrem Schauspiel ein heißes Problem aus dem Leben eines Geistesmenschen auf. Man wird nicht „Hofprediger“, wenn man kein Pflücker und Streiber ist. Heinrich Gerde erklimmt diese höchste Sprosse seines Ehrgeizes dadurch, daß er zwei Prosauren nach zwei Fronten schießt. Er hat dann zwar die eine, worin er die gleiche, zuvor behandelte Materie einfach auf den Kopf gestellt, von der Veröffentlichung ausgeschlossen. Der Buchdruckermeister Kottmann war aber pfiffig genug, den Würstchenabzug anzuhalten. Kottmann, der's mit dem Spilleute hat, dachte sich, daß es gut sei, sich für alle Fälle den Rücken zu decken. Er hat nämlich Kottmann's Gelder berumrent, um erhebliche Verluste auszugleichen. Sein Freund, der Hofprediger, weiß das und verschweigt es vor der Gemeinde. Nun hat der Hofprediger in dem von ihm politisch bekämpften Organ der Gegenpartei, der „Volkstimme“, nämlich, seinen eigenen Schwager als Redakteur sitzen. An ihm macht er, nicht ohne tiefere Absicht, religiöse Belehrungsversuche. Der junge Mensch wird irre an seiner politischen Anschauung und tritt aus. Gerade in diesem Augenblick ist der Verleger des Blattes aber auch hinter die Veruntreuung des Konkurrenzrenten gekommen. Natürlich wieder einen fürchterlichen Skandal geben. Und nun finden die beiden Freunde zusammen, besonders der Hofprediger. Nun zeigt es sich, daß auch sein Ehegüt durch eine Lüge erlangt worden war. Schließlich aber hat er als Geistlicher eine vorzügliche Lebung im Weisheitswesen alles Schwarzem. So beweist er sich, und der Buchdrucker, der ihm an Unberührtheit noch „über“ ist, bestärkt ihn darin, daß er, bei Licht besehen, doch ein anständiger Kerl geblieben ist — trotz alledem! So endigt denn alles nach Wunsch und Wohlgefallen. Der Hofprediger bleibt Hofprediger und — „Fackelträger“ jeglicher Wahrsamkeit. Sein Schwager jedoch geht mit einem ehemaligen Studienfreund, der ein verkommenes Genie ist, auf die Wolze, nicht ohne vorher von seiner vergilbten Angebeteten wegen seiner Watschlappigkeit den Laufpaß bekommen zu haben. Den Verfassern ist es gelungen, ihr Drama schon auf den Leib zu schreiben; nur verzoghen sie, daß eine noch so „wirksam“ zurechtgeputzte Theatermaske noch lange kein Kunstwerk ist. Von dieser Seite besehen, schrumpft der Gewinn, den die Zuschauer haben sollten, ziemlich restlos zusammen. Andererseits aber kann das Bestreben des Bildungsausschusses, den Arbeitern von Fall zu Fall auch den Genuß einer Uraufführung zu veranlassen, gar nicht genug belobt und ermuntert werden, so weiter fortzuführen. Und Dramatiker, deren Dichtungen den kapitalistischen Bühnen bisher verschlossen geblieben sind, haben Grund und Ursache, sich Adlershof zu merken. Die Darstellung war recht tapfer. Die Herren Conrad Wiene und Richard Teu sowie Gertrud Dürchardt sollen extra genannt sein.

Die in der letzten Gemeindevortretung vom Genossen Dorlich geübte Kritik an der Form der Lohnzahlung, wie sie gegenüber den hiesigen Gemeindevortretern stattfand, hat zur Folge gehabt, daß am letzten Sonnabend der Vertrauensmann des Gemeindevortreters ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist plötzlich entlassen worden ist. Gegenüber dieser Handlungsweise der Gemeindevortretung ist selbstverständlich die schärfste Kritik am Platze. Unsere Genossen in der Gemeindevortretung haben zu der am Donnerstag stattfindenden Sitzung folgende Anfrage eingebracht: „Ist dem Herrn Gemeindevortreter bekannt, daß der Gemeindevortreter Schulz ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist aus dem Gemeindevortretungsverhältnis entlassen ist? Ist der Herr Gemeindevortreter bereit, die Gründe der Entlassung der Gemeindevortretung mitzuteilen, eventuell hat der Herr Gemeindevortreter Schritte unternommen, um dem entlassenen Arbeiter zu seinem Rechte zu verhelfen? Öffentlich wird die erteilte Auskunft bestätigt, daß hier nur eine unüberlegte Handlung eines untergeordneten Beamten vorliegt. Bis jetzt ist die Verhandlung der Arbeiter immer darauf gewesen, daß unsere Genossen keine Veranlassung zur abfälligen Kritik hatten.“

## **Neuenhagen (Ostbahn).**

In der letzten Gemeindevortretung wurden die neu-gewählten Gemeindevortreter, darunter die Genossen Köstling und Götter in ihr Amt eingeführt und dann erst sämtliche Wahlen, da Einsprüche nicht vorlagen, für gültig erklärt. Im Automobilttempo wurden die Wahlen zu den einzelnen Kommissionen erledigt. Die Wahlen erweckten den Eindruck, daß fertige Arbeit vorlag, weil unsere Genossen, ebenso Herr Köstling, von jeder Kommissionarbeit verschont blieben. Hierzu nahm die Versammlung Kenntnis vom Vorschlag des Amtsbezirks pro 1910. Auf Anregung des Amtes: Uebernahme der im Gemeindebezirk belegenen Teile der Kreischausen (Eichen-Allée und Neuenhagener Allée) wurde beschlossen, vorläufig erst mit dem Kreise über die an die Gemeinde zu zahlende Entschädigung für die event. Uebernahme nur der Eichen-Allée in Verbindung zu treten. Das Gemeindebureau erweist sich in bezug auf Raumverhältnisse wie in hygienischer Hinsicht für die Versammlung als ungeeignet. Unsere Vertreter werden demnächst Gelegenheit nehmen, auf diesen Mangel hinzuweisen.

## **Zossen.**

Die Zossener Arbeiterschaft hat die Genehmigung zum Raifeiertag erhalten. Das Raifeiertagsprogramm ist folgendermaßen: Morgens 8 Uhr Wärmarsch von Burgier über Reudenborf nach Dabendorf. Vormittags 11 Uhr öffentliche Versammlung in Dabendorf bei Gaaler mit dem Thema: „Die Bedeutung des 1. Mai“. Mittags 12 Uhr Wärmarsch nach Zossen. Abends 6 Uhr Raifeiertag, bestehend in Konzert, Theater und Ball. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, diesen Tag zu einer würdigen Feier zu gestalten.

## **Reinickendorf.**

Eine öffentliche Rechtsauskunftsstelle eröffnet am Montag, den 2. Mai, der gemeinnützige Verein für Rechtsauskunft, nachdem die Gemeindevortretung beschlossen hat, hierfür die erforderlichen Mittel in den Etat einzustellen. Die Sprechstunden finden an jedem Montag nachmittags von 5 bis 7 Uhr, und an jedem Donnerstags vormittags von 10 bis 1 Uhr statt. Die Rechtsauskunft erstreckt sich auf alle Fragen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts und insbesondere in Angelegenheiten der sozialen Gesetzgebung;

auch soll soweit als möglich Rechtshilfe gewährt werden. Die Rat- und Auskunftserteilung erfolgt unentgeltlich, nur für die Anfertigung von Schriftstücken soll eine mäßige Gebühr erhoben werden. Die Auskunftserteilung erfolgt im Rathaus, im Vordergebäude, Zimmer 6.

Die Schuldeputation hat mit dem Zahnarzt Kocher in Berlin, Müllerstr. 188a, ein Abkommen getroffen, nach welchem er verpflichtet ist, die Zähne sämtlicher Schulkinder jährlich einmal zu untersuchen. Die Kosten hierfür trägt die Gemeinde. Mit der Untersuchung soll noch im Laufe dieses Monats begonnen werden. Jedem Kinde wird nach beendeter Untersuchung eine Karte eingehändigt, auf welcher die erkrankten Zähne bezeichnet sind und Ratshilfe für ihre Behandlung gegeben werden. Gleichzeitig erhält diese Karte Anweisungen zur dauernden Behandlung der Zähne. Der untersuchende Zahnarzt hat sich auch verpflichtet, die Behandlung der Zähne gegen Vorgeigung der Karte zu ermäßigtem Preise auszuführen. Möge diese Einrichtung baldigst die mindestens ebenso notwendige Untersuchung der Kinder durch Augen- und Ohrenärzte folgen, trotz aller Widerstände in der Gemeindevortretung gegen solche „unnützen“ Ausgaben. Wird doch eine ebensolche „unnütze“ Ausgabe eine Einrichtung darstellen, die in Kürze in Angriff genommen wird: der Schulgarten, der auf dem jürla einem Morgen großen Grundstück am Wasserturm eingerichtet wird. Die Schaller und Schallerinnen der oberen Klassen in die tiefen Geheimnisse der Natur einzuführen, ist kein Zweck, es werden demgemäß die Arbeiten, abgesehen von den ersten Einrichtungsarbeiten, soweit als möglich von den Schülern selbst unter Leitung von Lehrern, die sich in genügender Zahl dazu bereitwilligst zur Verfügung gestellt haben, ausgeführt. Es sollen möglichst viele Pflanzenarten gezogen werden, die dann später beim Botanikunterricht in der Schule ihre Verwendung finden werden. Der Garten wird diesem Zwecke entsprechend angelegt werden. Einen weiteren Ausbau der Volksschule bedeutet die Anschaffung von — allerdings vorläufig nur drei Nähmaschinen — für die drei größeren Schulen, zwecks Ausdehnung des Handarbeitsunterrichts. Der Unterricht soll nur den Mädchen der oberen Klassen erteilt werden. Ist dieser Anfang zwar sehr schwach und nicht gerade vielversprechend, so sehen wir doch, wie auf ansehnlich so sterilem Boden wie dem unfernen sich die sonst so widerstrebenden Elemente, gehoben von unseren Genossen im Dorparlament, den Forderungen und Bedürfnissen der Zeit auf die Dauer nicht widerstehen können und auch der Kultur ihren Tribut zahlen müssen.

## **Straßau.**

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Georg Schmidt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Landarbeiter und der preussische Staat“. Zur Aufnahme im Wahlverein hatten sich 12 Genossen gemeldet. Eine längere Debatte rief die Gründung eines Jugendheims am Orte hervor. Die Gründung eines solchen wurde beschlossen und eine Kommission, bestehend aus den Genossen Wessel, Stender und Willian, mit den nötigen Vorarbeiten hierzu betraut. Zum Schluß machte Genosse Kue bekannt, daß am Montag, den 9. Mai, in den Markgrafenläden eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher Genosse Stadtegen sprechen wird.

## **Karlshorst.**

In der Wahlvereinsversammlung sprach am 21. April Genosse Paul Um dreit über den Entwurf der Reichsversicherungsordnung. In äußerst sachkundiger und interessanter Weise schilderte er die durch den Entwurf geplante Verschlechterung der Arbeiterversicherung. Nach dem mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag gelangte eine längere Resolution zur einstimmigen Annahme, in der sich die Versammlung entschieden gegen die in dem Regierungsentwurf zum Ausdruck kommende Entziehung ausgesprochen. Nicht Entziehung der Versicherung, so heißt es am Schlusse, sondern Sicherung der Selbstverwaltung, nicht Verschlechterungen der Leistungen, sondern Erweiterung und Verbesserung derselben muß das Leitmotiv einer gefunden Reform sein. Hierauf wurde debattelos die Quartalsabrechnung und Expeditionsabrechnung genehmigt. Mit einem Hinweis auf die am Sonntag im „Rüstendbad“ nachmittags und abends stattfindende Raifeiertag wurde die Versammlung geschlossen.

## **Vorsigtalder-Wittenau.**

In der Gemeindevortretung erfolgte die Gültigkeitserklärung der Wahlen sowie die Einführung der neu-gewählten Vertreter, worunter sich auch Genosse Wittow befindet. Eine längere Debatte rief die Beschlußfassung über den Abschluß eines Vertrages mit dem Berliner Elektrizitätswerken hervor. Vor zwei Jahren hatte die Gemeindevortretung beschlossen, ein eigenes Elektrizitätswerk zum Preise von 85 000 M. auf dem Vorsigtalder Terrain zu erbauen. Genosse Adam betonte damals bereits, daß die Gasmotoren des Wertes nicht leistungsfähig genug seien. Jetzt hat sich diese Auffassung bestätigt; das Wert ist nunmehr für 85 000 M. wieder verschleudert worden. Es wurde beschlossen, mit den Berliner Elektrizitätswerken einen zehnjährigen Vertrag abzuschließen. Unsere Genossen machten auf die Nachteile aufmerksam, die der Gemeinde bei Abschluß eines so langen Vertrages erwachsen. Bei dem Punkte: Verbilligung von Hochkosten für Konstitutionsanlagen, bemängelte Genosse Adam die schlechte Anlage derselben. Es seien bereits 60 Meter der Anlage eingeleitet; dies veranlasse ihn, eine fünfjährige Garantie von dem ausführenden Unternehmer zu verlangen. Diefem Antrage stimmte die Vertretung zu. Des weiteren verlangten unsere Genossen, daß die Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben werden, die sich verpflichten, den Arbeitern den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, für diese Forderung konnten sich die bürgerlichen Vertreter jedoch nicht erwärmen. Des weiteren wurde beschlossen, die Beiträge zur Deckung der unterirdischen Entwässerungsanlagen für Wittenau auf 85 M. und für Vorsigtalder auf 10 M. pro laufendes Meter zu bemessen.

Ueber die politische Lage referierte in der letzten Mitglieder-versammlung des Wahlvereins Gen. Udo. Eine Diskussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Unter „Verschiedenes“ wurde von einzelnen Rednern Frage darüber geführt, daß die Kinder der hiesigen Gemeindefaust allzuoft beim Unterricht den Stock zu spüren bekommen. Ein Redner meinte sogar, daß den nichtgelaufenen Kindern gegenüber diese Erziehungsmethode am meisten angewendet würde. Trifft das, was in der Versammlung behauptet wurde, zu, so hätten die von unseren Genossen vor einiger Zeit in der Gemeindevortretung vorgebrachten Beschwerden nicht genutzt, obwohl der Gemeindevortreter damals Abhilfe zusagte.

## **Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 15 des 20. Jahres-ganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Unsere Lösung. — Die Raiferorderungen und die soziale Gesetzgebung in Deutschland. Von G. — Der Raiferendtag, ein Gesetz des kapitalistischen Baronsstaates. — Wegen des Raiferendtags. Von Helene Gröndberg. — Der Raiferendtag, eine wichtige Etappe. Von Gretel Wolf. — Warum Raiferendtag. Von A. E. — Kampf im Hange. Von A. E. — Geistesliche Schiz und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen. Von Ullrich Gewehr. — Aus der Bewegung: Außerordentlicher (Ständter) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Stellungnahme der Genossinnen zur Frauenkonferenz in Düsseldorf und Heilbronn. — Von der Agitation. — Frauen bei den Wahlrechtsdemonstrationen. — Politische Rundschau. Von H. R. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Tarifabschluss in der Braunschwelger Konzentration. Von H. R. — Aus der Textilindustrie. Von A. R. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. R. — Halbjährliche Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Für unsere Mütter und Frauen: Frauenräte. — Frauenkonferenz. — Ueber unsere Kraft. VI. — Zur Reform der Frauenbildung. I. Von M. K. — Rezension: An die Schiller. Von August Göttinger. — Frauenbedingungen beim Ausbruch der badischen Revolution 1848. Von M. R. — Der erste Mai. Von Ludwig Jakobowski. — Spruch von Friedrich Hebel. — Für unsere Kinder: Wein-Roman. Von Björnsterjens Björnson. (Gedicht). — Benjerkel und Wätking. Von Robert Grösch. — Burg-Tag-



Dienstag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung  
 für Frauen und Männer**

in der Urania, Brangelstr. 11.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Selma Steinbach, Hamburg über: „Die gottgewollte Abhängigkeit.“
2. Diskussion.

104/17\*  
 Der Einberufer.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 27. April, abends 6 Uhr:

**Allgemeine Versammlung**

aller in den Metallgießereien beschäftigten Kernmacher  
 und Kernmacherinnen  
 im Gewerkschaftshause, Engelhofer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. „Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen.“
2. Diskussion.
3. Verbands- und Branchenanliegenheiten.

Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**

der Drahtarbeiter  
 im Gewerkschaftshause, Engelhofer 14, Saal 3.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Kollegen Schulz über: „Die Reichsversicherungs-Ordnung.“
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 27. April, abends 6 Uhr:

**Versammlung**

aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter  
 und Arbeiterinnen  
 im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Max Schütze über: „Arbeiter und Kunstveredelung.“
2. Diskussion.
3. Branchenanliegenheiten und Verschiedenes.

Gravure!

Bifelente!

Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr:

**Versammlung**

im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45.

Tages-Ordnung:

Unsere Stellungnahme zur Tarifvorlage.  
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen  
 Deutschlands.**

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 28. April, abends 8 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung sämtl. Branchen**

in Börsen Festsälen, Webersstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung und Bericht der Ortsverwaltung.
2. Vortrag des Genossen G. Schumann über: „Die politische Lage in Preußen.“
3. Fortsetzung der Diskussion über die Verschmelzungfrage.

73/8 Die Ortsverwaltung.

**Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter  
 Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.**

Donnerstag, den 28. April 1910, abends 8 Uhr:

**General-Versammlung**

in Dröpsels Festsälen, Neue Friedrichstraße 35 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom ersten Quartal 1910 und Bericht der Revoren.
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Witgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.  
 Zahlreichen Besuch erwartet. Der Zweigvereinsvorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, in „Freyers Festsälen“,  
 Koppenstr. 29:

**Vertrauensmänner-Versammlung  
 für Groß-Berlin.**

Tages-Ordnung:

1. Die Auslegung und Handhabung des neuen Vertrages.
2. Aufgabe der neuen Verträge an die Werkstattvertrauensleute.
3. Verbandsangelegenheiten.

**Jalousiearbeiter.**

Donnerstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Docter,  
 Webersstr. 17:

**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern.

**Stellmacher.**

Donnerstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“,  
 Rosenthaler Straße 11/12:

**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Die moderne Jugendbewegung.“ Referent: Genosse Paul Schaufelber.
2. Branchenanliegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen erlucht. Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**

Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Anzeigenenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Formwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Öffentliche politische Versammlungen.**

**4. Wahlkreis.**

Dienstag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

**Volks-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Klara Zetkin: „Unsere Aufgaben in der gegenwärtigen Situation.“
2. Diskussion.

Die Einberuferin. M. Wengels, Dorfstr. 20.



**Für die Augen  
 das Beste!**

Unter diesem Wahlspruch ist in etwa 14-jähriger erfolgreicher Tätigkeit mein Unternehmen zu dem größten seiner Art in Deutschland geworden.

Der größte Feind der Augen ist ein unkorrektes oder schlecht sitzendes Glas. Es verursacht endlose Beschwerden, wie Kopfschmerz, Schwindelanfälle, Ermüdung, Nervosität, und kann noch andere schwere Gesundheitsstörungen hervorrufen.

Schlechte Gläser verhindern den ausgiebigen Gebrauch der Augen und vermindern die Arbeitsleistung und die Arbeitslust und bewirken so einen Verlust an Einkommen und hemmen am Vorwärtskommen.

Alle diese Uebel können Sie leicht vermeiden durch ausschließlichen Gebrauch meiner

**Optal-Gläser**

Für sorgfältige und gewissenhafte Untersuchung der Augen (auf Wunsch durch Augenärzte) und für korrektes Passen der verordneten Gläser, sowie für tadellosen Sitz und gediegene Arbeit der Fassung übernehme ich volle Garantie, indem ich mich ausdrücklich verpflichte, umzutauschen oder den vollen Betrag für jeden Gegenstand zurückzahlen, der nicht in jeder Beziehung allen Ihren Erwartungen entspricht.

Durch regelmäßige Experimental-Studien unter Leitung von Augenärzten vervollkommet mein Personal seine wissenschaftlichen Kenntnisse und praktische Tüchtigkeit ständig. Mit all seinen Erfahrungen wird mein Personal Ihnen helfen, aus meinem umfangreichen Lager das zu wählen, was für Sie am geeignetsten ist, ohne Sie zum Kauf zu drängen.

Bekahren Sie recht bald eines meiner neuen Geschäfte mit Ihrem werten Besuch, oder schreiben Sie nach meiner Liste oder nach der Schrift:

„Wie man ein Pernglas wählt!“  
 Ich sende es Ihnen gern gratis und franko.

Brillen und Kneifer von M. 1 an  
 Optal-Gläser pro Paar M. 1.50

Kostenlose ärztliche Augengläser-Vorordnung  
 Am Alexander-Platz von 10 1/2 - 12 u. 5-7 Uhr  
 Link-Strasse 1 . . . von 11-1 u. 5-7 Uhr  
 Brunnen-Strasse . . . von 1 1/2 - 4 1/2 Uhr

**Optiker Ruhnke**

- Oranien-Str. 47
- Friedrich-Str. 190
- Am Alexander-Platz
- Chaussee-Str. 72
- Turm-Str. 47
- Taentzien-Str. 19
- Brunnen-Str. 12
- Linkstr. 1
- Karl-Str. 8

**Charlottenburg.**

Sage Hermit meinen herzlichsten Dank für den guten Besuch sowie für die freundliche Gesinnung, welche mir während meiner Wirksamkeit im Volkshause von den Parteigenossen, Freunden und Gästen des Volkshauses zuteil geworden ist. Ich bitte, meiner Person sowie meinem Wirken als Parteigenosse sowie als Wirt ein freundliches Andenken zu bewahren; auch wünsche ich dem Volkshause in der eigenen Regie ein fröhliches und gutes Gedeihen.

**Adolf Bartsch.**

**Schneiderei für elegante  
 Herren- u. Knaben-  
 Garderobe.**



Fertig und nach  
 Mass - Garantie  
 für tadellosen  
 Sitz und beste  
 Verarbeitung. Auf

**Teilzahlung**

Wochenrate von

**1 Mk.**

**J. Kurzberg**

Rosenthalerstr. 40

direkt am Hackes-  
 sehen Markt, im  
 Laden u. L. Etage

Leihhaus seit 27 Jahren  
 Gelegenheitskäufe  
 verfallener Brillanten,  
 Gold-, Silberwaren etc.  
 Moritzplatz,  
 Ecke Oranien-  
 straße 61, I  
 im Hause der National-Bank  
 (früher Prinzenstr. 28)

Beim Vorzeigen dieses Inserats  
 44. Rabatt.

**Räumungs-  
 Verkauf** nach  
 beendeter  
 „Engros-Saison“  
 Hochlegante  
 Frauen-Paletots  
 mit eieg  
 Sticker. 10-30 M.  
 Anschließende  
 Tuch-Paletots  
 in allen  
 Größen 12-30 M.  
 Schicke Kimonos,  
 Bast-Mäntel 10-25 M.  
 Hochlegante  
 Kammer-  
 Tuch-, Leinen-  
 u. Bast-Kostüme 15-50 M.

Gelegenheitskauf:  
 1 Posten hochleganter  
**Modelle**  
 Seiden-Neur-Paletots,  
 Seiden-Rips-Paletots  
 u. Tuch-Paletots  
 bedeutend unter  
 Herstellungs-Preis.  
 Spezialität:  
**Extrawellen für  
 starke Damen**  
 Kostüme, Paletots  
 und Capes.  
 Uebergangs-Paletots,  
 englische 5-25 M.  
 Art  
 Staubmäntel 15-20 M.  
 Backisch-, Kind- 3-10 M.  
 u. Kleider Paletots

**Max Mosczytz** **Mein Laden**  
 Engros-  
 Lager  
 Berlin C  
 Landsberger Str. 59,  
 am Alexanderplatz, 1 Trepp.  
 Köpfen Sie im eigenen Interesse  
 auf die Hausnummer.

**Hygienische**  
 Bedarfsartikel. Neuest. Katalog  
 M. Empfehlt viel Aerzte u. Prof. grad. u. d.  
 H. Unger, Gummiwarenfabrik  
 Berlin NW., Friedrichsruwe 61/9

**Rixdorf.**

Hiermit an alle Parteigenossen, Freunde und Bekannte die empfehlende  
 Nachricht, daß ich am 26. d. M. die

**Festsäle von Herrn Fritz Hoppe,**

Hermannstr. 49,

übernommen habe. Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, meinen werthen  
 Gästen durch freundliche sowie aufmerksame Bedienung den Aufenthalt in  
 meinen Räumen so angenehm wie möglich zu machen, auch werde ich in  
 bezug auf Speisen und Getränke nur das Beste zu liefern bestrebt sein.

**Oekonom: I. V. Adolf Bartsch,**

früher Oekonom des Volkshauses Charlottenburg.

**Phänomen**



Cigaretten

**Qualitätsmarke**

mit und ohne, auch mit  
**Goldmundstück, St.**  
**2, 3, 4 und 5 Pf.**

Cigarettenfabrik  
**NAMKORI**

**Carmen Sylva**

Cigaretten

**Beste Qualitäten**

**MANOLI  
 CIGARETTES**

zu haben in den Spezial-Geschäften  
**DANDY - CHIC**  
**GIBSON GIRL**  
**LA FLEUR**

Die Freie Jugendorganisation Berlins kein politischer Verein!

Die Freie Jugendorganisation Berlins kein politischer Verein!

Während Jugendvereine, die im hurrapatistischen Gewande oder unter pfäffischer Leitung an der Verdummung der jungen Leute arbeiten, ungehindert ihr Unwesen treiben können, bemüht sich die Polizei, den freien Jugendorganisationen, die mit Ernst und Eifer an der Aufklärung und Bildung der Arbeiterjugend arbeiten, das Lebenslicht auszublasen.

Außer der schon erwähnten Uebertretung wird den Angeklagten auch die Aufnahme von Personen unter 18 Jahren in den angeblich politischen Verein zum Vorwurf gemacht.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Die Staatsanwaltschaft legte zum Beweise ihrer Behauptung, daß die Organisation politisch sei, eine Anzahl von Drucksachen vor: das Statut der Freien Jugendorganisation, ein bei ihren geselligen Veranstaltungen benutztes Liederbuch, einen in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Artikel des Genossen Kurt Rosenfeld über die Aufgaben der Jugendverbände, das Protokoll des Parteitagés zu Nürnberg, soweit darin von der Jugendbewegung die Rede ist, ferner zwei vor mehreren Jahren verbreitete Flugblätter: „An die arbeitende Jugend Berlins“ und „An die schulentlassene Jugend Deutschlands“, sowie drei Artikel aus dem Mitteilungsblatt des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter.

Der Staatsanwalt beantragte, jeden der Angeklagten mit 20 Mk. zu bestrafen. Durch die Verlesung der Drucksachen, namentlich der Flugblätter sei erwiesen, daß die Jugendorganisation ein politischer Verein sei.

Rechtsanwalt Heine beantragte Freisprechung. Er führte unter anderem aus: Politische Vereine im Sinne des Reichsgesetzes sind solche, die eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Der Angeklagte Malacke gab ein Bild von der Tätigkeit und den Bestrebungen der Freien Jugendorganisation. Er führte eine Reihe von Tatsachen an zum Beweise dafür, daß die Organisation lediglich gesellige Bestrebungen, Bildungszwecke und daneben die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder verfolgt, jede politische Betätigung oder Erörterung aber peinlich vermeidet.

Rechtsanwalt Rosenfeld schloß sich den Ausführungen Heines im wesentlichen an und zeigte im einzelnen, daß den Angeklagten nichts von politischer Betätigung des Vereins nachgewiesen ist.

Das

erging dahin: Aus dem verlesenen Drucksachenmaterial hat das Gericht die Ueberzeugung nicht gewinnen können, daß der Verein eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt. Es ist von den Angeklagten glaubhaft versichert und durch das Statut bestätigt, daß der Verein die Geselligkeit pflegt, die Bildung fördert, und den Alkoholgenuß bekämpft. Das sind sehr verständige Sachen, die nur gebilligt werden können.

Damit ist durch das Gericht der Polizei und Staatsanwaltschaft klar zu verstehen gegeben, daß sie durch ihre Befolgung der Gebotnisse der „Deutschen Tageszeitung“, „Post“ u. dgl. sich jenseits vom Recht gestellt, daß nicht die jugendlichen, sondern sie das Gesetz verletzt hat. Der Jugendorganisation ist aber vom Gericht bescheinigt, daß sie sehr verständige, nur billigenwerte Sachen anstrebt — ein Urteil, das jeder Vernünftige unterschreiben wird.

Aus Industrie und Handel.

Baumwollgeschäfte.

Im Jahre 1909 waren die Anlagen in der Baumwollindustrie besonders lebhaft. Fortwährend wurde die Handelspresse durch Mitteilungen über neue Betriebsbeschränkungen alarmiert. Die „Frankfurter Zeitung“ macht nun folgende interessante Aufstellung:

Table with 4 columns: Aktienkapital, Dividende für 1909, Dividende für 1908, and a percentage column. Rows include 24 Spinnereien, 20 Spinnwebereien, 8 Webereien, and 52 Gesellschaften.

Wenn die Zahlen auch durchaus keinen absoluten Maßstab für die wirkliche Rentabilität der Baumwollspinnereien abgeben, so ergeben sie doch, daß die Aktionäre keinen Grund haben, über schlechtes Geschäft zu klagen.

Großmühlen. Von den deutschen Großmühlen liegen für das abgelaufene Geschäftsjahr bis jetzt die Berichte von 18 Gesellschaften vor. Das Aktienkapital derselben betrug 24,86 Millionen Mark. 17 Mühlen erzielten einen Gesamtgewinn von 4,47 Millionen; eine Gesellschaft erzielte einen Verlust von 722 883 M. Die Umsatzerlöse bei den 17 Mühlen betragen 1,47 Millionen gegen 1,17 Millionen Mark im Vorjahre. Für 16 Mühlen liegen die Dividendenresultate vor. Die Durchschnittsdividende stellt sich auf 9,3 Proz. gegen 9,9 Proz. im vorhergehenden Jahre.

Aus Konkurrenz.

Während des Streiks der Wäckerellen in Frankfurt a. M. kamen viele Nichtmitglieder des dortigen Konsumvereins in dessen Räder, um die Streikenden durch Abnahme von Waren der Konsumbäder zu unterstützen. Die Vereinsleitung lehnte es aber ab, an Nichtmitglieder zu verkaufen. Trotzdem behauptete die Wäckererunion in ihren Annoncen, der ganze Kampf sei nur darauf berechnet, dem Konsumverein neue Abnehmer zuzuführen. Diese ganz unbedeutende und aus der Luft gegriffene Verdächtigung hat die Leitung des Konsumvereins veranlaßt, zu beschließen und bekanntzugeben, daß von jetzt an jedermann vom Konsumverein Brot und andere Waren erhalten könne, ganz gleich, ob er Mitglied des Vereins sei oder nicht. Durch diesen Beschluß scharfen nun auch die Brotfabrikanten, daß der Konsumverein ihnen bedeutende Konkurrenz machen werde. Einige Brotfabriken haben nun seit dem 10. April jeden Laib Brot um 100 Gramme schwerer. In einer Brotfabrik mit täglich 2000 Laibe Brot Umsatz macht dieses Mehrgewicht täglich mindestens für 40 M. aus, welches der Brotfabrikant heute also den Konsumisten für das gleiche Geld mehr gibt als vormals. Die Bevölkerung ist in der Lage des lachenden Dritten dank dem Konsumverein.

Soziales.

Zum Kampf um die Hinterbliebenrente. Vor dem Schiedsgericht der Berufsgenossenschaft der Königlich Eisenbahndirektion Breslau lagte eine Witwe um die Hinterbliebenrente, da ihr Mann infolge eines Betriebsunfalls gestorben sei. Der Sachverhalt folgendermaßen: Ihr Mann erlitt vor einigen Jahren im Bahnbetriebe einen schweren Unfall, der zur Folge hatte, daß ihm ein Bein amputiert werden mußte. Die Berufsgenossenschaft billigte ihm hierauf die Rente zu und kaufte ihm außerdem ein Stelzbein. Nach einiger Zeit wurde das Stelzbein unbrauchbar und die Direktion bestellte ihm darauf bei einem Bandagisten ein neues. Der Mann wollte sich das Bein selbst abholen, glitt aber infolge der Schadhastigkeit des alten Beines aus, das Holz drang in den Oberschenkel, was eine Blutvergiftung zur Folge hatte, an welcher der Mann starb. Der Vertreter der Berufsgenossenschaft stellte sich bei der Verhandlung auf den Standpunkt, daß dies kein Betriebsunfall sei und daher die Genossenschaft nicht aufkommen könne. Das Schiedsgericht entschied zugunsten der Witwe, da der letzte Unfall nur eine Folge des ersten war. — Ein starkes Stück, daß der Berufsgenossenschaft einer Eisenbahn das erst durch Urteil klar gemacht werden muß.

Gerichts-Zeitung.

Wieder ein Mißgriff der Polizei. Am 18. März in der Mittagsstunde sah der Arbeiter Sperling auf einer Bank am Landsberger Platz. Die Gegen war von den Besuchern der Gräber der Märzgefallenen stark belebt. Die Polizei, die in großer Zahl zur Stelle war, arbeitete nach dem Motto: „Wo zwei bis drei zusammenstehen, da sollen sie auseinandergehen.“ Auch vor der Bank, wo Sperling sah, wurde das promenierende Publikum durch Polizeibeamte fortgetrieben. Sperling selbst wurde durch zwei Schulleute

fisiert. Er erhielt eine Anklage wegen groben Unfugs, den er dadurch verübt haben soll, daß er durch allerlei Redensarten das Publikum gegen die Polizeibeamten aufzuheben versucht habe. Ferner wird er beschuldigt, der Aufforderung, weiter zu gehen, nicht Folge geleistet zu haben.

Gestern kam die Anklage vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Die Schulleute Kirstein und Kunze, welche den Angeklagten sistierten, stellten den Sachverhalt so dar: Sie hätten von ferne gesehen, daß der Angeklagte mit einem auf dem Landsberger Platz stehenden Polizeileutnant „etwas vor hatte“. Dann habe sich der Angeklagte auf die Bank gesetzt, habe skandalisiert und geschimpft, etwa 500 Menschen hätten sich um ihn versammelt. Aus dem Surrahdreien und Jöhler der Menge hätten sie, die Schulleute, entnommen, daß sich die Schimpferien des Angeklagten gegen sie, die Schulleute, richten müßten. Da sie allein gegen die Menge nichts hätten ausrichten können, so hätten sie den Wachtmeister Vorn um Verstärkung erlucht. Der sei auch mit sechs bis sieben Schulleuten gekommen, die hätten die Menge vertrieben. Der Angeklagte habe weiter geschimpft, deshalb sei er sistiert worden.

Nach der Darstellung des Angeklagten, die von zwei unbeteiligten Zeugen, dem Kaufmann Heimann und dem Maurer Freudenberg bestätigt wurden, hat Sperling ganz ruhig neben anderen Leuten auf der Bank gesessen. Vor den Bänken — es stehen dort mehrere — promenierte etwa 20 bis 30 Personen. Diese wurden von den Schulleuten fortgewiesen und entfernten sich. Dann verlangten die Schulleute, daß auch die auf den Bänken Sitzenden sich entfernen sollten. Der Angeklagte wandte dagegen ein, er sei Steuerzahler und könne nicht einsehen, weshalb er nicht auf der Bank sitzen solle, die doch für das Publikum da sei. Dann packten ihn die Schulleute an den Armen und führten ihn ab. Er ging ruhig mit. Wehren konnte er sich gar nicht, weil ihn die Schulleute an beiden Armen festhielten. Die Art, wie die Schulleute den Angeklagten packten und abführten, bezeichnete der Zeuge Heimann als haarsträubend. Erst infolge der Eintreibung sammelte sich eine größere Menschenmenge, etwa 100 Personen, an, die unwillig Bemerkungen über das Vorgehen der Schulleute machten. — Die Angaben, welche die Zeugen über die Vorgänge bei der Sistierung machten, ergänzte der Angeklagte noch durch eine Mitteilung über seine Behandlung auf der Polizeiwache. Dort sei er in eine Zelle gesperrt worden, nachdem man ihm sein Geld abgenommen und bis heute noch nicht zurückgegeben habe.

Der Staatsanwalt, einer der Spezialisten für Demonstrationsprozesse, wollte nur die Aussagen der Schulleute gelten lassen, während er die Aussagen der beiden anderen Zeugen, die er als mit dem Blaufoller behaftet, hinstellte, als unglaubwürdig bezeichnete. Er beantragte fünf Tage Haft.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, beantragte Freisprechung, da die Schuldlosigkeit des Angeklagten erwiesen sei. Die Aussagen der Schulleute machten den Eindruck von Uebertreibungen. Erst kürzlich sei in einem anderen Falle festgestellt worden, daß Schulleute ohne Grund einen auf einer Bank Sitzenden sistierten. Auch hier sei ein Unschuldiger auf die Anklagebank gebracht.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Der Fall müsse als nicht aufgeklärt gelten, denn die beiden Entlastungszeugen seien ebenso glaubwürdig wie die Schulleute. Eine Vernehmung von weiteren Be- und Entlastungszeugen würde auch kein anderes Bild geben.

Ein Verleibungsprozess gegen die „Wahrheit“

beschäftigte gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Volmer die 145. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte. Angeklagt wegen Verleibung des Verlegers des „Hannoverschen Couriers“, Dr. Max Jänide, war der verantwortliche Redakteur der „Wahrheit“, Otto Weber. Der Angeklagte wurde vom Rechtsanwalt Paul Drederer verteidigt, der Beklagte vom Rechtsanwalt Wulfe vertreten. — Gegenstand der Verleibungsangelegenheit bildet ein am 12. März d. J. in der „Wahrheit“ unter der Ueberschrift „Garden und seine Freunde — moralisch geohrfeigt“ erschienener Artikel. Dieser Artikel, der mit verschiedenen Angriffen gegen Maximilian Garden eingeleitet wird, wendet sich gegen die „Publikumsfälle“ der gesamten deutschen Presse gegen die „Wahrheit“ und behauptet, daß bei diesen Angriffen der „Hannoversche Courier“ eine führende Rolle gespielt habe. In dem Artikel wird ferner folgendes behauptet: Als Garden im Jahre 1909 eine Vortragstournee durch Deutschland unternahm, sei er auch u. a. nach Hannover gekommen und hier von Dr. Jänide gefällig aufgenommen worden. Für Dr. Jänide, der Vordachoffizier der Kavallerie ist, habe diese Gastfreundschaft jedoch unangenehme Folgen gehabt. Nachdem Garden abgereist sei, habe Dr. J. eine Vorladung auf das Bezirkskommando erhalten, wo ihn der Kommandeur beehret habe, daß es mit der Ehre eines inoffiziellen Offiziers unvereinbar sei, einen Mann, wie Garden, in seinem Hause als Gast aufzunehmen. Dr. Jänide habe darauf, um einer Entlassung vorzubeugen, selbst seinen Abschied genommen, da es ihm — wie es in dem Artikel heißt — fatal gewesen wäre, herausgemorfen zu werden. Man könne darüber, daß es das hannoversche Offizierskorps unter seiner Würde hielt, einen Mann als Kameraden anzusprechen, der sich als Freund eines Maximilian Garden bezeichnet, nur seine volle Genußnahme ausdrücken. Wer sich so eng an Garden anlehne, wie Dr. Jänide dies getan habe, setze sich der Gefahr aus, daß er ebenso wie Garden moralisch geohrfeigt werde. Dr. J. habe sich, wie außerdem noch in dem Artikel behauptet wird, gegen diese Maßregelung in keiner Weise gemehrt.

Der Kläger, Dr. J., ließ sofort nach Erscheinen dieses Artikels die Verleibungsangelegenheit einleiten. Es wird von ihm die Richtigkeit der in dem Artikel gemachten Angaben bestritten. Insbesondere werden die angeblichen Behauptungen des Kommandeurs als völlig unanwahr bezeichnet. Falsch sei auch, daß Dr. J. keinerlei Schritte unternommen habe. Zum Beweise hierfür hat der Kläger die Ladung des Obersten Wachs und des Kreisamministers u. Einem beantragt, an den er sich seinerzeit beschwerdeführend gewandt habe. — Der Beklagte dagegen will für die in dem Artikel vorgebrachten Behauptungen den Wahrheitsbeweis antreten. Das Gericht beschloß die Verlegung und Vorladung des Bezirkskommandeurs Obersten Engelbrecht-Hannover, des Prof. Ogen-Hannover und des Oberleutnants Wachs, Direktors des Zentraldepartements im 145. Infanterie-Regiment.

Ein „besserer“ Sittlichkeitsverbrecher.

Die Strafkammer in Rosen verurteilte den Inspektor des dortigen Zoologischen Gartens, Johann Klotzinger, wegen vollendeten Sittlichkeitsverbrechens an Schulkinder zu der gelindesten Strafe von neun Monaten Gefängnis. Der Angeklagte habe fünf dreizehnjährige Schulkinder verführt und wiederholt mißbraucht. Zwei Fälle schied das Gericht aus, da der Inspektor in dem Glauben sein konnte, die Mädchen seien bereits vierzehn Jahre. Der Angeklagte wurde gegen eine Kaution von 5000 M. auf freiem Fuß belassen.

